

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

**Einbringer:** **Parlamentarische Gruppe der FDP**

**(Drucksache 7/6811)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 14. Juni 2023

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Parlamentarischen Gruppe der FDP**

#### **Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

##### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

In seinem Beschluss vom 27. September 2022 - 1 BvR 2661/21 - hat das Bundesverfassungsgericht § 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG für formell verfassungswidrig erklärt. Somit ist es nach dem Landesrecht des Freistaats Thüringen wieder möglich, Windenergieanlagen im Wald zu errichten. Zwei Windenergieanlagen sind bereits im Wald errichtet worden, weitere könnten in Zukunft errichtet werden, teilweise gegen erhebliche Proteste der Bevölkerung vor Ort.

Die Landesregierung möchte nach diesem Urteil den Windenergieausbau im Wald vorantreiben und Kalamitätsflächen im Landesentwicklungsplan für den Windkraftausbau zur Verfügung stellen. Deshalb sollte der Schutz des Waldes gestärkt werden. Zum Zweck des Thüringer Waldgesetzes gehört gemäß § 1 Nr. 1 die Erhaltung der Landeswaldflächen. Nach § 2 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG fallen auch Waldblößen unter die Legaldefinition des Wortes Wald. Daher verdienen auch Kalamitätsflächen einen angemessenen Schutz, da auf genau diesen Flächen das entsteht, was in 50 Jahren ein Wald sein wird. Das Waldgesetz des Bundes nennt in § 2 Abs. 1 Satz 2 sogar explizit "kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen". Diesem Beispiel sollte auch das Thüringer Gesetz folgen, um dem Schutz des Waldes gerecht zu werden.

In § 2 Abs. 1 ThürWaldG sind die typischen Funktionen eines Waldes aufgelistet: Holzproduktion, günstige Wirkungen auf Klima, Boden, Wasserhaushalt und Luftreinhaltung steigern, der heimischen Tier- und Pflanzenwelt einen Lebensraum bieten und der Erholung für die Bevölkerung gerecht werden. Trotz des Wortlauts "günstige Wirkungen auf das Klima (...) zu steigern" kann nicht davon ausgegangen werden, dass damit der Bau von Windrädern im Wald gemeint ist, auch nicht auf Kalamitätsflächen.

Totholz und absterbendes Holz speichern das Wasser im Wald und helfen nach mehreren Jahren der Wasserknappheit der voranschreitenden Trockenheit entgegenzuwirken und sind der Wasserspeicher für die künftige Verjüngung des Waldes. Baumstümpfe und umgefallene Bäume spenden dem Waldboden Schatten und durch die Zersetzung von abgestorbenem Pflanzenmaterial Nährstoffe, wodurch Samen unter geschützten Bedingungen keimen und zu einem neuen Wald heranwachsen können. Darüber hinaus wirkt dieser Wasserspeicher der

Aufheizung des Bodens entgegen und Wälder können im Sommer der Bevölkerung zum Abkühlung dienen. Dies sieht auch der NABU Thüringen so (21. Juni 2022). Darüber hinaus dienen Wälder als CO<sub>2</sub>-Senken. Sie entziehen der Atmosphäre das Treibhausgas und binden es in ihrem Holz. Laut der Kohlenstoffinventur aus dem Jahr 2017 kompensieren die Wälder in Deutschland sieben Prozent der Emissionen. Daher wird die stärkere Nutzung von Wäldern als CO<sub>2</sub>-Speicher auch im Zweiten Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel empfohlen (S. 55, 2015). Gerade nachwachsende Wälder binden mehr Kohlenstoff im Wachstumsprozess als Bestandswälder.

Windräder im Wald stören darüber hinaus die Tiere, auch wenn sich dies in anderen naturschutzrechtlichen Regelungen niederschlägt, sowie die Erholung der Bevölkerung im Wald. Es gilt das Thüringer Waldgesetz so anzupassen, dass der Wald diesen klassischen Funktionen weiterhin gerecht werden kann. In der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel der Bundesregierung (S. 30, 2008) wird festgestellt, dass es Wäldern aufgrund der klimatischen Entwicklung immer schwerer fällt, sich den Strukturveränderungen anzupassen, die der Mensch ihnen vorgibt. Dies ist auch bei dem Anliegen der Landesregierung, Windkraft im Wald auszubauen, zu bedenken.

## **B. Lösung**

Durch verschiedene Änderungen soll das Thüringer Waldgesetz an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

## **C. Alternativen**

Die Landesregierung entscheidet sich in der Landesentwicklungsplanung gegen den Windkraftausbau im Wald und weist ausreichend Vorrangflächen im Offenland aus.

## **D. Kosten**

Für die Eigentümer der Waldflächen, auf denen Windkraft genutzt werden soll, können höhere Kosten zum Schutz des Waldes vor Waldbränden entstehen.



## Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

Das Thüringer Waldgesetzes in der Fassung vom 18. September 2008 (GVBl. S. 327), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 665), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort "auch:" die Worte "kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen," eingefügt.
2. § 10 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) Satz 2 wird aufgehoben.
    - bb) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden die Sätze 2 und 3.
  - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
    - aa) Folgender neue Satz 2 wird eingefügt:

"Bei der Interessenabwägung sind insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie die Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben einzubeziehen."
    - bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.
  - c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) Folgender neue Satz 2 wird eingefügt:

"Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden."
    - bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und erhält folgende Fassung:

"Darüber hinaus können weitere Auflagen erteilt werden."
    - cc) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden die Sätze 4 bis 6.
3. § 12 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

"(7) Bei besonderen Gefahrenquellen, insbesondere Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, sind vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz, wie Anlage und Unterhaltung von Schutzstreifen entlang von Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, Stromtrassen und Verkehrswegen, Parkplätzen und Naherholungsgebieten vom Eigentümer oder Betreiber dieser Anlagen auf eigene Kosten durchzuführen. Die Forstbehörden

den entscheiden, welche vorbeugenden Maßnahmen zur Waldbrandverhütung getroffen werden müssen."

4. § 67 erhält folgende Fassung:

"§ 67  
Evaluierung

Die Landesregierung legt dem Landtag bis zum 31. Dezember 2026 einen Bericht über das Ergebnis der Evaluierung über einen notwendigen Anpassungs- oder Änderungsbedarf von § 10 vor. Evaluierungsauftrag ist insbesondere, ob die gesetzlichen Grundlagen ausreichen, um in der Praxis den Schutz des Waldbestandes gegenüber anderen Flächennutzungen sicherzustellen."

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung**

## Zu Nummer 1

Die explizite Nennung der Wortgruppe "kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen" stellt klar, dass Flächen, auf denen Wälder aufgrund von Umwelteinflüssen gerodet werden mussten oder die anderweitig geschädigt wurden, dem Schutz des Thüringer Waldgesetzes unterfallen und trotz ihres fehlenden Baumbestandes nicht leichtfertig zur Bebauung freigegeben werden. Die Einfügung nähert zudem die Legaldefinition des Waldes des Thüringer Waldgesetzes der Legaldefinition des Bundeswaldgesetzes an.

## Zu Nummer 2

§ 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG wurde vom Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 27. September 2022 - 1 BvR 2661/21- für formell verfassungswidrig erklärt. Für die Rechtsklarheit des Rechtsanwenders ist dieser Satz somit aus dem Gesetz zu streichen.

## Zu Buchstabe b

Die Regelung greift in die bereits bestehende Interessenabwägung des § 10 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG ein. Dabei werden jedoch nicht die Grenzen der Öffnungsklausel aus § 9 Abs. 1 BWaldG überschritten. Es werden lediglich Belange aufgelistet, die in diese Interessenabwägung zwingend mit einzubeziehen sind. Dies folgt der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, welches in seinem "Klimaurteil" (Beschluss vom 24. März 2021) ausführte: "Hintergrund der ausdrücklichen Hervorhebung der Gesetzgebung in Art. 20a GG und der Anerkennung einer Konkretisierungsprärogative des Gesetzgebers ist gerade, dass die besondere Bedeutung der Schutzgüter des Art. 20a GG und deren Spannungsverhältnis zu etwaigen gegenläufigen Belangen in demokratischer Verantwortung zu einem Ausgleich gebracht werden müssen und die Gesetzgebung hierfür den geeigneten Rahmen bietet." Der Thüringer Gesetzgeber nutzt somit seine Möglichkeit, das Interesse der Bevölkerung an der Erhaltung des Waldes und dem Verzicht auf Windräder im Wald in die Interessenabwägung einzubringen. Da keine absolute Regelung getroffen wird und im Einzelfall die zuständige Behörde eine angemessene Entscheidung zu fällen hat, besteht weiterhin die Möglichkeit, die Interessen des Eigentümers zu berücksichtigen. Eine Ermessensreduktion auf Null findet nicht statt. Die Aufforstung von geeigneten Flächen findet sich auch in der "Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel" (S. 43, 2008) als Risikovorsorgemaßnahme. Daher ist die Möglichkeit zur Aufforstung von Kalamitätsflächen unbedingt in die Interessenabwägung einzubeziehen. Darüber hinaus gilt die Regelung nicht nur für Windkraft, sondern unter der Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes für alle Umwandlungen von Waldflächen.

## Zu Buchstabe c

Über Zweckmäßigkeitserwägungen hinaus ist zu bedenken, dass in Deutschland mit Blick auf Lieferkettenprobleme und die Folgen des Ukraine-Krieges für die weltweite Nahrungsmittelversorgung ein hohes Interesse am Erhalt heimischer Agrarflächen besteht.

## Zu Nummer 3

Die explizite Nennung von Windenergieanlagen im Bereich des Brand-schutzes ist zwingend. Windräder können brennen. Dies war beispielsweise am 16. Januar 2019 bei Südgeorgsfehn in Ostfriesland, am

18. Januar 2020 im Landkreis Holzminden in Niedersachsen und am 14. Oktober 2022 bei Freyenstein in Brandenburg der Fall. Die Einsatzkräfte mussten die Windräder kontrolliert ausbrennen lassen, da in so großer Höhe das Löschen nicht möglich war. Solange dies auf einem freien Feld passiert, ist die davon ausgehende Gefahr wesentlich kleiner, als wenn dies in einem Wald geschieht. Da die Thüringer Wälder von mehreren Jahren Trockenheit geschädigt sind, ist jedes unkontrollierbare Feuer im Wald zu vermeiden. Wie verheerend Waldbrände unter diesen Bedingungen sein können, zeigt der Waldbrand im Harz im September 2022, auch wenn dieser nicht von einem Windrad verursacht wurde. Bis zu 500 Einsatzkräfte waren mehrere Tage im Einsatz.

Dazukommt, dass Blitze jährlich an vier bis acht Prozent der Windräder Schäden hervorrufen und dies in deutschen Mittelgebirgsregionen häufiger vorkommt als in Küstenregionen. Daher ist gerade für den Thüringer Wald als Mittelgebirge ein ausreichender Brandschutz zu gewährleisten.

Für die parlamentarische Gruppe:

Montag

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

**(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

prometheus Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
BI Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald  
Verein für Landschaftspflege, Artenschutz & Biodiversität e.V.  
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V., Landesverband Thüringen  
Thüringer Bauernverband e.V.  
Thüringischer Landkreistag e.V.  
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG  
Thüringer Landesverband Energiepolitik mit Vernunft e.V.  
ThüringenForst  
MASLATON Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
Bundesverband WindEnergie e.V., Landesverband Thüringen  
NABU, Landesverband Thüringen  
Thüringer Energie- und GreenTech Agentur (ThEGA)  
Familienbetriebe Land und Forst Sachsen und Thüringen  
BUND Thüringen  
Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (ThEEN) e.V.  
Landesjagdverband Thüringen e.V.  
Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Arbeitsgruppe Artenschutz Thüringen e.V.  
Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

139451/2023

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>prometheus Rechtsanwalts-gesellschaft mbH</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Selomonstraße 19</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>04103 Leipzig</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	prometheus Rechtsanwalts-gesellschaft mbH		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Selomonstraße 19	Postleitzahl, Ort	04103 Leipzig
Name	Organisationsform										
prometheus Rechtsanwalts-gesellschaft mbH											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Selomonstraße 19										
Postleitzahl, Ort	04103 Leipzig										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> ihrer inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Rechtsanwältin / Assessorin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	



5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
17.05.23 Leipzig	

21747/23

prometheus Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Salomonstraße 19, 04103 Leipzig

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Thüringer Landtag  
-Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten-  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

\* *Fachanwältin/-anwalt für Verwaltungsrecht*

Unser Zeichen

Ihr Zeichen

Ihr Sachbearbeiter

Datum

Leipzig, 27.04.2023

## Anhörung Thüringer Landtag – Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Sehr geehrter Herr Bieler,  
sehr geehrte Frau  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes und möchten zu den geplanten Änderungen folgende Hinweise geben, wobei wir in deren Rahmen die Fragen der Ausschussmitglieder mitbeantworten möchten:

### I. Änderung von § 2 ThürWaldG

Geplant ist folgende Änderung:

*„In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort "auch: "die Worte "kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen," eingefügt.“*

Zwar trifft es zu, dass nach § 2 Bundeswaldgesetz auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen ohne Baumbestand als Wald gelten. Mit der beabsichtigten Zuordnung von kahlgeschlagen Flächen zum Waldbegriff muss sich der Landesgesetzgeber jedoch bewusst sein, dass an die Waldeigenschaft zahlreiche Rechtsfolgen und Rechtspflichten geknüpft sind. Zählten künftig kahlgeschlagene Flächen zum Waldbegriff, so wäre beispielsweise gem. § 26 Abs. 5 ThürWaldG zu diesen

*„bei der Errichtung von Gebäuden ein Abstand von 30 Metern“*

einzuhalten. Ebenso dürften Pflanzenschutzmittel auf

*„angrenzende landwirtschaftliche Nutzflächen nur so ausgebracht werden, dass eine Abdrift in Richtung Wald ausgeschlossen ist.“*

Den Gemeinden, dem Land und der Thüringer Landgesellschaft mbH stünde gem. § 17 ThürWaldG das Vorkaufsrecht auch an kahlgeschlagenen Waldgrundstücken zu.

Generell löst die Zuordnung von Kahlschlagsflächen zum Waldbegriff des § 2 ThürWaldG die Genehmigungspflicht des § 10 ThürWaldG für die Änderung dieser Flächen in eine andere Nutzungsart (Waldumwandlung) aus. Sofern in Thüringen auf Kahlschlagsflächen faktisch bislang keine waldrechtlichen Genehmigungsverfahren durchgeführt wurden, dürfte die Ausweitung des Waldbegriffs mutmaßlich eine spürbare Erhöhung des Verfahrens- und Verwaltungsaufwands sowohl für die Grundstückseigentümer als auch für die Genehmigungsbehörden bedeuten, ganz gleich, ob auf diesen Kahlschlagsflächen Windenergieanlagen als Außenbereichsvorhabens errichtet werden sollen oder Gewerbe- und Wohngebiete auf Grundlage eines Bebauungsplanes.

## II. Änderung von § 10 Abs. 2 ThürWaldG

Geplant ist folgende Änderung:

*"Bei der Interessenabwägung sind insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie die Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben einzubeziehen."*

Die Genehmigung einer dauerhaften Änderung von Wald in eine Nutzungsart („Waldumwandlung“) setzt gem. § 10 Abs. 2 ThürWaldG zwingend eine umfassende Interessenabwägung der berechtigten Interessen des Waldbesitzers und der Belange der Allgemeinheit voraus. Ungeachtet dessen, inwieweit die beabsichtigte Änderung „das Interesse der Bevölkerung an der Erhaltung des Waldes und dem Verzicht auf Windräder im Wald“ tatsächlich zum Ausdruck zu bringen vermag, wäre daher die (fehlende) Möglichkeit einer Wiederaufforstung und etwaige (fehlende) Alternativflächen im Einzelfall ohnehin in die jeweilige Interessenabwägung einzubringen, sodass die geplante Änderung aus rechtlicher Sicht rein deklaratorischen Charakter haben dürfte. Es wäre daher zu erwägen, aus Klarstellungsgründen ebenfalls rein deklaratorisch auf § 2 EEG hinzuweisen.

## III. Änderung von § 10 Abs. 3 Satz 2 ThürWaldG

Geplant ist folgende Änderung:

*„Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden“*

Sofern Ziel dieser Regelung der Erhalt heimischer Agrarflächen zwecks Sicherung der Nahrungsmittelversorgung ist, sollten – wenngleich nur als Soll-Reglung konzipiert ist – nicht sämtliche „für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen“ für die Ausgleichsaufforstung ausgenommen werden. Denn hierunter dürften nicht nur die – dies scheint wohl auch so gemeint zu sein – tatsächlich landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzten Flächen (vgl. hierzu die Begriffsbestimmung in § 201 BauGB) fallen, sondern wohl genauso versiegelte Betriebsflächen wie beispielsweise Lagerflächen. Eine Einschränkung bzw. sprachliche Konkretisierung etwa auf

*„Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf aktuell landwirtschaftlich genutzten Flächen vorgenommen werden“*

erscheint daher vorzugswürdig.

#### IV. Änderung von § 12 Abs. 7 ThürWaldG

Geplant ist folgende Änderung:

*"(7) Bei besonderen Gefahrenquellen, insbesondere Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, sind vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz, wie Anlage und Unterhaltung von Schutzstreifen entlang von Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, Stromtrassen und Verkehrswegen, Parkplätzen und Naherholungsgebieten vom Eigentümer oder Betreiber dieser Anlagen auf eigene Kosten durchzuführen. Die Forstbehörden entscheiden, welche vorbeugenden Maßnahmen zur Waldbrandverhütung getroffen werden müssen."*

Es ist fraglich, ob im Falle von Windenergiestandorten im Wald eine waldrechtliche gesetzliche Verpflichtung zu vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen, wie die Anlage von Schutzstreifen, erforderlich und verhältnismäßig wären. Denn bereits die bauordnungsrechtlichen Brandschutzvorschriften dürften insbesondere auch für Waldstandorte einen ausreichenden bzw. weitreichenden (Wald)Brandschutz sicherstellen. Dies ergibt sich zum Einen aus § 3 ThürBO:

*„Anlagen sind so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden“*

Und aus der speziellen Brandschutzvorschrift des § 14 ThürBO:

*„Bauliche Anlagen sind so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von Feuer und Rauch (Brandausbreitung) vorgebeugt wird und bei*

*einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich sind.“*

Zudem haben unseres Wissens sämtliche Bundesländer und damit auch Thüringen die Richtlinie des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) für Windenergieanlagen, Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung in der Fassung Oktober 2012 mit den Anlagen 2.4/7 und 2.7/12 als Technische Baubestimmung i.S.d. § 87a ThürBO eingeführt, die die allgemeinen Anforderungen des § 3 ThürBO konkretisieren. Die DIBt-Richtlinie für Windenergieanlagen sowie die Anlage 2.7/12 stellen Anforderungen an den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen sowie an die Unterlagen und Nachweise, die für Windenergieanlagen vorliegen müssen sowie an die Qualifikation der Sachverständigen. So müssen gutachtliche Stellungnahmen eines Sachverständigen vorliegen, u.a. zu den Nachweisen der Sicherheitseinrichtungen (Sicherheitsgutachten), der Rotorblätter, der maschinenbaulichen Komponenten und der Verkleidung von Maschinenhaus und Nabe (Maschinengutachten) sowie für die elektronischen Komponenten und den Blitzschutz (DIBt-Richtlinie, 3. Abschnitt, Buchstabe I). Außerdem müssten auch die Bedienungsanleitung (J), das Inbetriebnahmeprotokoll (K) und das Wartungspflichtenbuch (L) geprüft und bescheinigt sein. Der Gesetzgeber ist damit der Gefahr der Brandentstehung durch den erforderlichen Prüfumfang gem. den Technischen Baubestimmung, die Nachweise für den Bau (u.a. Sicherheitsgutachten, Maschinengutachten, elektrische Komponenten, Blitzschutz), als auch für den Betrieb der Anlagen (Inbetriebnahmeprotokoll, Bedienungsanleitung und Wartungspflichten) fordern, entgegengetreten.

Dies gilt im Übrigen ganz genauso für die oftmals befürchtete Waldbrandgefahr speziell durch ein Umherschleudern von brennenden Anlagenteilen. Dies wird konstruktionsbedingt ebenfalls ausgeschlossen, da im Falle eines Brandes die WEA sofort abgeschaltet werden bzw. die Windenergieanlagen über entsprechende automatische Abschalteinrichtungen im Brandfall verfügen müssen.

Diese durch die bauordnungsrechtlichen Brandschutzvorschriften vorgegebenen umfängliche Maßgaben des vorbeugenden baulichen, des anlagentechnischen, des organisatorischen sowie des abwehrenden Brandschutzes werden von den Sachverständigen in den vorzulegenden Brandschutzkonzepten vorgeben, diese werden dann nach Prüfung durch das Bauordnungsamt und Genehmigungsbehörde entsprechend in den Genehmigungen beauftragt bzw. wird das Brandschutzgutachten

Bestandteil der Genehmigung. Genauso können ggf. zusätzliche Brandschutzmaßnahmen zum Zwecke der Verhinderung einer speziellen Waldbrandgefahr angeordnet werden. Dabei handelt es sich zumeist um eine ausreichende Löschwasserbevorratung in der Nähe der Anlagenstandorte oder die Einrichtung einer automatischen Löschanlage in der Gondel. Die Anlage von Brandschutzstreifen ist dabei sicherlich denkbar, wurde allerdings in der Vergangenheit selbst in ebenfalls waldbrandgefährdeten Bundesländern nicht für standardmäßig erforderlich gehalten.

- Vgl. Leitfaden des Landes Brandenburg für Planung, Genehmigung und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald unter besonderer Berücksichtigung des Brand-schutzes, dort Ziff. 3.2 (abzurufen unter <https://docplayer.org/10240558-Leitfa-den-des-landes-brandenburg-fuer-planung-genehmigung-und-betrieb-von-wind-kraftanlagen-im-wald.html>) -

Bereits die in Thüringen geltenden bauordnungsrechtlichen Brandschutzvorschriften stellen damit rechtlich sicher, dass aufgrund der Konstruktionsart und Betriebsweise moderner Windenergieanlagen in der Regel keine erhöhte Brandlast oder Brandgefährdung besteht.

Dementsprechend wird in der obergerichtlichen Rechtsprechung seit jeher und schon nach bisheriger Rechtslage davon ausgegangen, dass üblicherweise von Windenergieanlagen – auch für solche in Wäldern! – keine über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehende Brandgefahren ausgehen.

- OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 09.03.2022 (OVG 11 S 25/21); OVG Koblenz, Beschl. v. 30.07.2020 (8 A 10157/20.OVG); VGH München, Beschl. v. 18.02.2016 (22 ZB 15.2412); VGH Kassel, Beschl. v. 26.11.2013 (9 B 1674/13) -

Vor diesem Hintergrund erscheint aus rechtlicher Sicht die Regelung besonderer Brandschutzmaßnahmen im Waldgesetz schon nicht erforderlich.

Zudem könnte, wenn mit Einführung der geplanten Änderung für ein und denselben Sachverhalt bzw. Aufgabenbereich („Anordnung von Brandschutz bei Windenergieanlagen in Wald“) neben den Bauordnungsbehörden nunmehr auch die Forstbehörden zuständig würden, unzulässige Doppelzuständigkeiten und Zuständigkeitskonflikte entstehen. Nach bundesverwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung schließt es aber die gebotene Bestimmtheit der gesetzlichen Zuständigkeitsordnung aus,

*„daß verschiedene Behörden zur verbindlichen Regelung einer Frage nebeneinander zuständig sind. Einander widersprechende Regelungen eines Einzelfalls mit dem Anspruch der Verbindlichkeit könnten sonst nämlich nur durch die Bindung der anderen Behörde an die Entscheidung der erstbefaßten Behörde vermieden werden; das würde einen vom Gesetz nicht gewollten Zufallsfaktor in die Zuständigkeitsordnung hineinbringen.“*

- BVerwG Urt. v. 04.07.1986 (4 C 31/84) -

Auch um derartige potenzielle Zuständigkeitskonflikte zu vermeiden, wäre zu erwägen, von dieser Änderung Abstand zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2"><i>Bürgerinitiative "Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald"</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Bürgerinitiative "Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald"</i>		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<i>Bürgerinitiative "Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald"</i>											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	BI "Gegenwind im kleinen Thüringer Wald"	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	BI gegen die Errichtung von WKAs im kleinen Thüringer Wald	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Katastrophalflächen sind Waldflächen und sollten keinesfalls als Standorte für WKAs missbraucht werden. - Katastrophalflächen bleiben und eine gesunde Auenlandschaft planungsgerecht wiederaufgeforstet	

6.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Schluswig, d. 02.11.23	

THÜR. LANDTAG POST  
02.05.2023 18:08

12099/2023



BI Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Schleusingen, 27.04.2023

**Anhörung zum Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP  
- Drucksache 7/6811 -  
Viertes Gesetz zu Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrer Aufforderung zur Stellungnahme möchten wir wie folgt nachkommen und beantworten gerne die gestellten Fragen wie beigefügt ersichtlich.

Den o.g. Antrag unterstützen wir vollumfänglich.

Die Schutzbedürftigkeit des Waldes ist unumstritten, wie im Thüringer Waldgesetz Art. 2 Abs. 1 klar definiert.

Die sogenannten Kalamitätsflächen stellen nach wie vor Waldflächen dar und bedürfen einer engagierten, klugen Wiederaufforstung mit widerstandsfähigeren Baumarten. Einen Missbrauch des Waldes im Allgemeinen, aber auch insbesondere der Kalamitätsflächen lehnen wir ausdrücklich ab.

*Zu den einzelnen im Entwurf des Waldgesetzes enthaltenen Änderungen nehmen wir wie folgt Stellung:*

**Zu § 2 Abs. 2 WaldG**

Eine Zuordnung von kahlgeschlagenen oder verlichteten Grundflächen zum Wald vertieft die Eindeutigkeit, ist aber nicht zwingend erforderlich. Erst durch Genehmigung eines Antrags auf Änderung der Nutzungsart verliert eine Waldfläche ihre spezielle Funktion.

**Zu § 10 Abs. 1 WaldG**

Die Streichung ergibt sich aus dem Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 27.09.2022 -1 BvR 2661/21-

**Zu § 10 Abs. 2 WaldG**

Die Änderung der Nutzungsart bedarf generell einer akribischeren Prüfung, um die gesellschaftlichen und ökologischen Belange in den Vordergrund zu stellen.



Eine solche Nutzungsänderung sollte stets eine absolute Ausnahme sein. Entscheider dürfen keine finanziellen Vorteile aus der Entscheidung erwarten dürfen.

Der Schutz des Waldes ist von überragendem Interesse für das ökologische Gleichgewicht der Region und des Landes Thüringen.

Diesen Punkt sollte der Gesetzgeber ausweiten.

#### **Zu § 10 Abs.3 WaldG**

Wiederaufforstung von Waldflächen sollte die Regel sein. Kalamitätsflächen sind von ökologischer Struktur nach wie vor Waldflächen, mit Boden-, Moos- und Strauchschichten. Mit einer gezielten Aufforstung kann das Gleichgewicht innerhalb weniger Jahrzehnte wieder hergestellt werden.

Gerade und insbesondere angesichts der CO<sub>2</sub>-Speicherkapazität ist dies unumgänglich.

#### **Zu § 12 Abs.7 WaldG**

Die hier angesprochene Gefahrenquelle wird bislang unterschätzt. Aufgrund der Trockenheit der letzten Jahre muss diesem Punkt mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Wir stimmen diesem Punkt zu.

#### **Zu § 67 WaldG**

Die Streichung der Evaluierung zum 31.12.2023 ergibt sich zwangsläufig aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Dem erhöhten Schutz des Waldbestandes gegenüber anderen Flächennutzungen stimmen wir vollumfänglich zu.

Wir regen beim Gesetzgeber an, die Praxis des Regierens mit Verordnungen und Verfügungen stärker unter parlamentarischen Vorbehalt zu stellen.

*Zu den Fragestellungen zur beabsichtigten Änderung des Thüringer Waldgesetzes möchten wir uns wie folgt positionieren:*

- |                     |   |
|---------------------|---|
| <b>Lfd. Nr. 1/2</b> | Darüber haben wir keine Kenntnis.   |
| <b>Lfd. Nr. 3</b>   | Kalamitätsflächen stellen keinen Sonderstatus dar, sollten korrekt wie übrige Waldflächen behandelt werden und bieten keinesfalls Standorte für Windkraftanlagen. |
| <b>Lfd. Nr. 4</b>   | Darüber haben wir keine Kenntnis.   |
| <b>Lfd. Nr. 5</b>   | Aufgrund der formaljuristischen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sehen wir erneute Beklagungsmöglichkeiten.   |



- Lfd. Nr. 7** Die zu befürchtenden Auswirkungen auf Wiederaufforstung wären dahingehend tiefgreifend, das Waldflächen dauerhaft als solche durch die Nutzungsänderung verloren gingen. Die mannigfaltige Funktion des Waldes wäre gestört. Einstände und Wildschutzzonen würden beeinträchtigt. Negative Folgen auf die Wild-Abschussplanung wären zu befürchten.
- Lfd. Nr. 8** Mit der beabsichtigten Sonderstellung der Kalamitätsflächen als Standorte für Windkraftanlagen wäre mit einem diesbezüglichen Missbrauch zu rechnen.
- Lfd. Nr. 9/10** Das ökologische Gleichgewicht aber auch insbesondere der Wasserhaushalt wird durch eine solche Bebauung insbesondere durch die erforderlichen Fundamente empfindlich gestört. Je nach geologischer Beschaffenheit kann dies weitreichende Folgen haben. Waldboden ist der beste Wasserspeicher, angesichts der klimatischen Veränderungen besteht besondere Schutzwürdigkeit.
- Lfd. Nr. 11** Gefährdet sind Fledermäuse, eine Vielzahl von Insekten und Vögel, besonders Raubvögel. An besonders geschützten Arten sind betroffen, der Rote Milan, der Schwarzstorch, der Weißstorch, der Uhu und andere Eulenarten. Vergrämt wird die scheue Wildkatze.
- Lfd. Nr. 12** Die Sinnhaftigkeit bereits gestarteter kostenintensiver Auswilderungs- und Wiederansiedelungsprojekte von Wildkatze, Luchs und Auerwild wäre fraglich.
- Lfd. Nr. 13/14** Die Mindestabstände zu den Brutplätzen windkraftsensibler Arten sind im Helgoländer Papier eindeutig geregelt und sollten stets zur Anwendung kommen.
- Lfd. Nr. 15** Für den Bau sprechen einzig die durch staatliche planwirtschaftliche Flächenziele begründeten Möglichkeiten der Profitmaximierung der Flächeneigentümer. Dagegen sprechen die bedeutsamen ökologischen und gesellschaftlichen Funktionen des Waldes.
- Lfd. Nr. 16** Um die hervorstechende Funktion des Waldes weiter gewährleisten zu können sind außerordentliche finanzielle Belastungen der Waldeigentümer abzufedern.
- Lfd. Nr. 17/18/19** Durch Windkraftanlagen im Wald würde ein großes brandtechnisches Gefahrenpotential entstehen. Eine Brandlöschung ist technisch nicht möglich, es erfolgt ein kontrolliertes Abbrennen. Die Folge von Bränden in trockenen Waldgebieten wären katastrophal. Schutzstreifen sind in trockenen Waldgebieten sinnlos. Ein Brand würde höchstwahrscheinlich übergreifen. Durch Schutzstreifen würde noch mehr Waldfläche in ihrer Funktion verloren gehen. Erhöhte Kosten sind für uns nicht einschätzbar.



- Lfd. Nr. 20** Wir gehen generell von der Vorrangigkeit mindestens des Erhalts der Waldfläche aus. Ausgleichsmaßnahmen sollten somit im Sinne einer sich den veränderten klimatischen Verhältnissen angepassten Waldbewirtschaftung begriffen werden. Eine angemessene Unterstützung durch Bund und Land würden wir außerordentlich begrüßen.
- Lfd. Nr. 21/22** Wir beziehen uns auf unsere Antwort zu Punkt 20. Anmerken müssen wir jedoch, dass die Flächenkonkurrenz vorrangig zu Lasten bereits versiegelter Flächen gehen sollte.
- Lfd. Nr. 23** In der Fragestellung wird ein Bezug auf Artikel 1, Ziffer 2 und landwirtschaftliche Flächen als Ausgleichsflächen gezogen. Diesen finden wir allerdings nur unter Paragraph 10 Absatz 3. Wir enthalten uns daher bei der Beantwortung.
- Lfd. Nr. 24** keine Aussage möglich
- Lfd. Nr. 25** Die Antwort steht im Zusammenhang mit der Sollvorgabe, der territorialen Windhöflichkeit, gesetzlicher Förderregeln, sowie harten und weichen Tabukriterien. Eine unangemessen stärkere Belastung des Offenlandes lehnen wir ab. Es müssen die gesamten Ausgangsnormen und Kriterien verändert werden. Nur mit Fördermitteln für Investoren wirtschaftliche Standorte sollten entfallen.
- Lfd. Nr. 26** Im Falle einer Errichtung von Windkraftanlagen und des damit verbundenen Einbringens von massiven Fundamenten in unterschiedliche Bodenschichten wird der Wasserhaushalt des Waldes nachhaltig gestört. Insbesondere durch das Durchtrennen von wasserführenden Schichten in z.B. Kastgestein kann es zur Austrocknung ganzer betroffener Gebiete kommen. Zusammen mit den allgemein trockenen Sommern der letzten Jahre hätte dies katastrophale Auswirkungen auf eine beabsichtigte Wiederaufforstung.
- Lfd. Nr. 27** Im ersten Schritt sollte das Land Thüringen die Flächenziele des Bundes kritischer prüfen. Alternativvorschläge sprengen aus unserer Sicht den Beantwortungsrahmen. Innerhalb der Windnutzung möchten wir z. B. auf das Repowering und den Bau auf bereits versiegelten Industriearealen hinweisen.
- Lfd. Nr. 28/29** Eine Bilanzierung ist uns nicht möglich. Waldflächen, ob gesund oder zeitweise beeinträchtigt nur als CO<sub>2</sub>-Bilanzpositionen zu behandeln, lehnen wir grundsätzlich ab.
- Lfd. Nr. 30** Die Folgen schätzen wir als drastisch ein. Der Wanderer erwartet naturnahe Wege mit vielfältigen Aussichten. Der Charakter der Thüringer Landschaft würde zerstörerisch verändert werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die strukturschwachen Waldregionen und für die nachhaltig im Zuge der Corona-Maßnahmen gebeutelte Tourismusbranche sind mit schwarz noch optimistisch beschrieben.



Der Riss zwischen Stadt und Land würde noch tiefer werden. Gerade in Südthüringen käme es zu einer erdrutschartigen Veränderung der politischen Landschaft.

**Lfd. Nr. 31**

Die Fähigkeit der Feinstaubabsorption findet ungenügende Beachtung. Das Bundesverfassungsgericht gibt mit seiner Unverzichtbarkeitsfeststellung keinen Freibrief, dass der Ausbau der Windenergie auf Kosten aller anderer verfassungsrechtlichen Normen gehen darf. Der Wald ist für die Menschen mehr als eine Plankennziffer.

In Anbetracht der leider zu beobachtenden politischen Praxis, den Windausbau maßlos voranzutreiben, halten wir eine derartige Evaluierung für sinnvoll. Zumal der Wald in unserem Grundgesetz nicht unmittelbar gewürdigt wird.

Mit freundlichen Grüßen aus dem „Kleinen Thüringer Wald“

.....

Sprecher der  
BI „Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald“

Sprecher der  
BI „Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald



**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchen Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2, Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px; vertical-align: top;"> <i>Staatlich anerkannte Umwelt- u. Naturschutzvereinigung</i> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px; vertical-align: top;">           Verein für Landschaftspflege,            Artenschutz &amp; Biodiversität e.V.            Geschäftsstelle:            Schloßstr.104, 92681 Erbdorf         </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<i>Staatlich anerkannte Umwelt- u. Naturschutzvereinigung</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Verein für Landschaftspflege, Artenschutz & Biodiversität e.V. Geschäftsstelle: Schloßstr.104, 92681 Erbdorf	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	<i>Staatlich anerkannte Umwelt- u. Naturschutzvereinigung</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Verein für Landschaftspflege, Artenschutz & Biodiversität e.V. Geschäftsstelle: Schloßstr.104, 92681 Erbdorf										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Umwelt- u. Naturschutz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Eine Öffnung der Wälder in Thüringen zum Zwecke des Baus und Betriebs von Windkraftanlagen konterkarisiert alle Ziele des Natur- u. Artenschutzes und des Bundeswaldgesetzes. Der VLAB lehnt den Antrag ab.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 8)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief <i>per E-Mail</i>	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Eitendorf, 02.05.23	



Geschäftsstelle  
Schlossstraße 104, 92681 Erbendorf

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur,  
Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/2542

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

zu Drs. 7/6811

Erbendorf  
02.05.2023

#### **Viertes Gesetz zu Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verein für Landschaftspflege, Artenschutz & Biodiversität e.V. (VLAB) nimmt im Rahmen des o. g. Anhörungsverfahrens zum vierten Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes wie folgt Stellung.

Wir bitten die Thüringer Landesregierung, sich grundsätzlich gegen den Windkraftausbau im Wald zu entscheiden. Wälder sind für den Arten-, Klima-, Natur- und Wasserschutz von großer Wichtigkeit. Im Sinne des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) ist der „Wald (...) wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild (...) und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern (§ 1, Abs.1). Ein Bau von Windrädern im Wald konterkariert den Zweck des Bundeswaldgesetzes.

Den 31 Fragen umfassenden Katalog zum Beratungsgegenstand über das „Vierte Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes“ (Anlage 3) beantworten wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten und Möglichkeiten folgendermaßen:

Seite 1 von 8

## **Zu lfd. Nr. 2**

Kalamitätsflächen im Wald sind alle nicht oder teilbestockten Flächen, die auf Grund abiotischer oder biotischer Einflüsse - bspw. durch Sturm, Eis- und Schneebruch oder durch Pilz- und Insektenschäden - entstanden sind. Nach § 2 BWaldG gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen als Wald.

## **Zu lfd. Nr. 5**

Der Gesetzesentwurf berücksichtigt nicht die Kernziele des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) und konterkariert die Ergebnisse der Weltnaturkonferenz in Montreal zum Schutz der Biodiversität, zu denen sich auch die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete.

## **Zu lfd. Nr. 6**

Kalamitätsflächen eignen sich nicht als Standorte für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen. Die Begründung finden Sie in der Nr. 9 des Fragenkataloges.

## **Zu lfd. Nr. 9**

Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Fauna, den Boden, das Mikroklima und den Wasserhaushalt.

### Fauna:

Der Lebensraum von Wildtieren wird fragmentiert. Die Lärmbelastung durch den Betrieb von Windkraftanlagen führt bei Vögeln und Fledermäusen zu Verhaltensänderungen und Scheueffekten. Eine Metaanalyse von 24 Studien zeigt, dass Vögel und Fledermäuse insbesondere während ihrer Zugzeit betroffen sind (Voigt et al., 2019).

### Boden:

Der Bau von Windkraftanlagen führt zu Bodenerosion und Verdichtung. Er verändert die Bodenstruktur, dessen Wasserspeicherfähigkeit sowie die Bodenflora und -fauna. Eine Studie in Deutschland zeigt, dass der Boden rund um Windkraftanlagen im Wald eine höhere Verdichtung und somit einen größeren Wasserabfluss aufweist als ungestörte Waldgebiete (Ewald et al., 2013).

#### Mikroklima:

Windkraftanlagen verändern das Mikroklima des Waldes, indem sie den Luftstrom und die Luftfeuchtigkeit beeinflussen. Eine Studie in Spanien ergab, dass die Luftfeuchtigkeit in der Nähe von Windkraftanlagen im Wald im Vergleich zu ungestörten Waldgebieten um bis zu 7% niedriger liegt (Vindel et al., 2016). Eine Harvard-Studie stellte im Umfeld von US-Windparks eine durchschnittliche Erhöhung der Temperatur von ca. 0,3 Grad Celsius fest. Das führt während der sommerlichen Trocken- und Hitzephasen zu einer verstärkten Austrocknung der Waldböden (Lee M. Miller et al., Climatic Impacts of Wind Power, 2018, <https://doi.org/10.1016/j.joule.2018.09.009>).

#### Wasserhaushalt:

Die tief in den Waldboden hineinreichenden Betonfundamente der WKA können bei einem heterogenen Aufbau des Bodens und seiner Sedimente zu einer dramatischen Absenkung des Grundwassers mit unkalkulierbaren Risiken für den Wald und die Trinkwasserversorgung führen. Diese Auswirkungen reichen über mehrere Hundertmeter im Umkreis der errichteten WKA hinaus. Der Bau von Windkraftanlagen beeinflusst ferner den Wasserhaushalt des Waldes, indem durch die Windkraftfundamente der Boden über viele Jahre hindurch versiegelt und der Wasserfluss und die Grundwasserströme nachhaltig verändert werden. Eine Studie in Schweden belegt, dass der Bau von Windkraftanlagen im Wald zu einer Verringerung der Bodenfeuchtigkeit führt (Mossberg et al., 2014).

Insgesamt sind die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den Wald äußerst komplex. Sie führen je nach Standort und Art der Anlage zu großen Beeinträchtigungen mit bisher unkalkulierbaren Synergieeffekten auf das Ökosystem Wald.

#### Quellen:

- Ewald, J., Horn, R., & Baumgartl, T. (2013). Soil compaction in the vicinity of forest roads and wind turbines. *Soil and Tillage Research*, 129, 21-26.
- Mossberg, J., Stjernquist, I., & Gustavsson, L. (2014). Wind power in forested landscapes: effects on bird reproduction, nest microclimate and nestling survival. *Journal of Applied Ecology*, 51(2), 323-333.
- Voigt, C. C., Popa-Lisseanu, A. G., & Kramer-Schadt, S. (2019). The impact of wind energy on bats and birds: a synthesis. *Biological Reviews*, 94(2), 526-551.
- Vindel, J. M., Díaz-Hernández, J. L., Nolasco, D., & García, I. (2016). Effect of wind turbines on the microclimate of a forested area in Central Spain. *Agricultural and Forest Meteorology*, 222, 38-48.

#### **Zu lfd. Nr. 10**

Durch Bau von Windkraftanlagen und deren Zuwege werden relativ große Flächen im Wald versiegelt. Dadurch fließt das Niederschlagswasser schnell ab,

anstatt in den Boden langsam einzusickern und von den Tonmineralien längerfristig gespeichert zu werden. Das führt zu einer geringeren Verfügbarkeit von Wasser für die Waldbestockung und verursacht insbesondere in trockenen, niederschlagsarmen Sommern Trockenstress für die Bäume und forciert den Schädlingsbefall.

Zusätzlich zerstören Windkraftanlagen die oberen und mittleren Bodenschichten, was die Wasserspeicherkapazität der Waldböden weiter beeinträchtigt. Eine wissenschaftliche Studie in Portugal untersuchte den Einfluss von Windkraftanlagen auf die Wasserspeicherung in Waldböden. Die Studie belegt eine Verringerung der Wasserspeicherkapazität der Waldböden, die in der Nähe von Windkraftanlagen im Vergleich zu ungestörten Waldgebieten um bis zu 20% niedriger ist (Pires et al., 2015).

Quellen:

Pires, C. A., Mota, M., & Caetano, N. S. (2015). Impacts of wind farms on land use and soil conservation in a Portuguese mountain region. *Land Use Policy*, 49, 481-492.

## **Zu lfd. Nr. 11**

Durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen werden Brut- und Nahrungsgebiete von Vögeln, Fledermäusen, Kleinsäugetern, Amphibien und Reptilien stark beeinträchtigt oder zerstört. Insbesondere Vögel und Fledermäuse aber auch Insekten sterben an und durch die Rotoren der Windkraftanlagen. Hierzu einige wenige Beispiele aus Peer-Review Studien:

„Von März bis November 2015 führte die Schweizerische Vogelwarte Sempach im Auftrag des Bundesamtes für Energie im Schweizer Jura eine systematische Schlagopfersuche an drei 150 m hohen WKA durch. Parallel dazu wurden die Zugintensitäten kontinuierlich und quantitativ mit einem Radar erfasst. Die Schlagopfersuche fand an 85 Terminen innerhalb eines Umkreises von 100 m um die WKA statt. In regelmäßigen Abständen wurden Testkadaver zur experimentellen Bestimmung der Sucheffizienz und der Verbleiberate ausgelegt. Die Radarmessungen erfolgten kontinuierlich (24 h) während 265 Tagen mit einem für die Erfassung von Vögeln kalibrierten Radargerät. 20 von 51 gefundenen Überresten von Vögeln konnte man aufgrund definierter Kriterien als Schlagopfer werten. Kollisionsopfer waren vor allem nachziehende Kleinvögel, darunter etliche Goldhähnchen. Unter Berücksichtigung der Entdeckungswahrscheinlichkeit, der Verbleiberate und des Anteils der abgesuchten Fläche ergab die Hochrechnung eine absolute Kollisionsrate von **20,7 Individuen pro Jahr und Windkraftanlage.**“

Quelle:

Schweizerische Vogelwarte Sempach, Seerose 1, 6204 Sempach, Schweiz,  
janine.aschwanden@vogelwarte.ch

Auch die geschützte Artengruppe der Fledermäuse leidet stark unter dem Bau von Windrädern in Wäldern. Eine Studie der Biologin Johanna Hurst vom Freiburger Institut für angewandte Tierökologie zusammen mit anderen Experten bestätigt, dass der Bau von Windrädern im Wald zu erhöhten Gefährdungen von streng geschützten Fledermausarten führt. In Wäldern ist mit einer besonders hohen Aktivität der Fledermäuse und damit mit einem hohen Kollisionsrisiko mit den Windradrotoren zu rechnen. Auch der Verlust von Quartieren und Jagdgebieten auf Grund der Waldrodungen stelle eine Beeinträchtigung dar, so das fachliche Urteil der Autoren. Zum Schutz der Fledermäuse vor Windrädern, insbesondere in Wäldern, besteht ein dringender Forschungsbedarf, so das Resümee der Wissenschaftler. Auch die oftmals als unerheblich betrachteten Kollisionsraten an Einzelanlagen, haben in der Summe erhebliche Auswirkungen auf lokale oder sogar mitteleuropäisch verbreitete Fledermauspopulationen.

Quelle:

Hurst, J. et al (2015): Erfassungsstandards für Fledermäuse bei Windkraftprojekten in Wäldern. Diskussion aktueller Empfehlungen der Bundesländer. Natur und Landschaft. 90. Jahrgang. Heft 4. Stuttgart: 157 – 169.)

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen die Studien von Voigt et al. aus dem Jahr 2015 und von Müller aus dem Jahr 2014. Jedes deutsche Windrad hat **jährlich den Tod von rund 10 bis 12 Fledermäusen** zur Folge, das sind rund derzeit 400.000 Tiere jährlich, wobei diese Zahlen je nach geographischer Lage und Anlagentypus variieren. 70 Prozent der getöteten Fledermäuse stammen von Populationen, die nicht in Deutschland sondern in anderen Ländern heimisch sind. Wegen seiner zentralen Lage durchqueren Fledermäuse Deutschland auf dem Weg von ihren nordosteuropäischen Sommerlebensräumen hin zu ihren süd- und westeuropäischen Winterlebensräumen und zurück. Deutschland hat die besondere Verantwortung, migrierende Arten zu schützen, so Christian Voigt, einer der Autoren der zitierten Studie. Die hohe Mortalitätsrate wird sich bestandsbedrohend auf die Fledermaus-Populationen in ihren europäischen Herkunftsgebieten auswirken, befürchten die Wissenschaftler.

Für das Tötungsrisiko ist nicht nur die Anzahl der Windräder von Bedeutung, sondern auch die Größe der Anlagen. Windräder der neuen Generation sind mit größeren Rotorblättern ausgestattet und somit auch bei niedrigeren Windgeschwindigkeiten profitabel. Da eine effektive Schutzmaßnahme für Fledermäuse darin bestehen würde, Windräder bei Schwachwind abzuschalten, kosten diese Abschalt-Algorithmen den Betreiber mehr Geld, wodurch die Abschaltbereitschaft, künftig sinken wird. An Windrädern vorbeifliegende Fledermäuse sind auch wegen der größer werdenden Rotorblätter immer stärkeren Kräften ausgesetzt. Die Tiere werden häufig durch die starken Luftdruck-Unterschiede an den Rotorblättern verletzt. Ihre inneren Organe und die Hörorgane, auf welche Fledermäuse bei der Jagd angewiesen sind, zerreißen. Die Forscher gehen davon aus, dass Fledermäuse mit geringeren Verletzungen



nicht sofort sterben, sondern noch einige Minuten oder sogar Stunden weiterfliegen könnten, so dass die Zahl der unentdeckten Todesfälle deutlich erhöht sein dürfte. Der Bau von Windkraftanlagen in Wäldern wird von den beiden Wissenschaftlern besonders kritisch gesehen, da in Wäldern die Aktivität von Fledermäusen überdurchschnittlich hoch ist. Bei einer Abwägung zwischen wirtschaftlichen Aspekten und dem Artenschutz müsse der Nutzen für den Artenschutz künftig höher bewertet werden – nicht zuletzt wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands für den Schutz dieser europaweit gefährdeten Tierartengruppe.

#### Quellen:

Voigt, C. C., Lehnert, L., Petersons, G., Adorf, F. & Bach, L. (2015): Wildlife and renewable energy: German politics cross migratory bats. – European Journal of Wildlife Research. <https://link.springer.com/article/10.1007/s10344-015-0903-y>.  
Jörg Müller (2014): Fledermäuse im Wald – Neue Gefahren durch Windkraft. ANLIEGEN NATUR 36 (1): Seite 36–38. [https://www.anl.bayern.de/publikationen/anliegen/doc/an36108mueller\\_2014\\_fledermaeuse.pdf](https://www.anl.bayern.de/publikationen/anliegen/doc/an36108mueller_2014_fledermaeuse.pdf)

Eine vielfach unbekannte bzw. vollkommen vernachlässigte Gefährdung geht von den negativen Einflüssen der Druck- und Schallwellen der WKA, der sogenannten Scheuchwirkung, auf einige Tierarten mit einem extrem empfindlichen Gehörsinn aus. Zu diesen besonders akustisch sensiblen und störungsempfindlichen Arten zählen alle Fledermäuse und Eulen, der Luchs und die Wildkatze sowie zahlreiche Vogelarten, darunter die Waldschnepfe (*Scolopax rusticola*).

In einer Expertenstudie wurden im Nordschwarzwald mittels Synchronzählung die Auswirkungen des Scheucheffektes auf balzfliegende Waldschnepfen untersucht. Bei der Waldschnepfe handelt es sich um eine Vogelart, die in Deutschland und Europa rückläufig ist. In der Bundesrepublik Deutschland ist sie in der sogenannten „Vorwarnliste“ aufgeführt. Die Studie zeigte eindrucksvoll, dass die Flugbalzaktivitäten der Waldschnepfe nach dem Bau der Windräder innerhalb von nur drei Jahren hoch signifikant um 88 % abnahmen. Die Anzahl männlicher Waldschnepfen im Untersuchungsgebiet wurde auf Basis der Synchronzählungen vor Errichtung der Windräder auf ca. 30 Individuen geschätzt. Nach Bau der Windräder nutzten nur noch ca. 3 – 4 Individuen das Untersuchungsgebiet.

#### Quelle:

Ulrich Dorka et al., Windkraft über Wald – kritisch für die Waldschnepfenbalz? NuL 46 (3), 2014: Seite 69-78

Windkraftanlagen haben auch erhebliche Auswirkungen auf Fluginsekten, wie eine im Jahr 2017 veröffentlichte Studie, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Institut für Atmosphärenphysik in Oberpfaffenhofen zeigt. Aufgrund von veränderten Wind- und Temperaturbedingungen werden Insekten von Windkraftanlagen angelockt und sterben in sehr großer Anzahl.

Die Untersuchung gibt an, dass an allen deutschen Windkraftanlagen während der warmen Jahreszeit (200 Tage von April bis Oktober) hochgerechnet **ca. 5-6 Milliarden Insekten pro Tag** umkommen.

Quelle:

Trieb, F., Interference of Flying Insects and Wind Parks (FliWip) – Institute of Engineering Thermodynamics Department of Systems Analysis and Technology Assessment, Study Report, 2018: Seite 1-30.

#### **Zu lfd. Nr. 12**

Wie bereits unter der Nr. 11 skizziert, sind katzenartige Wildtiere, darunter Luchs und Wildkatze, alle Raufußhühner (Auer- und Birkhuhn) und Eulenarten extrem scheuchgefährdet. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen in Wäldern würde Auswanderungs- und Wiederansiedlungsprojekte für diese Tierarten unmöglich machen.

#### **Zu lfd. Nr. 15**

Alle bisher aufgeführten Antworten sprechen eindeutig gegen den Bau und Betrieb von Windrädern in Wäldern

#### **Zu lfd. Nr. 17**

Brände von Windkraftanlagen sind auf Grund ihrer Höhe nicht löschar. In Wäldern würden diese Brände während einer andauernden Trockenphase zu großräumigen Walbrandkatastrophen verbunden mit toxischen Emissionen (Beispiel: Bisphenol A) und zu einer ernsthaften gesundheitlichen Gefährdung der Anwohner führen. Die Haftungsfragen sind noch weitgehend ungeklärt und juristisch umstritten.

Quelle:

<https://umwelt-watchblog.de/fiese-fasern-die-unterschaetzte-gefahr-in-windkraftrotorblaettern/>

#### **Zu lfd. Nr. 26**

Eine spätere Wiederaufforstung von ehemaligen Flächen für Windkraftanlagen ist äußerst schwierig und führt zu erheblichen Wuchsbeeinträchtigungen der nachfolgenden Waldgenerationen. Die Böden sind extrem verdichtet, die Bodenstrukturen stark beeinträchtigt, die Flora und Fauna der empfindlichen Waldböden weitgehend abgestorben und die für das Wachstum der Waldbäume wichtigen basisch wirksamen Kationen ausgewaschen.

Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Böden auf Grund kleinerer Havarien mit giftigen Substanzen kontaminiert wurden. Ein weiteres Problem stellt die Entsorgung der Windkraftfundamente dar. In einem Windrad sind je nach Größe, Standort und Anlagentyp ca. 1.000 bis 1.500 m<sup>3</sup> Beton verbaut.

#### **Zu lfd. Nr. 30**

Der Bau und Betrieb von Windrädern in den Wäldern Thüringens wirken sich negativ auf die Naherholung, den ländlichen Raum, das Landschaftsbild und den wirtschaftlich immer wichtiger werdenden sanften Tourismus aus. Die Folge dessen würden die Urlauberzahlen spürbar zurückgehen, und Hotels, Gaststätten und andere Beherbergungsbetriebe müssten mit einem Einnahmerückgang rechnen. Der Verlust von Arbeitsplätzen in den ländlichen Regionen Thüringens wäre die Folge.

#### **Zu lfd. Nr. 31**

Neben dem Klimaschutz ist der Schutz der biologischen Vielfalt ein weiteres wichtiges Schutzgut. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete sich bei der Weltnaturkonferenz 2022 in Montreal zum Schutz der Biodiversität. Besonders Wälder haben für den Artenschutz und für den Erhalt der biologischen Vielfalt eine herausragende Bedeutung. Bei einer Öffnung der Wälder Thüringens zum Zwecke des Ausbaus der Windkraft sehen wir dieses gleichrangige Schutzgut wesentlich beeinträchtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Erster Vorsitzender

Lehrbeauftragter Flechten & Waldnaturschutz  
HOCHSCHULE WEIHENSTEPHAN-TRIESDORF | University of Applied Sciences  
Wald und Forstwirtschaft | Faculty of Forestry

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lindenhof 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99998 Mühlhausen/OT Seebach</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindenhof 3	Postleitzahl, Ort	99998 Mühlhausen/OT Seebach
Name	Organisationsform										
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindenhof 3										
Postleitzahl, Ort	99998 Mühlhausen/OT Seebach										

2.	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Anerkannter Naturschutzverband nach § 63 BNatSchG, welcher sich für den Schutz, die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume, die Artenvielfalt und naturverträgliche nachhaltige Nutzung des heimischen Waldes als hervorragenden Bestandteil unserer Lebensgrundlagen einsetzt.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Waldflächen für die Erzeugung von Windenergie auszuweisen, sollte ausschließlich als letzte Lösungsmöglichkeit in Betracht gezogen werden, sofern es regional keine dafür geeigneten Alternativen im Offenland gibt. Hierbei ist eine einzelfallweise Prüfung unter Einbezug betroffener Behörden unumgänglich. Lebensräume besonders geschützter und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten dürfen nicht beeinträchtigt werden. Schutzgebiete sowie alte Waldstandorte sind als Flächen für die Erzeugung von Windenergie auszuschließen. Auch Wälder in Siedlungsnähe, die für diese besondere Klimaschutzfunktionen erfüllen, sind für den Bau von Windkraftanlagen ungeeignet. Mögliche Standorte für Windkraftanlagen im Wald sehen wir primär im unmittelbaren Umfeld bestehender Industrie- und Gewerbegebiete sowie in direkter Lage zum öffentlichen Verkehrsnetz. Die zusätzliche Fällung von Bäumen lehnen wir ab. Es kommen ausschließlich Kalamitätsflächen infrage.	

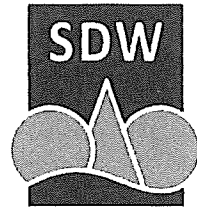
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Jena, 3.5.23	

THÜR. LANDTAG POST  
05.05.2023 06:38

12319/2023



Landesvorsitzender

Landesgeschäftsführerin

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.  
Lindenhof 3 • 99998 Mühlhausen/OT Seebach

### Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom  
31.03.2023

Unser Zeichen

Datum  
03.05.2023

### Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

### Stellungnahme der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V. (SDW)

Sehr geehrte Frau

als anerkannter Naturschutzverband nach § 63 BNatSchG nimmt die SDW zu o.g. Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

Wir stimmen dem Änderungsentwurf zu, § 2 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG um die Worte „kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen“ zu ergänzen. Auch diese Flächen verdienen einen angemessenen Schutz als neue Bestandesgeneration.

Die vorgeschlagene Änderung des § 10 Abs. 1 ThürWaldG erhält unsere Zustimmung. Aus unserer Sicht ist die geänderte Fassung des § 10 Abs. 2 ThürWaldG missverständlich formuliert und bedarf einer Änderung. Besagter Absatz zielt darauf ab, die Nutzungsartenänderung von Wald im Allgemeinen zu regeln. Dementsprechend ist aus unserer Sicht der Vorschlag des zu ergänzenden Satzes: „Bei der Interessenabwägung sind insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie die Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben einzubeziehen.“, irreführend, da dieser vermutlich auf die konkrete Regelung im Falle, dass eine Waldfläche in ihrer Nutzungsart hin zur Erzeugung von Windkraft geändert werden soll, abzielt. Aus diesem Grund sollte die im diskutierten Satz vorgeschlagene Vorgehensweise auch im direkten Bezug zur infragestehenden Nutzungsartenänderung hin zur Erzeugung von Energie aus Windkraft definiert werden.

Die vorgeschlagene Änderung, § 10 Abs. 3 ThürWaldG um den Satz: „Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden.“, lehnen wir ab. Wir sind uns bewusst, dass die Nahrungsmittelproduktion von großer Bedeutung ist. Dennoch hat auch das Vorhandensein intakter Waldflächen nicht nur aus Gründen der CO<sup>2</sup>-Speicherung, sondern auch aus Gründen der positiven Wirkungen für Klima, Wasserhaushalt und Boden sowie als **Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.**

Lebensraum für zahlreiche Wildtierarten eine besonders große Bedeutung. Uns stellt sich die Frage, wo, unter Aufnahme des besagten Satzes in § 10 Abs. 3 ThürWaldG überhaupt noch Ausgleichsaufforstungen realistisch umgesetzt werden können. Stattdessen sollte auch zukünftig die einzelfallweise Betrachtung zur Abwägung über eine infrage kommende Ausgleichsaufforstung vollzogen werden.

Die Ergänzungen im § 12 Abs. 7 sehen wir als zwingend erforderlich an, um Verantwortlichkeiten für vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz eindeutig zu klären. Aus unserer Sicht sollten im § 12 Abs. 7 ThürWaldG im Zuge des fortschreitenden Ausbaus von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien neben Windkraftanlagen auch Solarkraftanlagen aufgezählt werden, da auch diese eine besondere Gefahrenquelle für Waldbrände darstellen.

Die in Anlage 3 aufgeführten Fragestellungen beantworten wir bei Betroffenheit wie folgt:

**Lfd. Nr. 3 – Welche Notwendigkeit gibt es aus ihrer Sicht, Kalamitätsflächen wie unter Artikel 1, Ziffer 1 des Gesetzesentwurf zu definieren?**

Die explizite Nennung „*kahlgeschlagener oder verlichteter Grundflächen*“ schafft Klarheit und definiert Waldblößen konkreter. Die Orientierung am Bundeswaldgesetz, wo gleicher Wortlaut bereits aufgeführt ist, halten wir für sinnvoll.

**Lfd. Nr. 5 – Welche Umsetzungsschwierigkeiten sehen Sie bezüglich des vorliegenden Gesetzesentwurfes?**

Umsetzungsschwierigkeiten sehen wir insbesondere in der Ergänzung des Satzes: „*Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden*“, in § 10 Abs. 3 ThürWaldG. Damit entfällt der größte Teil potentiell geeigneter Flächen für Ausgleichsaufforstungen. Wir sprechen uns gegen die Ergänzung des o.g. Satzes aus und fordern weiterhin die einzelfallweise Betrachtung bei der Suche geeigneter Flächen für Ausgleichsaufforstungen.

Des Weiteren könnte es Umsetzungsschwierigkeiten bei den vorbeugenden Maßnahmen zum Waldbrandschutz für Windkraftanlagen geben. Die Gesetzänderung geht mit neuen Verantwortlichkeiten der Forstbehörden bei ihren hoheitlichen Aufgaben einher, die bei Gesetzverabschiedung geregelt werden müssen.

**Lfd. Nr. 6 – Aus welchen Gründen eignen sich Kalamitätsflächen grundsätzlich als Standorte für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen und aus welchen Gründen eignen sie sich nicht?**

Aus unserer Sicht lassen sich keine Punkte nennen, die grundsätzlich für die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald sprechen. Waldflächen für die Erzeugung von Windenergie auszuweisen, sollte ausschließlich als letzte Lösungsmöglichkeit in Betracht gezogen werden, sofern es regional keine dafür geeigneten Alternativen im Offenland gibt. Hierbei ist eine einzelfallweise Prüfung unter Einbezug betroffener Behörden unumgänglich. Auch Kalamitätsflächen sind nach § 2 Abs. 2 ThürWaldG Wald und damit nach § 1 ThürWaldG als solcher zu erhalten.

**Lfd. Nr. 9 – Welche Auswirkungen haben Ihrer Kenntnis nach Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald auf Flora/Fauna/Bodenbeschaffenheit, Mikroklima und Wasserhaushalt des Waldes?**

Ein Hektar Fläche wird für den Bau einer Windkraftanlage beansprucht. Davon werden rund 350 Quadratmeter dauerhaft versiegelt. Zwar kann die übrige Fläche wiederbewaldet werden, jedoch muss spätestens bei der Nutzungsaufgabe der neuentstandene Wald erneut gerodet werden, um die Windkraftanlage abzubauen. Ein ökologisch wertvolles Ökosystem wird sich im direkten Umkreis von Windkraftanlagen während des Betriebs bis zum endgültigen Rückbau nicht entwickeln.



Vor allem Fluginsekten sind durch den Betrieb einer Windkraftanlage stark gefährdet. Eine Gefährdung für Fluginsekten geht sowohl direkt von den Rotorblättern aus als auch von durch die Druckunterschiede ausgelöste Barotraumata. Des Weiteren ist durch den Bau, den Betrieb und der Wartung von Windkraftanlagen mit einer Vergrämung störungsempfindlicher Wildtierarten, wie z. B. Wildkatze, Luchs, Auerwild und Schwarzstorch, zu rechnen. Die Errichtung von Windkraftanlagen in Einstandsgebieten störungsempfindlicher Tierarten sollte ausgeschlossen sein.

**Lfd. Nr. 10 – Wie stark wird die Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens durch Windkraftanlagen beeinträchtigt?**

Je Windkraftanlage wird beim Bau eine Fläche von etwa einem Hektar beansprucht. Die beanspruchte Fläche wird durch eingesetzte Transport- und Baumaschinen verdichtet, was mit einer deutlichen Verschlechterung der Wasserspeicherfähigkeit von Waldböden einhergeht. Von einem Hektar werden rund 350 Quadratmeter je Anlage dauerhaft versiegelt. Zuwegungen müssen errichtet, Leitungen gelegt werden. Um die negativen Auswirkungen für Waldböden, insbesondere für den Wasserhaushalt, möglichst gering zu halten, sprechen wir uns dafür aus, Windkraftanlagen ausschließlich in bereits erschlossenen Waldgebieten zu errichten.

**Lfd. Nr. 12 – Wie würde sich der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf Auswilderungs- und Wiederansiedlungsprojekte (bspw. für Wildkatze, Luchs und Auerwild) respektive auf die Projektarten auswirken und welche Maßnahmen müssten verbindlich getroffen werden, damit diese Arten respektive Projekte nicht negativ beeinflusst oder gefährdet werden?**

Windkraftanlagen dürfen nicht in Flächen von Wiederansiedlungsprojekten sowie Einstandsgebieten von störungsempfindlichen Tierarten, wie z. B. Wildkatze, Luchs und Auerwild errichtet werden. Folgende Maßnahmen müssen aus unserer Sicht verbindlich getroffen werden:

- Festlegung von Mindestabständen zwischen den Einstandsgebieten störungsempfindlicher Tierarten und Flächen, die für Windkraftanlagen infrage kommen.
- Festlegung von Mindestabständen zwischen den Streifgebieten störungsempfindlicher Tierarten und Flächen, die für Windkraftanlagen infrage kommen.
- Freihalten von Korridoren zwischen benachbarten Vorkommensgebieten von störungsempfindlichen Tierarten.

**Lfd. Nr. 15 – Welche Argumente sprechen aus Ihrer Sicht grundsätzlich für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen und welche Argumente grundsätzlich dagegen?**

Ob eine Waldfläche für die Erzeugung von Windenergie geeignet ist, muss grundsätzlich einzelfallweise unter Einbezug betroffener Behörden geprüft werden. Wir fordern, dass Windkraftanlagen vorrangig außerhalb des Waldes errichtet werden. Sind regional keine geeigneten Flächen im Offenland vorhanden und die Errichtung einer Windkraftanlage im Wald kommt infrage, so ist ein transparenter Abwägungs-, Prüfungs- und Ausweisungsprozess unverzichtbar. Lebensräume besonders geschützter und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten dürfen nicht beeinträchtigt werden. Schutzgebiete sowie alte Waldstandorte sind als Flächen für die Erzeugung von Windenergie auszuschließen. Auch Wälder in Siedlungsnähe, die für diese besondere Klimaschutzfunktionen erfüllen, sind für den Bau von Windkraftanlagen ungeeignet. Mögliche Standorte für Windkraftanlagen im Wald sehen wir primär im unmittelbaren Umfeld bestehender Industrie- und Gewerbegebiete sowie in direkter Lage zum öffentlichen Verkehrswegenetz. Die zusätzliche Fällung von Bäumen lehnen wir ab. Es kommen ausschließlich Kalamitätsflächen infrage.

**Lfd. Nr. 20 – Welche Ausgleichsmaßnahmen müssen beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erfolgen?**

Wald, der für Anlagen- und Kranstellflächen sowie deren Zuwegungen dauerhaft verloren geht, muss zwingend durch Aufforstungen ersetzt werden. Der Ausgleich hat mindestens im Verhältnis 1:1, bei

höherem Biotop-Wert der verlorengegangenen Waldflächen im Verhältnis 1:2 oder 1:3, zu erfolgen. Nach Nutzungsaufgabe sind die Windkraftanlagen inklusive ihrer Fundamente vom Eigentümer oder Betreiber zurückzubauen und die Flächen in ihre ursprüngliche Landnutzung zu überführen.

**Lfd. Nr. 21 – Wie bewerten Sie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen bei der Errichtung von Windkraftanlagen im Wald?**

Da durch die Errichtung von Windkraftanlagen mit Bäumen bestockte Waldflächen verloren gehen, werden Ausgleichsmaßnahmen in Form von Ausgleichsaufforstungen notwendig. Grundsätzlich sind hierfür landwirtschaftliche Flächen geeignet. Die durch Anlagen- und Kranstellflächen sowie deren Zuwegungen verlorengegangenen Waldflächen sind je nach Wertigkeit im Verhältnis 1:1, 1:2 oder 1:3 mittels Ausgleichsaufforstung auszugleichen.

**Lfd. Nr. 22 – Wie bewerten Sie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen im Vergleich zum Flächenverbrauch bei einer direkten Errichtung von Windkraftanlagen auf diesen Flächen?**

Der Flächenverbrauch bei einer direkten Errichtung von Windkraftanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen ist geringer als bei der Errichtung von Windkraftanlagen im Wald und damit einhergehenden Ausgleichsaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen. Dies resultiert insbesondere aus der ökologisch höheren Wertigkeit von Waldflächen gegenüber landwirtschaftlichen Flächen und der generell schlechteren Erschließungssituation im Wald. Aufgrund einer durchschnittlichen Breite von vier Metern und einem begrenzten Lichtraumprofil durch die umliegenden Bäume entlang der Waldstraßen ist die Befahrung von Forstwegen zur Errichtung von Windkraftanlagen vielerorts ohne weiteren Ausbau nicht möglich. Der für die Errichtung von Windkraftanlagen potentiell notwendige Ausbau von Forstwegen, insbesondere die Fahrbahnverbreiterung, würde zur Zerstörung von ökologisch wichtigen Strukturen entlang der Forstwege führen. Hier finden sich üblicherweise Heckenstrukturen, welche einen Übergang zum typischen Baumbestand des Waldes bilden. Aus diesem Grund sollten Windkraftanlagen prioritär im Offenland und nur als letzte Alternative im Wald errichtet werden. Mögliche Standorte für Windkraftanlagen im Wald sehen wir primär im unmittelbaren Umfeld bestehender Industrie- und Gewerbegebiete sowie in direkter Lage zum öffentlichen Verkehrswegenetz. Die zusätzliche Fällung von Bäumen lehnen wir ab. Es kommen ausschließlich Kalamitätsflächen infrage.

**Lfd. Nr. 23 – Für wie geeignet halten Sie die im Gesetzentwurf unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagenen Regelungen zu den Ausgleichsflächen? Sollten landwirtschaftliche Flächen Ihrer Meinung nach überhaupt per Gesetz als Ausgleichsflächen ausgeschlossen werden? Wie würde sich die Flächenkulisse für Ausgleichsaufforstungen verändern?**

Die Regelung halten wir für sehr ungeeignet. Waldflächen sind nach § 1 Abs. 1 ThürWaldG „zu erhalten und zu mehren“. Dennoch gehen aufgrund verschiedener Umstände Waldflächen verloren. Folglich werden Ausgleichsaufforstungen notwendig. Neben landwirtschaftlichen Flächen gibt kaum weitere potentielle Flächen für Ausgleichsaufforstungen, da fast alle Freiflächen einer landwirtschaftlichen Nutzung unterliegen. Bei Freiflächen, die keiner landwirtschaftlichen Nutzung unterliegen, handelt es sich in der Regel um gesetzlich geschützte Biotope, welche aufgrund des Schutzstatus und der Erhaltungsziele für potentielle Ausgleichsaufforstungen ausscheiden.

Infrage kämen lediglich teils versiegelte, nicht mehr genutzte Flächen im urbanen Raum, insbesondere ehemalige Industrie- und Gewerbegebiete oder Gartenanlagen in Siedlungsnähe, welche in ihrer Nutzung meist beibehalten oder langfristig als Bauland beansprucht werden. Daher sprechen wir uns dafür aus, landwirtschaftliche Flächen auch weiterhin als potentielle Flächen für Ausgleichsaufforstungen beizubehalten und die im Gesetzentwurf unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagene Regelung nicht zu verabschieden.

**Lfd. Nr. 27 – Welche Alternativen bestehen Ihrer Kenntnis nach zum Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald, insofern die Umsetzung des Flächenziels des Landes/Bundes für Windkraftanlagen respektive Erneuerbare Energie konsequent verfolgt wird?**

Möglichkeiten für die Ausweisung weiterer Vorranggebiete für Windkraftanlagen ergeben sich vor allem durch den Ausbau der Windkraft im Offenland. Hier könnte bspw. der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungen sowie zwischen benachbarter Vorranggebiete für Windkraftanlagen herabgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsstelle

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP -Drucksache 7/6811-											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>1.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Bauernverband</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Alfred-Hess-Straße 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99099 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Bauernverband	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Straße 8	Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Bauernverband	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Straße 8									
Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Landwirtschaft in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 4. Mai 2023	

THÜR. LANDTAG POST  
05.05.2023 09:16

12405/2023



Thüringer  
Bauernverband e.V.

Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

**Landesgeschäftsstelle**

Alfred-Hess-Str. 8  
99094 Erfurt

**Telefon**  
0361 262532 – 320

**Telefax**  
0361 26253-225

**Internet**  
[www.tbv-erfurt.de](http://www.tbv-erfurt.de)

**Ansprechpartner/-in**

**E-Mail**

Erfurt, 4. Mai 2023

**Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes  
Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP- Drs. 7/6811**

Sehr geehrter Frau Vorsitzende Tasch,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO wurde dem Thüringer Bauernverband e. V. die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Entwurf des Vierten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes schriftlich Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und wie folgt ausführen:

Zunächst begrüßen wir es, dass nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. September 2022, Az.: 1 BvR 2661/21 mit dem § 10 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Waldgesetz (ThürWaldG) für mit Artikel 14 Abs. 1 und Artikel 74 Abs. 1 Nr. 18 i. V. m. Artikel 72 Abs. 1 GG unvereinbar und nichtig erklärt wurde, nun eine Anpassung des ThürWaldG vorgenommen werden soll.

Soweit in dem Gesetzentwurf ausgeführt wird, dass beabsichtigt ist, den Schutz des Waldes zu stärken, möchten wir anmerken, dass dies nicht zu Lasten der landwirtschaftlichen Flächen gehen darf.

Der Flächenverbrauch ist in der Landwirtschaft ein brennendes Thema. Es gehen täglich 55 ha allein für Siedlungs- und Verkehrsflächen verloren (vgl. Statistisches Bundesamt). Weitere Verluste, beispielsweise für erneuerbare Energien und Infrastrukturmaßnahmen, kommen noch hinzu. Politische Ziele sind gesetzt: die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sieht bis 2030 einen maximalen Flächenverlust für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 30 ha/ Tag vor.

Hinzu kommt die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Bundesnaturschutzgesetz. Der Thüringer Bauernverband vertritt hierzu im Übrigen die Ansicht, dass die Errichtung von Windenergieanlagen –da sie dem Schutz von Klima, Umwelt und Natur dient- gar keine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach sich ziehen sollte. Gleiches gilt auch für die weitere Form Erneuerbarer Energien –die Photovoltaik.

Zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen und der effektiven Reduzierung des Flächenverbrauches hat der Deutsche Bauernverband ein Rechtsgutachten zur Einbeziehung von Landwirtschaft und Klimaschutz in die Staatsziele nach Artikel 20a GG vorgelegt. In dem Gutachten „Eine zeitgemäße Berücksichtigung der Landwirtschaft und des Klimaschutzes im Grundgesetz“ legt Professor José Martinez, Universität Göttingen, dar, warum eine Ergänzung der bisherigen Staatsziele für Umwelt und Tierschutz erforderlich ist. Dies gilt neben dem Grundgesetz auch für die Verfassung des Freistaates Thüringen.

Zu den Normen im Einzelnen:

#### **Artikel 1 Nr. 1**

Eine Anpassung des § 2 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG an die Definition des Waldes in § 2 Abs. 1 Bundeswaldgesetz durch Ergänzung um die kahlgeschlagenen oder verlichteten Grundflächen ist konsequent.

#### **Artikel 1 Nr. 2 a)**

Die Streichung der für nichtig erklärten Regelung des § 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG ist redaktioneller Art.

#### **Artikel 1 Nr. 2 b)**

Die Einfügung des Satzes 2 in § 10 Abs. 2 ThürWaldG wonach „bei der Interessenabwägung insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie der Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben“ einzubeziehen sind, führt im Ergebnis immer dazu, dass ein Ausweichen auf landwirtschaftliche Flächen erfolgen muss und soll. Diese Formulierung lehnt der TBV daher auch unter Verweis auf die vorstehenden Darlegungen ab.

#### **Artikel 1 Nr. 2 c)**

Der beabsichtigte neue § 10 Abs. 3 Satz 2 ThürWaldG („Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden.“) ist zu begrüßen, geht aber nicht weit genug. Es sind alle im Zusammenhang mit der Errichtung von Windenergieanlagen im Wald anfallenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht auf landwirtschaftlichen Flächen durchzuführen.

#### **Artikel 1 Nr. 3**

Die explizite Nennung von Windenergieanlagen im Bereich des Brandschutzes in § 12 Abs. 7 ThürWaldG ist ebenfalls konsequent, aber auch hier dürfen vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz (z. B. das Anlegen von Schutzstreifen) nicht zu Verlusten im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen führen.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin



13793/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Viertes Gesetz zur Änderung des ThürWaldG (Drs. 7/6811)											
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landkreistag	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:</b>	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Erfurt, den 22.05.2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Windkraft Thüringen GmbH &amp; Co. KG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schwerborner Str. 30</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99087 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Str. 30	Postleitzahl, Ort	99087 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Str. 30										
Postleitzahl, Ort	99087 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Energiewirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe Stellungnahme - Anschreiben	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 03.05.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Thüringer Landesverband Energiepolitik mit Vernunft e. V. (THLEmV) Vernunftkraft. Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mohrental 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99448 Rittersdorf</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Thüringer Landesverband Energiepolitik mit Vernunft e. V. (THLEmV) Vernunftkraft. Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mohrental 8	Postleitzahl, Ort	99448 Rittersdorf
	Name	Organisationsform									
		Thüringer Landesverband Energiepolitik mit Vernunft e. V. (THLEmV) Vernunftkraft. Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mohrental 8									
Postleitzahl, Ort	99448 Rittersdorf										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Diplom-Physiker	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)  Der <u>Gesetzesentwurf (<b>Drucksache 7/6811</b>)</u> wird grundsätzlich befürwortet. Ein Festhalten an der bisherigen Gesetzeslage (Nichtigkeit des § 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) ohne Anpassung an die neuen Gegebenheiten ist aus Sicht des THLEmV <u>nicht</u> vertretbar.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	



	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	X      per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	X      nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben:</b> Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	X      ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rittersdorf, 04.05.2023	



THLEmV e.V.

Mohrental 8, 99448 Rittersdorf

12300/2023  
THÜR. LANDTAG POST  
04.05.2023 14:15

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erster Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender

Per E-Mail:

[poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

Rittersdorf, 04.05.2023

## Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Betr. *Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes*  
*Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP (Drucksache 7/6811)*

Sehr geehrte Mitglieder des Thüringer Landtags (MdL) im Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten,  
sehr geehrte Damen und Herren in der Landtagsverwaltung,

vielen Dank für die Beteiligung im schriftlichen Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (TLT).

Der Thüringer Landesverband Energiepolitik mit Vernunft e. V. (THLEmV) gibt zur beabsichtigten Änderung des Thüringer Waldgesetzes (*ThürWaldG*) folgende Stellungnahme ab.

Es wird gebeten, die nachfolgenden Hinweise und fachlichen Argumente bei der beabsichtigten Änderung des *ThürWaldG* zur Kenntnis zu nehmen und im Verfahren zu berücksichtigen.

### 0. Vorbemerkungen:

Der THLEmV vertritt die eingetragenen Mitglieder sowie über 70 Thüringer Bürgerinitiativen (BI'n) und betroffene Kommunen im Freistaat Thüringen.

Die Stellungnahme des THLEmV umfasst:

1. die Auffassung zum Wald-, Natur- und Klimaschutz zur Novelle des *ThürWaldG*,
2. Vorgaben und Hinweise zur Erhaltung, Mehrung, Verwaltung des Waldes in Thüringen,
3. die Position zum vorliegenden Antrag: Gesetzentwurf (Drucksache 7/6811).

Wälder haben eine außerordentliche Bedeutung für die biologische Vielfalt, für Klima, Wasser, Boden und für die Menschen. Zunehmende schädliche Einflüsse auf den Wald geben Anlass zur Sorge. Daher ist die Stellungnahme im Sachzusammenhang sehr umfassend, fachlich begründet sowie mit Quellen verlinkt und auszugsweise mit „Zitaten“ unterlegt.

Zum beigefügten **Fragenkatalog** (Anlage 3) können nur einzelne Punkten beantwortet werden. Auf die relevanten Fragen wird unter 1. und 2. in der Stellungnahme explizit eingegangen.

Thüringer Landesverband  
Energiepolitik mit Vernunft e.V.

E-Mail: [thlemv.bueroleiter@aol.com](mailto:thlemv.bueroleiter@aol.com)

Internet: <http://www.thlemv.de>

## 1. Auffassung zum Wald, Natur- und Klimaschutz zur Novelle des ThürWaldG

Der Wald hat zweifellos nachhaltige Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen, die auch unter ständig veränderten klimatischen Bedingungen permanent zu gewährleisten sind. Thüringer Wälder (Gesamtwaldfläche ca. 550.000 Hektar = 34 % der Landesfläche) bedürfen des besonderen Schutzes und der Wertschätzung durch den Staat, die Wirtschaft und die breite Zivilgesellschaft. Wälder haben zum Erhalt der biologischen Vielfalt eine besonders große Bedeutung (Biodiversität). Ihre nachhaltige Entwicklung ist deshalb fortlaufend zu sichern und zu verbessern („Deutschlands Grüne Mitte“).

Sinnvolle Regelung zum Waldumbau (§24 ThürWaldG) ist nicht nur „Die Stabilität der Wald-bestände .... vor dem Hintergrund des Klimawandels zu sichern.“ indem dazu „... geeignete Baumarten in ausreichender Dichte vor allem in reine Fichtenwälder und nicht standortgerechte Wälder einzubringen.“ sind. Waldschutz stellt auch einen verantwortungsvollen Umgang mit den Wäldern jeder Eigentumsform nach den Erfordernissen des Natur-, Landschafts-, Arten-, Klima-, Lärm-, Boden- und Wasserschutzes dar. Neben den forstwirtschaftlichen Zielen sind nicht-materielle Anforderungen, zur Erholung, zum Immissionsschutz, zum Erhalt der biologischen Vielfalt, des Mikroklimas, der Landschaftserhaltung, zu beachten und unbedingt in die Bewertung einzubeziehen. In dem Zusammenhang sind forstliche und nichtforstliche Ansprüche der Gemeinwohlverpflichtung (§§9, 28, 31 und 33 ThürWaldG) unterworfen. Bei der Waldentwicklung und -bewirtschaftung ist das Gemeinwohl vorrangig zu berücksichtigen. Wald ist ein hoch komplexes äußerst empfindliches Ökosystem mit nachhaltiger Wirkung und daher schützenswert für die gesamte Gesellschaft! Bei der Bewirtschaftung des Staatswaldes wird im Gesetz dem Allgemeinwohl besonders Rechnung getragen.

Bezüglich des Klimaschutzes stellt in der Land- und Forstwirtschaft der Wald die einzige natürliche CO<sub>2</sub>-Senke dar! Folglich gebieten das ThürWaldG und die Vernunft, bestehende Wälder in Thüringen an keiner Stelle auch nur ansatzweise zu schädigen oder zu missbrauchen, sondern ausnahmslos zu schützen und gleichsam nachhaltig zu mehrten.

Daher sind aus nachvollziehbaren ökologischen Gründen die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) im Wald nicht sinnvoll und damit grundsätzlich abzulehnen. So sind in Sachsen-Anhalt, in Sachsen, in Niedersachsen, in Mecklenburg-Vorpommern, in Schleswig-Holstein, in Hamburg und in Bremen nach landes-rechtlichen Bestimmungen WEA im Wald verboten.

Die Thüringer Landesregierung hingegen glaubt immer noch, dass ohne die Einbeziehung von Waldstandorten der Klimaschutz (Reduzierung von CO<sub>2</sub> mittels Windenergie) nicht umsetzbar sei. Einen schlüssigen Beweis für den nachhaltigen (Langzeit-)Nutzen von WEA im Wald kann die Thüringer Landesregierung – nach wie vor – nicht belegen.

Vielmehr geht es hier nur um die Erreichung von politisch festgelegten Flächenzielen für den Ausbau der Windenergie und die gewinnbringenden Geschäftsinteressen von Großwaldbesitzern die überwiegend nicht Vorort ansässig sind und dem Staatsforst (ThüringenForst).

Seit Jahren fordert der THLEmV vor allem den Wald – die einzige natürliche und nachhaltige CO<sub>2</sub>-Senke – vor Windindustrieanlagen zu schützen. Bereits in der Stellungnahme (2017) zum Thüringer Klimagesetz (ThürKlimaG) wurde vom THLEmV darauf hingewiesen, dass Wald die einzige biologische CO<sub>2</sub>-Senke darstellt und in der Stellungnahme (2019) zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes wurde schon gefordert, dass ein Verbotstatbestand zu Windenergieanlagen in das ThürWaldG aufgenommen wird. Die legitime Forderung sollte bei der erneuten Änderung des ThürWaldG ganzheitlich betrachtet, fachlich (forstwirtschaftlich und bezüglich der CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten) bewertet werden.

Es wird ausdrücklich drauf hingewiesen, dass gemäß der Diskussion zur Änderung des ThürWaldG durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GVBl. S. 352) - Artikelgesetz – Windenergie im Wald keine akzeptable Alternative ist.

Nachzulesen im Plenarprotokoll des Thüringer Landtags (5. Wahlperiode - 137. Sitzung - 18.12.2013, ZWEITE BERATUNG, auf Seite 13044:

**Zitat:**

**„Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:**

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon sehr viel über das Waldgesetz, über das wir heute hier miteinander abschließend beraten, gesagt worden. Es ist gesprochen worden über funktionsgleiche Ausgleichsaufforstung, über Walderhaltungsabgabe, ich denke, durch die Änderung der Thüringer Waldgesetze wird es nun ermöglicht, dass die Walderhaltungsabgabe nicht nur zur Erhaltung des Waldflächenanteils, sondern auch für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Waldes genutzt werden kann, so zum Beispiel für den so vielfach diskutierten Umbau von 100.000 Hektar im Freistaat Thüringen, der zwingend erforderlich ist.“ ....., „Lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema Wind im Wald sagen. Herr Weber, ich weiß nicht - er ist gar nicht mehr im Raum -, was das immer wieder soll, das Ding immer wieder aufzuwärmen. Es hat eine eindeutige Absprache in der Koalition dazu gegeben, es wird keinen Wind im Wald geben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

es wird während dieser Koalition keine Windkraftanlagen im Wald geben.

Ich kann, wenn Herr Weber immer wieder darauf hinweist, nur gern noch mal betonen, dass die eigene Lobby der Windkraftanlagenbetreiber festgestellt hat, dass in Thüringen 9,2 Prozent der Landfläche außerhalb von Wald und außerhalb von jeglichen Naturschutzgebieten für die Errichtung von Windkraftanlagen zur Verfügung stehen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche anderen Flächen hätte man nutzen können?) .....

Auf die Ersatzflächen wird in der Begründung zu **§1 ThürWaldG** noch eingegangen.

Das **ThürWaldG** enthält konkrete Regelungen zum Erhalt und Schutz des Waldes, seiner Bewirtschaftung, der Förderung der Forstwirtschaft sowie zu Entschädigungen und Ausgleichszahlungen. Im **Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes** ist der Waldumbau zur Anpassung an den Klimawandel als gesetzliche Aufgabe bestimmt worden (**§24 ThürWaldG** *„Waldumbau; Erhaltung der Waldbestände; Kahlschläge“*).

**Absatz 1** regelt: „Die Stabilität der Waldbestände ist vor dem Hintergrund des Klimawandels zu sichern. Dazu sind geeignete und standort- sowie klimafolgengerechte, vorzugsweise einheimische Baumarten, in einer an die Waldbauvorschriften des Staatswaldes angelehnten Zahl, vor allem in reine Fichtenwälder und nicht standortgerechte Wälder einzubringen. Der Laubholzanteil ist zu erhöhen. Zur Finanzierung dieser Aufgabe stellt das Land angemessene finanzielle Mittel nach Maßgabe des Haushalts zur Verfügung.“

Im **Absatz 2** ist zur Erhaltung und möglichen Verbesserung der Biodiversität definiert: „Es ist verboten, Nadelholzbestände unter 50 Jahren und Laubholzbestände unter 80 Jahren abzuholzen ...“. Zur Sicherung der Stabilität der anfälligen Waldbestände reicht es nicht aus, nur klimaangepasste Anpflanzungen vorzunehmen. Das gesamte hochkomplexe Wald-Öko-System muss geschützt werden. Dazu zählen der Gesamtflächenschutz, der Waldwasserschutz, der Brandschutz, der Lärm- und Immissionsschutz, der Waldbodenschutz und das Verbot von Schad- und Fremdstoffen im Wald. Mit dem Bestreben der Errichtung von WEA im Wald wird gegen all diese notwendigen Schutzziele verstoßen!

## **2. Vorgaben und Hinweise zur Erhaltung, Mehrung, Verwaltung des Waldes in Thüringen**

Nachfolgend wird schlüssig dargestellt, dass schon nach den formulierten Schutzgütern im **ThürWaldG** die Errichtung und der Betrieb von WEA im Wald widersprüchlich, **schädlich und gesetzwidrig** ist.

Auch wenn mit **Beschluss des Bundesverfassungsgerichts** (BVerfG) vom 27.09.2022, Az. **1 BvR 2661/21** die **Nichtigkeit** des § 10 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Erhaltung, zum Schutz und zur Bewirtschaftung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Thüringer Waldgesetz – ThürWaldG) in der Fassung des Artikel 1 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes vom 21. Dezember 2020 (GVBl. vom 30. Dezember 2020, S. 665) für erklärt wurde, ändert dies nichts am Grundanliegen zum Schutz des Waldes und an dem gelebten Allgemeinverständnis der Bevölkerung (Wähler) zum Thüringer Waldgesetz.

Mit der erhobenen **Verfassungsbeschwerde** rügten die Beschwerde führenden Großwaldbesitzer die Verletzung ihrer Grundrechte aus **Art. 14 Abs. 1 GG** („Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“) und **Art. 3 Abs. 1 GG** („Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“).

Nach den Leitsätzen zum Urteil (**1 BvR 2661/21**) haben die Verfassungsrichter im **Konstrukt**:

1. sich vom „Bodenrecht im Sinne von Art. 74 Abs. 1 Nr. 18 GG“ leiten lassen, indem „die flächenbezogene Ordnung der Nutzung von Grund und Boden durch öffentlichrechtliche Normen, die Grund und Boden unmittelbar zum Gegenstand haben; also Normen, welche die rechtlichen Beziehungen des Menschen zum Grund und Boden regeln, indem sie den Flächen Nutzungsfunktionen zuweisen und diese voneinander abgrenzen. Prägend ist die Flächenzuweisung für eine bestimmte Nutzung, die andere Nutzungen an diesem Standort im Wesentlichen ausschließt.“  
Völlig unverständlich ist hier, dass Verfassungsrichter **Art 14 Abs. 2** („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“) außer Acht gelassen haben!
2. die konkurrierende Gesetzgebung im Jagdwesen, beim Naturschutz und der Landschaftspflege, bei der Bodenverteilung, der Raumordnung und beim Wasserhaushalt, anerkannt, indem: „Die Gesetzgebungskompetenz aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 29 GG für Naturschutz und Landschaftspflege umfasst sowohl den Schutz durch Abwehr von Gefahren für Natur und Landschaft als auch die Pflege durch gestaltende Tätigkeit des Staates, die darauf abzielt, den Zustand von Natur und Landschaft zu verbessern. Gegenständlich an Bodenflächen ansetzende Regelungen im Bereich von Naturschutz und Landschaftspflege unterscheiden sich von bodenrechtlichen Regelungen durch ihre spezifischere Ausrichtung an den Schutzgütern Natur und Landschaft. Sie weisen nicht bestimmte Nutzungsarten oder -funktionen dem Grunde nach flächenhaft zu, sondern setzen an der Eigenart oder der besonderen Lage konkreter Teile der Natur und Landschaft an, die wegen ihrer ökologischen oder auch ästhetischen Funktionen besonders schutz- oder entwicklungsbedürftig sind.“
3. „Für die Zuweisung von Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Außenbereich .... der Bundesgesetzgeber von seiner Gesetzgebungskompetenz für das Bodenrecht im Baugesetzbuch Gebrauch gemacht.“ und „Eine Öffnung, aus der der Landesgesetzgeber eine Kompetenz für einen generellen Ausschluss von Windenergieanlagen auf Waldflächen herleiten könnte, enthält das Baugesetzbuch nicht.“

Nicht nachvollziehbar ist die Auffassung „Gegen eine Durchbrechung der in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB geregelten Privilegierung der Windkraft im Außenbereich durch pauschale landesrechtliche Verbote von Windenergieanlagen im Wald spricht auch, dass der Ausbau der Nutzung der Windkraft einen faktisch unverzichtbaren Beitrag zu der verfassungsrechtlich durch Art. 20a GG und durch grundrechtliche Schutzpflichten gebotenen Begrenzung des Klimawandels leistet und zugleich die Sicherung der Energieversorgung unterstützt.“

Beide Unterstellungen (hier der Ausbau Windkraft sei unverzichtbar und diese dienten zugleich der Sicherung der Energieversorgung) sind weder objektiv beweisbar noch wissenschaftlich belegt.

Rechtlich privilegiert der § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Wind- oder Wasserenergie dienen. Eine besondere Relevanz erfährt die Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB im planungsrechtlichen Steuerungselement nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB, wonach die Gemeinde so genannte Konzentrationszonen für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan darstellen kann, mit der Folge, dass an anderen als den vorgesehenen Standorten ein Entgegenstehen öffentlicher Belange anzunehmen ist.

**§ 35 Abs. 3 BauGB** enthält eine nicht abschließende Aufzählung gewichtiger Belange, die einem Vorhaben entgegenstehen können bzw. beeinträchtigt werden können. Obwohl § 35 Abs. 3 BauGB nur von einer „Beeinträchtigung“ öffentlicher Belange spricht und damit die gesetzliche Terminologie des § 35 Abs. 2 BauGB aufgreift, ist allgemein anerkannt, dass auch privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB am Maßstab des § 35 Abs. 3 BauGB zu beurteilen sind. Im Rahmen der in § 35 Abs. 3 BauGB zu treffenden Abwägungsentscheidung ist zwischen Vorhaben nach § 35 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB (sonstige Vorhaben) zu differenzieren. Bei sonstigen Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB geht der Gesetzgeber dem Grunde nach von einem Bauverbot im Außenbereich aus. Demnach führt regelmäßig jede Beeinträchtigung öffentlicher Belange im Sinne von § 35 Abs. 3 BauGB zur bauplanungsrechtlichen Unzulässigkeit.

Ausnahme: Beeinträchtigt allerdings ein sonstiges Vorhaben ausnahmsweise keine Außenbereichsbelange im Sinne von § 35 Abs. 3 BauGB, besteht ein bauplanungsrechtlicher Zulassungsanspruch. Das „Können“ in § 35 Abs. 2 BauGB ist – aber nur dann – vor dem Hintergrund des Art. 14 Abs. 1 GG als „Müssen“ zu verstehen.

Bekanntermaßen stehen die Schutzgüter des Art. 20a GG häufig im Spannungsverhältnis zu gegenläufigen Belangen. Selbst nach den Leitsätzen (LS) zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz (des Ersten Senats vom 24.03.2021 Az. 1 BvR 2656/18, 1 BvR 78/20, 1 BvR 96/20, 1 BvR 288/20) – LS 2a: „genießt Art. 20a GG keinen unbedingten Vorrang gegenüber anderen Belangen, sondern ist im Konfliktfall in einen Ausgleich mit anderen Verfassungsrechtsgütern und Verfassungsprinzipien zu bringen.“

LS 3: „Die Vereinbarkeit mit Art. 20a GG ist Voraussetzung für die verfassungsrechtliche Rechtfertigung staatlicher Eingriffe in Grundrechte.“ und

LS 4: „Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen.“

Wald muss immer über einen längeren natürlichen Lebenszyklus beurteilt/bewertet werden. Daher sind die Leitsätze des BVerfG in der Sache im Kontext zu betrachten.

Die gesetzlich schlüssige und nachvollziehbare fachliche Begründung zum moralischen „Verbot“ von WEA im Wald erfolgt im Zusammenhang mit den maßgebenden Bestimmungen im Gesetz zur Erhaltung, zum Schutz und zur Bewirtschaftung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Thüringer Waldgesetz - ThürWaldG -) vom 6. August 1993, Gesamtausgabe in der Gültigkeit der Fassung vom 21. Dezember 2020.

Schon in der Bezeichnung des **ThürWaldG** sind die zwei **Hauptschutzziele** definiert:

„Erhaltung, Schutz und Bewirtschaftung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft“.

Diese haben vor anderen Absichten und sonstigen Erwägungen zum Wald absoluten Vorrang.

Alle davon abweichenden Maßnahmen widersprechen dem Gesetz; sind somit fragwürdig.

Im **§1 (Zweck des Gesetzes)** ist festgelegt:

„Dieses Gesetz dient insbesondere dazu:

1. die Landeswaldfläche als Gesamtheit der privaten, körperschaftlichen und staatlichen Waldgrundstücke zu erhalten und zu mehren,
2. eine standortgerechte Baumartenzusammensetzung und eine stabile Struktur des Waldes zu bewahren oder herbeizuführen,
3. den Wald vor Schadeinwirkungen zu schützen,
4. die Erzeugung von Holz nach Menge und Güte durch eine nachhaltige, ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Waldes dauerhaft zu sichern und zu steigern,
5. die Schutzfunktionen und die landeskulturellen Leistungen des Waldes durch naturnahe Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern und zu steigern und hierbei insbesondere naturnahe Wälder als Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu erhalten und zu entwickeln,
6. die Erholung in Waldgebieten zu ermöglichen und zu verbessern,
7. die Waldbesitzer in der Verfolgung der unter den Nr. 1 bis 6 bezeichneten Ziele zu unterstützen und zu fördern,
8. einen Ausgleich zwischen den Belangen der Allgemeinheit und den Interessen der Waldbesitzer herbeizuführen.“

#### **Begründung:**

Im **§1 ThürWaldG** sind die Ziele des Gesetzes in 8 Punkten klar bestimmt und konkret normiert.

Bei der Überprüfung der Zulässigkeit der Errichtung von WEA im Wald mit der gesetzlichen Norm muss sachlich und fachlich festgestellt werden, dass

- Landeswaldflächen in ihrer Gesamtheit durch WEA im Wald **nicht** erhalten oder gemehrt werden können. Durch zunehmende Versiegelung in den Bereichen Verkehr, Landwirtschaft, Industrie) sind

Ausgleichflächen rar. Mit alternativen Ausgleichszahlungen – mangels Ausgleichsflächen – kann das landesgesetzliche Schutzziel **nicht** erreicht werden. Die nach **BNatSchG** im §15 geforderten Ausgleichsmaßnahmen sowie im §6 ThürNatG stellen daher nur einen „Scheinausgleich“ dar, welcher weder zur Erhaltung der Waldflächen beiträgt, noch diese mehrten kann. Ausgleichflächen für Ersatzmaßnahmen stehen wegen konkurrierender Nutzungen (Landwirtschaft, Gewässer-/Landwirtschafts-Rekultivierung, Stromtrassen-, BAB-, Straßen-, Gewerbe-, Wohnungsbau) auch zukünftig **nicht** zur Verfügung.

- Der Flächenbedarf der BRD für Bioenergie umfasste 2020 ca. 1,5 Millionen Hektar Ackerfläche. Energiepflanzen stehen damit auf ca. 14,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Damit ist die Eigenversorgung bei Nahrungs- und Futtermitteln **nicht** mehr gesichert. (Stichworte: Corona-Epidemie, Naturkatastrophen, Handelsembargo, Wirtschaftskrisen etc.). Den Landwirtschaftsbetrieben wird durch EU-Verordnungen (zum Gewässer- und Grundwasserschutz weiterhin Boden **entzogen**. Von 2000 bis 2020 sank der Anteil landwirtschaftlicher Nutzfläche in Deutschland um ca. 10.000 km<sup>2</sup> von 53,5 auf 50,5 % der Gesamtfläche. So gehen in Deutschland seit Jahren Tag für Tag ca. 55 ha Landwirtschaftsflächen für Siedlungen und Verkehrsflächen verloren.
- Selbst wenn in Thüringen ausschließlich **Kalamitätsflächen** (29.750 ha großflächiger Windwurf- und Borkenkäferschäden, davon 15.250 ha im Privatwald und 14.500 ha im ThüringenForst) für die Errichtung von WEA genutzt werden würden, könnten die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsflächen vollständig nur zu Lasten der Landwirte gehen!
- Mit der vom Bundeskabinett beschlossenen **Bundeskompensationsverordnung** (BKompV) werden zudem weitere landwirtschaftliche Nutzflächen für Kompensationszwecke in Anspruch genommen. Der Ausgleich für die Kalamitätsflächen kommt dann noch hinzu. Und Waldflächenstandorte sind seit Jahrhunderten standorttypisch entstanden. Sie wurden geographisch, naturangepasst regional, wirtschaftlich, geprägt.

Massive Eingriffe in die Waldstruktur hätten unabsehbare Veränderungen in der Natur und Landschaft zur Folge, indem

- eine stabile Struktur des Waldes **nicht** bewahrt oder herbeigeführt werden kann.
- der Wald vor Schadeinwirkungen **nicht** geschützt wird. Vielmehr erfolgt eine unverantwortliche weitere Gefährdung, welche in ihrer Langzeitwirkung nicht abgeschätzt werden kann.
- die Erzeugung von Holz nach Menge und Güte sowie die nachhaltige, ordnungsgemäße Bewirtschaftung **stark eingeschränkt** ist. Hier sind weitere negative Einwirkungsfaktoren durch Versiegelung, Fundamente, Leitungstrassen, Lagerplätze, Rettungswege, anzuführen.
- bei Errichtung von WEA die Schutzfunktionen und die landeskulturellen Leistungen des Waldes durch naturnahe Bewirtschaftung **nicht** nachhaltig gesichert bzw. gesteigert werden können. Durch WEA werden Wälder als Lebensräume für Pflanzen, Tiere und großflächiges Pilzmyzel nicht nur beeinträchtigt, sondern nachhaltig direkt oder indirekt großräumig **ge- und zerstört**. Ursachen sind Zerschneidung der Waldflächen und Waldbiotope, Verdichtung des Waldbodens, Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes, durch Freiflächen, Fundamente, Trassen- und Wegebau, Oberflächenentwässerung, Bauwerke u. a.
- die Erholung in Waldgebieten partiell und risikoreich **eingeschränkt** (Lärm, Eiswurf, Landschaftsverunstaltung, begrenztes Betreten), damit **nicht** verbessert wird.
- die Waldbesitzer bei der Verfolgung der im §1 ThürWaldG unter Nr. 1 bis 6 bezeichneten Ziele **nicht** unterstützt bzw. zielführend gefördert werden können.
- den Belangen der Allgemeinheit **keine** Rechnung getragen wird. Im Vordergrund steht lediglich finanzielles oder spekulatives Interesse der Investoren bzw. Waldbesitzer mit Interesse an WEA. Derart kann kein gerechter Ausgleich zu den Interessen der anderen Waldbesitzer im Sinne des ThürWaldG erreicht werden. Die immer wieder herausgestellten wirtschaftlichen Gewinnziele („zweites Standbein“ Waldbesitzer oder „neue Geschäftsfelder“ im ThüringenForst) stören, zerstören oder vernichten die Eigenart des Waldes durch Industrieanlagen. Die Eingriffe sind dem Natur- und

Klimaschutz abträglich und kontraproduktiv (z. B. CO<sub>2</sub>- und Grundwasser-Speicher, Biodiversität, Lärm- und Erosionsschutz).

- Nachfolgend ein Beispiel für den drastischen Eingriff in die Natur. Bekannten Studien zufolge werden in Deutschland pro Jahr mehr als 250 000 Fledermäuse von Windrädern getötet, berichtet das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) in Berlin. Hauptursachen für das Massensterben sind Kollisionen mit den Rotoren und die sogenannten Barotraumata. Bei diesem Phänomen zerreißen durch die starken Luftdruckunterschiede an den Rotorblättern die inneren Organe der kleinen Säugetiere inklusive der Hörorgane, auf welche sie bei der Jagd angewiesen sind. Im Wald wird die schädliche Wirkung noch weitaus größere Ausmaße haben. Quelle:  
<https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/fledermaeuse/wissen/15018.html>

**§2 Wald und seine Funktionen** definiert:

„(1) Wald im Sinne dieses Gesetzes ist jede Grundfläche, die mit Waldbäumen oder Waldsträuchern bestockt und durch ihre Größe geeignet sowie dazu bestimmt ist, die folgenden Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zu übernehmen, insbesondere

1. der Holzproduktion zu dienen,
2. die günstigen Wirkungen auf Klima, Boden, Wasserhaushalt und Luftreinhaltung zu steigern,
3. der heimischen Tier- und Pflanzenwelt einen Lebensraum zu bieten oder
4. der Erholung für die Bevölkerung gerecht zu werden.“

„(2) Zum Wald gehören auch: Waldblößen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungstreifen, Leitungstrassen, Waldwiesen, Wildäusungsflächen und Holzlagerplätze im Wald, von Wald umschlossene Teiche, Moore und Heiden, Gräben und andere Flächen wie Feldgehölze, Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigplantagen, Parkwaldungen, mit befristeter oder mit jederzeit widerruflicher Genehmigung in eine andere Nutzungsart umgewandelter Wald, weitere mit Wald verbundene und ihm dienende Flächen sowie andere Flächen, die mit dem Wald in einem natürlichen Zusammenhang stehen. Die Zuordnung der Flächen erfolgt unabhängig von naturschutzrechtlichen Vorschriften.“

**Begründung:**

Durch die Errichtung, den Betrieb und ggf. den späteren Rückbau von WEA werden die im Waldgesetz bestimmten Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen dreifach unterlaufen. Die Holzproduktion, günstige Wirkungen auf Klima, Boden, Wasserhaushalt und Luftreinhaltung, der Lebensraum der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und die Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung werden negativ beeinflusst.

Eine auf mehrere Jahrzehnte festgelegte Nutzungsartenänderung schafft feste Tatsachen, die im Waldzyklus (Wachstums- und Pflegephasen) in einer Generation nicht korrigiert werden können. Die Probleme und Hinterlassenschaften, wie Umweltschäden und Schadstoffe, Altlasten und Kostenfolgen werden an die Kinder, ggf. sogar an die Enkel, oder den Staat „vererbt“.

Auch eine befristete (mind. 20 Jahre ggf. mit Verlängerungsoption) oder praktisch untaugliche Option mit „jederzeit widerruflicher Genehmigung“, Waldflächen in eine andere Nutzungsart umzuwandeln stellt keine ökologisch nachhaltige und keine gesamtwirtschaftliche Lösung dar.

Eine jederzeit widerrufbare Genehmigung des Betriebes von WEA ist schon wegen hoher Investitionen (mehrere Millionen Euro pro WEA) nicht geboten (erhöhtes Unternehmerrisiko).

**§6 Betreten des Waldes, sportliche Betätigung in Wäldern** regelt:

„(1) Das Betreten des Waldes zum Zwecke der naturverträglichen Erholung ist jedem gestattet. Das Betreten und Befahren des Waldes geschieht auf eigene Gefahr, besondere Sorgfalts- und Verkehrssicherungspflichten des Waldbesitzers werden durch das Betretungsrecht des Waldes nicht begründet. Dies gilt auch für gekennzeichnete Wege und Pfade.

(2) Jeder Waldbesucher hat sich so zu verhalten, dass der Wald nicht beschädigt oder verunreinigt, seine Bewirtschaftung sowie die Lebensgemeinschaft nicht gestört und die Erholung anderer nicht beeinträchtigt wird.“

„(6) Die Benutzung von Waldwegen durch Kraftfahrzeuge ist zur Erfüllung forstwirtschaftlicher Aufgaben gestattet. .... Innerhalb des Waldes sind insbesondere

1. das Fahren mit Kraftfahrzeugen außerhalb forstwirtschaftlicher Aufgaben,



2. das Abstellen von Wohn-, Bienen- und sonstigen Wagen außerhalb der nach §25 Abs. 4 Satz 1 genehmigten Anlagen, ...  
nur mit Zustimmung des Waldbesitzers zulässig. Die Waldfunktionen und sonstigen Rechtsgüter sowie Belange des Naturschutzes dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden. ....“

**Begründung:**

Das uneingeschränkte Betreten des Waldes zum Zwecke der naturverträglichen Erholung wird mit der Errichtung von WEA eingeeengt. Gesetzliche Einschränkungen zum Betreten sind im §6 Abs.6 ThürWaldG abschließend geregelt. Die Einschränkung zu Gefahr- und Schutzbereichen (Eiswurf, Einfriedung, Schutzzonen) von und zu WEA ist im Gesetz nicht vorgesehen. Das Betreten (und Befahren) des Waldes geschieht auf eigene Gefahr. Da hier keine Sorgfalts- und Verkehrssicherungspflichten durch den Waldbesitzer begründet sind, werden Menschen einem unerwarteten Fremdrisiko durch WEA (wie Eiswurf) ausgesetzt (Risikoverlagerung auf Erholungsuchende, Anwohner, ggf. Eigentümer). Jedem Waldbesucher werden Verhaltensregeln abverlangt, weil er das Eigentum von Waldbesitzern unentgeltlich betritt. Das erwartete behutsame Verhalten der Bürger steht im krassen Widerspruch zu den negativen Auswirkungen durch den Bau von WEA (Errichtung, Betrieb, Schadens- und Brandschutz, Rückbau, Entsorgung, Schadstoffe).

**Transporte** von Baumaschinen und Kränen sowie Tonnen schweren Baukörpern und Personen, stellt ein „Fahren mit Kraftfahrzeugen außerhalb forstwirtschaftlicher Aufgaben“ dar. Zum Problem beim Befahren von Wald/Waldwegen und zur Waldbodenverdichtung wird angeführt:

Das **Fundament** einer WEA besteht aus 1.400 Kubikmetern hochfestem Stahlbeton (Gewicht **3.500 Tonnen**). Der Turm besteht aus Stahl oder Stahl-Beton-Schalen (drei in einen Ring mit 50 m Umfang). Bei 130 m Höhe hat ein **Turm** 35 Ringe (Gewicht **2.800 Tonnen**). Die **Gondel** (Maschinenhaus) wiegt **120 Tonnen** beherbergt den **Generator** (Gewicht **220 Tonnen**) der von einem ca. **320 Tonnen** schweren **Rotor** angetrieben wird. **Gesamtgewicht** ca. **7.000 Tonnen**.  
Quelle: [http://bi-berken.de/resources/Dimensionen+Windkraftanlagen .pdf](http://bi-berken.de/resources/Dimensionen+Windkraftanlagen.pdf)

Neben der Anfahrt der Schwerlastgüter (Bauteile, Beton) müssen Kranteile an- und abgefahren und später beim Rückbau die gleiche Tonnage abtransportiert und Kranteile erneut an- und abgefahren werden. Nach dem ThürWaldG ist jeder Waldbesitzer berechtigt das Fahren mit Kraftfahrzeugen außerhalb forstwirtschaftlicher Aufgaben zu untersagen. Selbst ein genehmigtes Befahren (durch den ThüringenForst) ändert an der objektiven Lage nichts. Waldfunktionen, Rechtsgüter sowie Belange des Naturschutzes werden unbenommen der Genehmigung erheblich beeinträchtigt.

§8 Sicherung der Funktionen des Waldes durch öffentliche und private Planungsträger regelt verbindlich:

„Alle öffentlichen und privaten Planungsträger haben bei Planungen, Maßnahmen und sonstigen Vorhaben, die in ihren Auswirkungen Waldflächen mittelbar oder unmittelbar betreffen können,  
1. die Funktionen des Waldes nach §2 angemessen zu berücksichtigen, ....“

**Begründung:**

Die gesetzlich geforderte Berücksichtigung des §2 ThürWaldG, wie Holzproduktion, günstige Wirkungen auf (Mikro-) Klima, Boden, Wasserhaushalt und Luftreinhaltung, Lebensraum der heimischen Tier- und Pflanzenwelt oder Erholung der Bevölkerung, kann bei WEA im Wald wegen der Unvereinbarkeit der Ziele (laut ThürWaldG) im erforderlichen Maß nicht umgesetzt werden.

§10 Änderung der Nutzungsart schreibt u. a. vor:

„(1a) Bedarf die Änderung der Nutzungsart nach  
1. dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) in der jeweils geltenden Fassung oder  
2. dem Thüringer UVP-Gesetz einer Umweltverträglichkeitsprüfung,  
so muss das Genehmigungsverfahren den Anforderungen der genannten Gesetze entsprechen.“

„(2) Bei der Entscheidung über einen Antrag auf Änderung der Nutzungsart sind die berechtigten Interessen des Waldbesitzers und die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen.

Die Genehmigung ist zu versagen, wenn

1. die Erhaltung des Waldes im öffentlichen Interesse Vorrang vor den Interessen des Antragstellers hat,
2. Raumordnung und Landesplanung Wald am jeweiligen Ort zwingend vorsehen,
3. die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes nachhaltig geschädigt wird,
4. Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege, der Landeskultur, der Luft- und Wasserreinhaltung und der Erholung der Bevölkerung gefährdet werden,
5. erheblicher Schaden in angrenzendem Wald absehbar ist oder
6. die Bewertung der zusammenfassenden Darstellung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge dies gebietet.“

„(5) Bei befristeter Genehmigung der Änderung der Nutzungsart sind auf der Grundlage eines Planes des Antragstellers Fristen zur Rückführung (Rekultivierung) zu setzen sowie die Leistungen und Kosten für die Rückführung zu sichern. Zu diesem Zwecke können vom Antragsteller Sicherheitsleistungen verlangt werden.“

#### **Begründung:**

Grundgedanke der Regelung ist, vielschichtigen Wald in seiner Gesamtheit und Fläche zu erhalten. Dass sich die mögliche Nutzung von WEA völlig gegen die unversehrte Existenz des Waldes am jeweiligen Wohnort/der Gemeindeflur richtet, wird ausgeblendet. Unbeschadet fehlender (konkurrierenden und nicht wirklich zur Verfügung stehender) Ausgleichsflächen.

Die Planung zur Legitimation von WEA im Wald hilfsweise auf **§10 Abs. 5 ThürWaldG** zu stützen ist unnütz und rechtlich nicht haltbar. Die Verträge von Betreibern und Investoren legen zwar eine Vertragslaufzeit auf 20 Jahre ggf. zwei Verlängerungsoptionen von 5 Jahre fest und sichern den Rückbau zu. Jedoch kann diese Zusicherung bei Vertragsverlängerung (ohne Förderung) oder bei Insolvenz der vollständige Rückbau nicht durchgesetzt werden (Bauwerkruine, Verbleib Fundamente etc.). Markt-, betriebswirtschaftliche und technologische Entwicklungen können nach Expertenmeinung maximal für 15 Jahre vorausgesagt bzw. mit entsprechenden Risikozuschlägen kalkuliert bzw. geplant werden. Zudem kann eine getätigte Investition nach 20 Jahren nicht mehr infrage gestellt werden. Betriebswirtschaftlich fragwürdige Standorte tragen ein besonders hohes Unternehmerrisiko (notwendige Refinanzierung, mögliche Schadenersatzforderung, drohende Insolvenz). Der geforderte komplette Rückbau von WEA (nebst Fundamenten) im Wald wird aus finanziellen Gründen prinzipiell in Frage gestellt.

Einerseits sind die üblich hinterlegten **Bürgschaften/Sicherheitsleistungen** meist **viel zu gering festgelegt**. Nach **§35 Abs. 5 BauGB** soll u. a. bei WEA der Rückbau nach dauerhafter Nutzungsaufgabe sichergestellt werden. Hierzu wird zwar in der **immissionsschutzrechtlichen Genehmigung** die Hinterlegung einer Sicherheitsleistung verlangt. Die Höhe der Bürgschaft liegt im Ermessen der zuständigen Genehmigungsbehörde. Ohne eine landeseinheitliche Vorgabe zur Berechnung (Formel) und Festlegungen zur Höhe der Sicherheitsleistung und einer zusätzlichen Bürgschaft durch das Land (Ausfallhaftung), kann nicht gewährleistet werden, dass die zu gering hinterlegte Sicherheitsleistung für den vollständigen Rückbau der WEA allgemein und speziell im Wald ausreichend ist.

Andererseits ist immer noch die **Entsorgung der Rotoren ungeklärt**. Diesbezügliche Altlasten fallen den Waldeigentümern zu (Stichworte: Ersatzvornahme und Zustandshaftung). Abfallrechtliche Entsorgungspflichten richten sich dabei nicht nur an den Betreiber der Anlage, sondern auch an den Besitzer von Abfällen. Steht ein Bauwerk auf einem Grundstück ist es rechtlich mit diesem verbunden. Daher wird der Eigentümer (jeder Rechtsform) mit einer (Baurechts-)Dienstbarkeit belastet. Zwar erhält ein Nichteigentümer (Investor, Betreiber) das Recht, auf einem Grundstück ein Bauwerk zu errichten und zu nutzen, jedoch begründet schon das Eigentum an einem Grundstück den Abfallbesitz des Grundstückseigentümers und ein behördliches Vorgehen gegen ihn, falls der Investor und Betreiber seinen Pflichten und Auflagen nicht nachkommt (z. B. bei Insolvenz, Handlungsunfähigkeit, Abwesenheit, Flucht).

Bei **Insolvenz** droht die Rückzahlung der Pacht von bis zu 10 Jahren. Die Forderung ist beim Verpächter/Grundstückseigentümer pfändbar. Nach der **Insolvenzordnung (InsO)** vom 5. Oktober 1994

(BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2010) hat der Insolvenzverwalter Anspruch auf Vergütung seiner Geschäftsführung sowie Erstattung der Auslagen nach dem Wert der Insolvenzmasse zur Zeit der Beendigung des Insolvenzverfahrens (§63 InsO). Zur Mehrung der Insolvenzmasse ist es gängige Praxis eine vorsätzliche Benachteiligung zu unterstellen. Nach §133 Abs.1 InsO gilt: „Anfechtbar ist eine Rechtshandlung [hier Pachtvertrag] die der Schuldner in den letzten zehn Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag mit dem Vorsatz, seine Gläubiger zu benachteiligen, vorgenommen hat, wenn der andere Teil zur Zeit der Handlung den Vorsatz des Schuldners kannte. Diese Kenntnis wird vermutet, wenn der andere Teil wußte, daß die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners drohte und daß die Handlung die Gläubiger benachteiligte.“ Eine Benachteiligung liegt nach aktueller Rechtsprechung schon vor, wenn (z. B. zur Finanzierung der WEA) in den Prospektunterlagen Betriebsangaben geschönt wurden bzw. Angaben den tatsächlichen Werten im Betrieb nicht entsprechen (Täuschung über die Gewinnerzielung).

Bekanntlich arbeiten WEA – ohne Subventionen – in Thüringen Windhöffigkeit bedingt oft nicht rentabel bzw. grenzwertig kostendeckend. Nach dem Wegfall der Förderung nach dem EEG drohen früher oder später Insolvenzen. Die Folgen sind dann nicht nur Stilllegung, Rückbau und weiterer Waldschaden, sondern auch das verbleibende Altlasten- und Kostenrisiko am Grundstück, welches der Waldeigentümer, auch der ThüringenForst, tragen muss. Die Kosten für Rückbau, Entsorgung, Rückzahlung, Rekultivierung des Waldes können die Einnahmen bei Weiten übersteigen.

Nach statischen Erkenntnissen im Freifeld sind die Fundamente wegen der hohen Belastung nach ca. 20 Jahren verschlissen. Dieselben Fundamente können i.d.R. nicht weiter oder nachgenutzt werden. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob eine zeitlich begrenzte Nutzung den Eingriff in den Wald überhaupt rechtfertigt und ob Repowering (wie im Freifeld an anderer Stelle neu erschlossen) überhaupt Sinn macht, weil es den Eingriff im Wald nochmals verschärft.

§11 Waldschutz gilt verpflichtend:

„(1) Die Waldbesitzer sind verpflichtet, den Wald gegen Gefahr drohende Übervermehrung von Forstökosysteme schädigende Pflanzen und Tiere, gegen schädigende Naturereignisse, gegen Feuer und Forstfrevel nach besten Kräften zu schützen und vor Schäden zu bewahren. Der Schutz umfasst auch vorbeugende Maßnahmen und solche der Überwachung. Bei allen Schutzmaßnahmen sind möglichst umweltverträgliche Verfahren anzuwenden.“

„(6) Die Verwendung von Komposten im Wald ist verboten.“

#### **Begründung:**

In **Absatz 1** werden u. a. Pflichten zu Gefahren im Brandschutz und bei Zuwiderhandlungen gegen das Forstschutzrecht (unwirtschaftlicher Einschlag von Holz durch Kahlschlag für Lagerflächen und Zuwegungen im Wachstumsstadium, die Beschädigung von Bäumen durch Transport- und Baumaßnahmen) geregelt. WEA im Wald stellen als Industrieanlagen zur Energieerzeugung eine **hohe Brandlast** und ein **außerordentlich** großes Brandrisiko in Zeiträumen mit Waldbrandwarnstufen sowie bei Blitzschlag und technisch verursachten Bränden, durch Feuerwurf (vergl. Eiswurf) dar. Verursachen WEA Brände im Wald kann die WEA nicht gelöscht werden („kontrollierter Abbrand“). Somit ist das Brandrisiko im Wald (Brandlast) wesentlich höher als im Freifeld. Die grundsätzlich vorgeschriebene Löschwasservorhaltung (Zisternen) gemäß der Brandlast ist im Wald nicht ohne weiteres oder kostenmäßig umsetzbar.

Es gibt keine rechtlichen Vorgaben im Thüringer Baurecht (ThürBO zu Sonderbauten im Wald). Nach §3 ThürBO – „Allgemeine Anforderungen“ hingegen sind Anlagen ...„so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden.“ Gegen diese Anforderungen wird beim Bau und Betrieb von WEA im Wald verstoßen!

**Absatz 6** wendet sich an Waldbesitzer und Besucher und soll vor allem verhindern, dass im Wald atypischen Nährstoffeinträge stattfinden. Der enorme Eintrag von Fremdstoffen, der für den Bau von WEA

benötigt wird (Gründung, Straßenbaumaterial, Stahl, Beton, Kabel usw.) widerspricht dem Sinn der Regelung. Vgl. Bewertung zu §13 ThürWaldG.

Die real auftretenden Gefahren durch WEA im Wald sind mit dem Waldschutz nicht vereinbar.

**§12 Waldbrandschutz** regelt verbindlich:

„(1) Alle Behörden des Landes, die Landkreise, die Gemeinden, die Zweckverbände, sonstige Planungsträger sowie alle Bürger und Bürgervereinigungen sind verpflichtet, bei der Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden mitzuwirken und dabei die Anordnungen der Forstbehörden zu befolgen. Das Nähere regelt die oberste Forstbehörde durch Rechtsverordnung.

(2) Es ist verboten, im Wald oder in einer Entfernung von weniger als 100 Metern zum Wald

1. offenes Feuer oder offenes Licht anzuzünden oder zu unterhalten, es sei denn, es handelt sich um von den Forstbehörden errichtete oder genehmigte Feuerstellen, .....

3. brennende oder glimmende Gegenstände wegzuerwerfen.“

„(4) Ausnahmen zu Absatz 2 Nr. 1 und 2 sowie Absatz 3 genehmigt die untere Forstbehörde, zu Absatz 2 Nr. 2 im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde. Genehmigungen können nur erteilt werden, wenn Belange der öffentlichen Sicherheit, der Landeskultur, des Naturschutzes oder der Erholung nicht beeinträchtigt werden und Belästigungen nicht auftreten.

„(5) Einer Genehmigung nach Absatz 4 hinsichtlich Absatz 2 Nr. 1 und Absatz 3 bedürfen nicht ....

3. Nutzungsberechtigte auf ihren Grundstücken, sofern der Abstand des Feuers zum Wald mindestens 30 Meter beträgt.

Die unter den Nr. 1 bis 3 Aufgeführten haben ausreichende vorbeugende Brandschutzmaßnahmen zu ergreifen.

(6) Bei hoher Brandgefahr kann der Wald nach §6 Abs. 8 gesperrt werden. In diesem Fall gilt das Verbot für den Umgang mit Feuer auch für den in Absatz 5 genannten Personenkreis.

(7) Bei besonderen Gefahrenquellen, insbesondere Eisenbahnlinien, sind vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz, wie Anlage und Unterhaltung von Schutzstreifen entlang von Eisenbahnlinien und Verkehrswegen, Parkplätzen und Naherholungsgebieten vom Eigentümer oder Betreiber dieser Anlagen auf eigene Kosten durchzuführen. Die Forstbehörden entscheiden, welche vorbeugenden Maßnahmen zur Waldbrandverhütung getroffen werden müssen.“

#### **Begründung:**

Gemäß **§12 ThürWaldG** besteht eine Verpflichtung zum Waldbrandschutz. Mehrmals jährlich werden WEA in der BRD durch Feuer zerstört (überhitzte Trafos und Getriebe, Blitzeinschläge, Kabelbrände). I. d. R. bedeutet das den Totalverlust der WEA. Bei Anlagen mit einer Bauhöhe von über 200 m ist keine wirkungsvolle Brandbekämpfung möglich. Obwohl Blitzschutzanlagen in **§46 ThürBO** vorgeschrieben sind, schützen diese nicht zuverlässig vor Bränden bei Blitzeinschlag in die Rotoren. Andererseits sind automatische Feuerlöschanlagen in WEA nicht vorgeschrieben. Im Brandfall muss daher „kontrollierter Abbrand“ in Kauf genommen werden! Damit wird der Verbotstatbestand „offenes Feuer“ „unterhalten“ zugelassen (**§12 Absatz 2, Nr. 1. ThürWaldG**). In Waldgebieten jeder Art und Größe ist dies rechtswidrig und nicht hinnehmbar!

Besonders kritisch ist im Sommer auftretender Feuerwurf durch brennende Rotoren über mehrere hundert Meter (vgl. ThürWaldG §12 Abs. 2, Nr. 3.).

Laut **§12 Abs. 7 ThürWaldG** sind bei besonderen Gefahrenquellen vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz vom Eigentümer oder Betreiber der Anlagen (hier WEA) auf eigene Kosten durchzuführen. Die zuständigen Forstbehörden haben bei einer derart hohen Risikoprognose bisher keine verpflichtenden Festlegungen zum vorbeugenden Brandschutz getroffen, z. B. verbindliches automatisches Feuerlöschsystem und Betrieb einer lokalen oder landesweiten Brandschutzzentrale auf Kosten der WEA-Investoren und -Betreiber sowie die Finanzierung der notwendigen Infrastruktur (Löschwasserspeicher und -Leitungen, Ausrüstung und Mittel zur Brandbekämpfung) sowie des Überwachungspersonals. Ein spezielles landesweites Brandschutzkonzept für WEA im Wald gibt es bisher nicht!

Gängige Praxis im Genehmigungsverfahren ist: Für WEA werden unabhängig vom Standort verschiedene Brandschutzmaßnahmen vom Investor/Projektierer/Betreiber beantragt, mehr oder weniger fachlich geprüft und bestätigt. Diese Maßnahmen betreffen zum Teil Brandmeldeanlagen zur

Brandfrüherkennung, Einrichtungen zur Abschaltung der WEA im Brandfall und die Verwendung nichtbrennbarer und schwer entflammbarer Baustoffe. Automatische Feuerlöschanlagen sind landesrechtlich nicht vorgeschrieben. Sie werden daher aus Kostengründen vom Antragsteller nicht mit geplant und nicht eingebaut. Vielmehr setzt die Genehmigungsbehörde im Genehmigungsbescheid auf Festlegungen in den Nebenbestimmungen zum Brandschutz. Dabei wird der Betreiber der WEA i. d. R. nur verpflichtet, die Anlage/n zur Brandfrüherkennung und Brandbekämpfung durch ausreichende Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen und regelmäßige Prüfungen funktionsfähig zu halten. Dies wird dem Brandschutz im Wald nicht gerecht.

Spezieller **Versicherungsschutz** im Brandfall besteht nur für den Investor bzw. den WEA-Betreiber. Die Regulierung bei Waldbrand für Grundstückeigentümer und Nachbarn ist nicht oder nur unzureichend geregelt. Auch Schadenersatz für Anlieger und bei Flächenbrand ist nicht abgedeckt. Auch das Forstschäden-Ausgleichsgesetz (ForstSchAusglG) reguliert nur Kalamitätsschäden.

WEA im Wald stellen ein groß hohes Brandrisiko (Blitzschlag, Maschinenhausbrand) und einen hohe Brandlast dar, welche mit den Schutzziele des Waldes unvereinbar sind.

**§13 Waldverunreinigung** ist verboten:

*„(1) Eine Waldverunreinigung liegt vor, wenn nicht der Waldbewirtschaftung dienende Gegenstände oder Stoffe im Wald gelagert, zurückgelassen oder eingeleitet werden.“*

**Begründung:**

Alle Bau-, Betriebs-, Hilfs- und Zusatzstoffe für WEA dienen **nicht** der Waldbewirtschaftung. Somit ist mit ihrer Lagerung, der Errichtung und dem Betrieb der WEA, als Bauruine und beim Rückbau eine Waldverunreinigung durch waldfremde Stoffe gegeben. Weitere erhebliche Risiken der Waldverunreinigung bzw. schädlichen Einleitung bestehen im Baubetrieb, bei Wartungsmaßnahmen, im technischen Havarie- oder Brandfall sowie der Deponie von verschlissenen Carbon-Faser-Kunststoffen (CFK) der Rotorflügel, da die Entsorgung bis dato nicht geklärt ist.

Im Betrieb (Verschleiß und Abrieb) insbesondere im Brandfall stellen CFK für Mensch und Tier eine besondere Gefahr dar. Nach aktuell gültigem Gefahrstoffrecht (**Technische Regeln für Gefahrstoffe - TRGS - 905**) sind sie als Krebs erzeugend, Kategorie 3 (*„Stoffe, die wegen möglicher krebserzeugender Wirkung beim Menschen Anlass zu Besorgnis geben“*) eingestuft.

[https://www.ipa.fraunhofer.de/content/dam/ipa/de/documents/Kompetenzen/Leichtbautechnologien/074\\_cfk\\_materialien.pdf](https://www.ipa.fraunhofer.de/content/dam/ipa/de/documents/Kompetenzen/Leichtbautechnologien/074_cfk_materialien.pdf)

**§15 Forstliche Nebennutzungen und Aneignung von Walderzeugnissen** sind erläutert:

*„(1) Forstliche Nebennutzungen, dazu gehören insbesondere die Entnahme von Weihnachtsbäumen, Schmuck- und Deckreisig, Leseholz sowie Schlagabraum für Kleinabnehmer, dürfen nur nach Erlaubnis durch den Waldbesitzer erfolgen. Die Waldfunktionen nach den §§ 1 und 2 dürfen nicht gefährdet werden. Die untere Forstbehörde kann forstliche Nebennutzungen, sofern eine oder mehrere Waldfunktionen gefährdet sind, untersagen.“*

**Begründung:**

Eine Nebennutzung zur Windenergieerzeugung ist nicht angeführt. Die forstliche Nebennutzung ist zwar nicht abschließend geregelt, jedoch die Erzeugung von Windenergie gehört nicht zur bestimmten Waldwirtschaft. Zudem gefährden WEA erheblich die Waldfunktionen nach §§1 und 2 *ThürWaldG* und die forstliche Nebennutzung. Bei konsequenter Umsetzung des *ThürWaldG* kann die Windenergienutzung als Nebennutzung im Wald nicht zulässig sein.

Auch das seit 2013 immer wieder von den GRÜNEN publizierte Argument „ThüringenForst“ muss sich für neue Geschäftsfelder öffnen durch einen maßvollen und verträglichen Ausbau der Windenergie im Wald nach dem Vorbild anderer Bundesländer, kann nicht greifen, da hier lediglich finanzielle Interessen im Mittelpunkt stehen (Zuführung von Mitteln aus dem Landes-haushalt an die Anstalt reduzieren) aber langfristig schädliche Folgen und bei Insolvenz das drohende Rückbau- und Entsorgungsrisiko für den Eigentümer (Staat) außer Acht bleiben.

Zu **§18 Grundpflichten** sind durchzusetzen:

(1) Der Waldbesitzer ist verpflichtet, seinen Wald nach den Zielen dieses Gesetzes und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Forstwirtschaft (§19) zugleich zum Wohle der Allgemeinheit nach forstlichen und landeskulturellen Grundsätzen fachkundig zu bewirtschaften und vor Schäden zu bewahren.

**Begründung:**

Jeder Waldbesitzer ist verpflichtet, seinen Wald im Sinne des Gesetzes ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Verpachten Waldbesitzer einen Teil des Grundstücks oder die ganze Fläche zur Errichtung von WEA (auch für Nebenanlagen und Zuwegung) d. h. zu einer nicht ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung, handeln sie rechtswidrig.

**§19 Grundsätze ordnungsgemäßer Forstwirtschaft** sind einzuhalten:

„(1) Ordnungsgemäße Forstwirtschaft ist eine Wirtschaftsweise, die nach den gesicherten Erkenntnissen der Wissenschaft und den bewährten Regeln der Praxis den Wald nutzt, verjüngt, pflegt und schützt. Sie sichert zugleich die ökonomische und ökologische Leistungsfähigkeit des Waldes und damit die Nachhaltigkeit seiner materiellen und immateriellen Funktionen.

(2) Kennzeichen ordnungsgemäßer Forstwirtschaft sind unter anderem:

1. Langfristigkeit der forstlichen Produktion,

2. Sicherung nachhaltiger Holzproduktion und Erhaltung der Waldökosysteme als Lebensraum einer artenreichen Pflanzen- und Tierwelt durch Hinwirken auf gesunde, stabile, vielfältige und naturnahe Wälder,

3. die Vermeidung von Kahlschlägen im Sinne des §24 Abs. 3,

4. Wahl standortgerechter Baumarten unter Verwendung herkunftsgerechten Saat- und Pflanzgutes bei Erhaltung der genetischen Vielfalt,

5. bedarfsgerechte Walderschließung unter größtmöglicher Schonung von Landschaft, Boden und Bestand,

6. pflegliches Vorgehen, insbesondere bei Verjüngungsmaßnahmen, Holznutzung und Transport,

7. Anwendung bestands- und bodenschonender Verfahren, ...“

„13. Schutz der Gewässer im Wald sowie des Grundwassers.“

**Begründung:**

Die Haupttätigkeit des Waldbesitzers beschränkt sich auf die Produktion (forstwirtschaftlicher Erzeugnisse), die Pflege, die Verjüngung und den Schutz des Waldes. WEA-Industrieanlagen (zur Stromerzeugung) entsprechen nicht den Grundsätzen der Forstwirtschaft.

Keine einzige Anforderung (Kennzeichen) in §19, Abs. 2 ThürWaldG ist mit WEA im Wald vereinbar. Im Gesetz wird Schutz von Boden und Grundwasser besonders herausgestellt. Diese beiden Kennzeichen werden durch WEA im Wald besonders beeinträchtigt. Die erforderlichen großen Fundamente für WEA (Turm mehrere hundert Meter hoch) können wasserführende Schichten stören oder zerstören. Sie wirken großflächig, nicht nur auf den lokalen Waldwasserhaushalt sondern auch auf das gesamte Ökosystem im Wald und die ganze Gegend (incl. Landwirtschaft).

Für die Zuwegung werden tragfähige Wege bis zu 60 Tonnen benötigt, werden hergestellt und verbleiben wartungsbedingt mind. 20 Jahre. Derart hohe Bodenbelastungen sind in der Forstwirtschaft dem Grundsatz nach ausgeschlossen. Hinsichtlich ihrer Kennzeichen wirken sie schädlich. Sie dienen daher wohl kaum der Erhaltung und Verbesserung des Waldzustandes.

**§24 Erhaltung der Waldbestände; Kahlschläge** regelt verbindlich:

„(4) Ein Kahlschlag bedarf der vorherigen Genehmigung der unteren Forstbehörde....

(5) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn

1. Beeinträchtigungen oder erhebliche Schäden des Bodens und der Bodenfruchtbarkeit vorhersehbar sind,

2. eine erhebliche oder dauerhafte Gefährdung des Wasserhaushalts zu erwarten ist,

3. eine erhebliche Beeinträchtigung der sonstigen Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes absehbar ist oder

4. unverhältnismäßige Nachteile für benachbarte Waldbestände zu befürchten sind.

(6) Ein Kahlschlag nach Absatz 4 bedarf keiner Genehmigung, wenn er ...

2. auf Flächen stattfindet, deren Umwandlung in eine andere Nutzungsart genehmigt ist.“

**Begründung:**

Eine Umwandlung in der Nutzung durch WEA bedingt Kahlschlag (ungeachtet der Ursache, wie Kalamitätsschäden), der hoheitlich zu genehmigen ist. Die Genehmigung zum Kahlschlag kann naturschutzfachlich und waldwirtschaftlich nicht sachlich begründet werden. Windenergie im Wald ist politisch-ideologisch gewollt und somit stets kritisch (nachhaltiger Schaden/Nutzen) zu hinterfragen.

Gelegentlich wird zum „Kahlschlag“ argumentativ auf die gesetzliche „Hintertür“ im §24 Abs. 6, Nr. 2 ThürWaldG verwiesen: „Kahlschlag“ bedarf nach §24 Abs. 4 ThürWaldG keiner Genehmigung, wenn er auf Flächen stattfindet, deren Umwandlung in eine andere Nutzungsart genehmigt ist. Diese Argumentation ist rechtlich unschlüssig und nicht haltbar, weil schon Abs. 4 im Vorfeld die Prüfung und Genehmigung eines Kahlschlages regelt und nach Abs. 5 die Genehmigung zu versagen ist, wenn nur ein Kriterium unter Nr. 1. bis 4. zutrifft.

Bei der Errichtung von WEA im Wald treffen alle vier Verbotstatbestände unter Nr. 1. bis 4. zu.

Gemäß Abs. 5 sind WEA im Wald grundsätzlich nicht genehmigungsfähig, da WEA alle Verbotsstatbestände von Nr. 1. bis 4. erfüllen!

Punkt 4. wird in der Begründung zu §26 ThürWaldG ausführlich dargestellt und bewertet.

**§25 Bau und Unterhaltung von Waldwegen; sonstige bauliche Anlagen** sieht vor:

„(4) Die Errichtung sonstiger baulicher Anlagen, insbesondere Schutzhütten, Freizeit- und Sportanlagen, Parkplätze oder größere Materialentnahmestellen bedürfen der Genehmigung durch die untere Forstbehörde; diese entscheidet im Einvernehmen mit der unteren Baubehörde und der unteren Naturschutzbehörde. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Funktionen des Waldes durch die Anlagen erheblich eingeschränkt werden und dem durch Auflagen nicht begegnet werden können. Bauliche Maßnahmen, die ausschließlich Zwecken ordnungsgemäßer Forstwirtschaft einschließlich der Jagdnutzung dienen, bedürfen keiner Genehmigung nach diesem Gesetz.“

**Begründung:**

WEA dienen nicht ausschließlich den Zwecken ordnungsgemäßer Forstwirtschaft, damit ist die Errichtung von WEA (hier: als „bauliche Anlage“) nicht genehmigungsfrei (eine Prüfung ist erforderlich). Die Funktionen des Waldes werden durch WEA erheblich eingeschränkt und gestört. Auch durch Auflagen kann den gravierenden Eingriffen (Nachteilen) nicht begegnet werden. Demzufolge sind solche baulichen Anlagen zu versagen.

**§26 Nachbarschutz, Nachbarpflichten, Grenzfragen** gibt vor:

„(1) Bei der Bewirtschaftung des Waldes hat der Waldbesitzer auf die Bewirtschaftung benachbarter Grundstücke Rücksicht zu nehmen, soweit dies im Rahmen ordnungsgemäßer Forstwirtschaft ohne unbillige Härten möglich ist.“

„(4) Bei Gemengelage von Waldbesitz, dessen ordnungsgemäße Bewirtschaftung nur bei weitgehender Rücksichtnahme auf die Nachbargrundstücke möglich ist, müssen die Waldbesitzer ihre jährlichen Wirtschaftsmaßnahmen auf der Grundlage der mittelfristigen Planung der Forstbehörde aufeinander abstimmen.“

„(5) Aus Gründen der Gefahrenvermeidung ist bei der Errichtung von Gebäuden ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten. Über Ausnahmen hiervon entscheidet die untere Baubehörde im Benehmen mit der unteren Forstbehörde.“

**Begründung:**

§26, Abs. 1 ThürWaldG regelt den Grundsatz zur gegenseitigen Rücksichtnahme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft. Mit der Verpachtung von Waldgrundstücken zwecks Errichtung von WEA handelt der Eigentümer insbesondere aus Gewinninteresse formal rechtswidrig. Der Waldeigentümer hat auch Rücksicht auf das öffentliche Allgemeininteresse und gegenüber seinen Nachbarn zu nehmen, da Rand- und Folgeschäden durch Errichtung von WEA zu erwarten sind.

Zur ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung kann zum Schadensausgleich auch Abstimmung mit dem Grundstücksverpächter nicht erfolgreich sein, da Investoren/Betreiber von WEA im Vertragstext die Risiko- und Schadensübernahme ausschließen.

Andererseits sind z. B. nach §3 Abs. 1 der Thüringer Bauordnung (ThürBO) vom 13. März 2014 bauliche Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben und Gesundheit, nicht gefährdet werden. Das gilt auch für WEA. Die Gefährdung durch herabfallendes Eis und Eisaufwurf - ebenso Feuerwurf nach Blitzeinschlag und im Brandfall - sind daher im Zuge des immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu prüfen. Zuständig für die Prüfung sind die jeweiligen Bauordnungsämter.

Wegen der Gefahr des Eisaufwurfes sind Abstände von Windenergieanlagen zu Verkehrswegen, Erholungseinrichtungen – hier der Wald – und Gebäuden einzuhalten oder funktionssichere technische Einrichtungen zur Gefahrenabwehr erforderlich. Regeln für die Planung, Bemessung und Konstruktion baulicher Anlagen stützen sich auf Anlage 2.7/12 zur Richtlinie „Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung“, des BMVI, die zu beachten ist.

Demnach gelten Abstände zu Verkehrswegen und Gebäuden größer als 1,5 x (Rotordurchmesser + Nabenhöhe) der WEA (in nicht besonders eisgefährdeten Regionen). Die gesetzliche Abstandregelung von 30 Metern zur Gefahrenvermeidung bei der Errichtung von Gebäuden zum Wald bedeutet im Umkehrschluss, dass auch keine WEA im Wald errichtet werden dürfen oder bei einer großzügigen rechtlichen Auslegung erhebliche Flächenfreilegung (Kahlschlag, Waldfrevel) mit hohem Schadenspotenzial für die angrenzenden Waldbestände im Umfeld einer WEA in Kauf genommen werden. Dies allein stellt schon einen groben Verstoß gegen das ThürWaldG und einen außergewöhnlich tiefen Eingriff in die Schutzgüter Wald dar. Zudem stellt ein Bauwerk mit einer Anlagenhöhe von 200 Metern ein erheblich höheres Gefahrenpotential dar, als ein normales (Wirtschafts- oder Wohn-) Gebäude. Auch diese – nicht abschließend dargestellten rechtlichen Bedenken – widersprechen der Zulässigkeit von WEA im Wald.

§27 Förderung der Forstwirtschaft durch das Land dient vor allem der Erhaltung und Funktionssicherung des Waldes:

„(1) Die Forstwirtschaft ist zur Erreichung der in §1 genannten Ziele fachlich und finanziell zu fördern.“

„(3) Die förderungswürdigen Maßnahmen werden in einem Landesförderungsprogramm festgelegt und durch die oberste Forstbehörde nach Anhörung des Landesforstausschusses und durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium geregelt (Förderungsverordnung). Zu berücksichtigen sind insbesondere:

1. Sicherung der Schutzfunktion der Wälder,

2. Waldverjüngung und Waldpflege im Hinblick auf die Umwandlung von nicht standortgerechten Reinbeständen,

3. Erstaufforstungen,

4. Verbesserung der Bewirtschaftungsstruktur durch Bildung forstlicher Zusammenschlüsse,

5. Vorbeugung und Abwehr von Schäden durch Naturereignisse, Forstökosysteme schädigende Pflanzen und Tiere und Baumkrankheiten einschließlich der

6. Maßnahmen nach Großkalamitäten zur Wiederherstellung des Waldgefüges,

8. Maßnahmen und Einrichtungen, die der naturverträglichen Erholung in Waldgebieten dienen,

9. Erhaltung und Funktionssicherung von geschützten Waldgebieten nach §9, ....“

#### **Begründung:**

Die staatliche Förderung der Forstwirtschaft ist ausschließlich auf die in §1 ThürWaldG genannten Ziele (Waldfläche als Gesamtheit zu erhalten und zu mehren, eine standortgerechte und stabile Struktur des Waldes zu bewahren oder herbeizuführen, den Wald vor Schadeinwirkungen zu schützen und die Erzeugung von Holz nach Menge und Güte zu realisieren) ausgerichtet. Jede widersprechende und Schaden verursachende Nutzung – wie WEA im Wald – ist nach den Zielen und den Fördergrundsätzen kontraproduktiv.

§29 Beihilfen bei Waldbrandschäden berücksichtigt kein Fremdverschulden durch WEA:



„(1) Bei Waldbrandschäden im Körperschafts- und Privatwald erhält der Geschädigte 75 vom Hundert des entstandenen Schadens als Beihilfe durch das Land, soweit vom Schädiger kein Ersatz zu erlangen ist oder der Schaden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht auf höherer Gewalt beruht.“

„(3) Die Beihilfe wird versagt oder gekürzt, wenn der Geschädigte gleichzeitig Schädiger war oder es unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu verringern.

(4) Die Zahlung der Beihilfe ist von der Auflage zur Wiederaufforstung abhängig zu machen. Zahlt der Schädiger Schadenersatz, so ist die bereits gezahlte Beihilfe in entsprechender Höhe zurückzuzahlen.

(5) Über die Beihilfe entscheidet die untere Forstbehörde.“

#### **Begründung:**

Im §29 ThürWaldG ist das Land von Waldbrandschäden, verursacht durch WEA, freigestellt.

Verursacht eine WEA im Wald oder angrenzend im Freifeld Waldbrandschäden, durch Feuerwurf oder beim „kontrollierten Abbrand“, muss der Freistaat nach Abs. 1 nicht für den Schaden aufkommen, wenn der Brand technisch verursacht von der WEA ausgeht (keine höhere Gewalt). Betreiber von WEA sichern zwar ihre Anlage zu Brandschäden ab. Ein Fremdschaden ist dabei i. d. R. nicht abgesichert.

Darüber hinaus kann je nach Auslegung dem Waldbesitzer die Beihilfe versagt oder gekürzt werden, wenn er als Geschädigter gleichzeitig den Schaden mit verursacht hat. Dies ist der Fall, wenn er z. B. einen Nutzungsvertrag für WEA auf seinem Grundstück geschlossen hat. Ohne den Vertrag wäre der eingetretene Schaden nicht entstanden. Die ursprünglich in **§27 Förderung der Forstwirtschaft durch das Land**, Abs. 3 Satz 2 Nr. 14 ThürWaldG vorhandene Regelung zur „Beseitigung von durch Waldbrände entstandene Schäden.“ kann nicht zur Anwendung kommen. Sie ist bei der letzten Gesetzesänderung im ThürWaldG weggefallen.

#### **§31 Bewirtschaftung des Staatswaldes dient in erster Linie dem Gemeinwohl:**

(1) Der Staatswald dient dem Allgemeinwohl in besonderem Maße. In ihm sind die Grundsätze ordnungsgemäßer Forstwirtschaft (§ 19) und deren Rahmenbedingungen vorbildlich zu erfüllen und die Funktionen des Waldes nach § 2 sowie die Funktionen geschützter Waldgebiete nach § 9 bestmöglich zur Wirkung zu bringen.

#### **Begründung:**

Im §31 ThürWaldG ist ausdrücklich die Gemeinwohlverpflichtung zum Staatswald festgelegt.

Demnach steht gesetzlich normiert das Gesamtwohl über den wirtschaftlichen Interessen des ThüringenForst („neue Geschäftsfelder“) und dem fiskalischen Interesse der Landesregierung (Reduzierung der Haushalts-Mittelzuweisung).

#### **Fazit zum ThürWaldG:**

Die Errichtung von WEA im Wald sollte auf Grund der zahlreichen rechtswidrigen Eingriffe in das ThürWaldG nicht erfolgen. Sowohl die Ausweisung von Windvorranggebieten im Wald als auch die Genehmigung von einzelnen WEA im Wald verstößt gegen die Grundsätze des ThürWaldG!

Die Thüringer Landesregierung hatte in 2013 schon berechnete rechtliche Zweifel an der Zulässigkeit von WEA im Wald. Das ThürWaldG aus politisch-ideologischen Gründen einseitig oder nach Belieben auszulegen, widerspricht den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Daher ist WEA im Wald nicht geboten.

### **3. Position zum vorliegenden Antrag: Gesetzentwurf (Drucksache 7-6811.pdf)**

#### **Zu A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Die Landesregierung möchte nach dem Urteil des BVerfG (Az. 1 BvR 2661/21), den Windenergieausbau im Wald zulassen und Kalamitätsflächen im Landesentwicklungsplan für den Windkraftausbau frei machen. Wenn der Schutz des Waldes politisch wirklich gestärkt werden soll, ist das der falsche Ansatz (d. h. kontraproduktiv). Das ThürWaldG bestimmt konkrete Regelungen, wie den Erhalt und Schutz des Waldes, seiner Bewirtschaftung, die Förderung der Forstwirtschaft und den Waldbau zur Anpassung an den Klimawandel. Nach § 2 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG fallen auch Waldblößen (d. h. Kalamitätsflächen)

unter die Legaldefinition des Waldes. Auch Kahlschläge durch naturbedingte Kalamitätsflächen haben im Lebens- und Wachstumszyklus ihre Bedeutung und verdienen den angemessenen Schutz.

Nach dem **Bundeswaldgesetz** (BWaldG) **§2 Abs. 1 Satz 2** sind "kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen" Wald. Dazu regelt **§ 8 BWaldG** die Sicherung der Funktionen des Waldes ... und **§ 9 Abs. 1 BWaldG** bestimmt die Erhaltung des Waldes: „Wald darf nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist.“

In § 2 Abs. 1 ThürWaldG sind die typischen Funktionen eines Waldes bestimmt. Windenergieanlagen (Windindustrieanlagen mit einer installierten Leistung von größer 3 MW) gehören nicht dazu. Im Übrigen wird auf die Ausführungen unter 1. und 2. der Stellungnahme verwiesen.

Demnach stehen dem Bau und dem Betrieb von Windenergieanlagen in Thüringens Wäldern nach dem ThürWaldG und angrenzenden Vorschriften zahlreichen Regelungen entgegen. Der Feststellung, dass Windenergieanlagen und Maßnahmen zu deren Errichtung zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Waldes und großräumigen nachhaltigen Schäden in Natur und Umwelt führen, folgt der THLEmV uneingeschränkt.

#### Zu B. Lösung

Infolge des Beschlusses zur Nichtigkeit des § 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG durch das Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 27.09.2022, Az. 1 BvR 2661/21) ist eine entsprechende Anpassung des ThürWaldG an die neuen Gegebenheiten geboten. Ziel sollte es sein durch rechtliche Anpassung im ThürWaldG einen unverhältnismäßig hohen und nachhaltigen Schaden von Thüringer Wäldern (Biodiversität, Wasserschutz, Natur- und Klimaschutz), von der Allgemeinheit (Sicherheit, Erholung, Ressourcenschutz) und von den Waldeigentümern (Werte-, Nachbar- und Landschaftsschutz) abzuwenden und einen Interessenausgleich zwischen den Belangen der Allgemeinheit und den Interessen der Waldbesitzer herbeizuführen.

#### Zu C. Alternativen

Ein Festhalten an der bisherigen Gesetzeslage (Nichtigkeit des § 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG) ohne Anpassung an die neuen Gegebenheiten ist aus Sicht des THLEmV nicht vertretbar.

#### Gesamtvotum:

Der Gesetzentwurf (Drucksache 7/6811) wird grundsätzlich befürwortet.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">A.Ö.R. ThüringenForst Landesforstverwaltung</td> <td style="padding: 5px;">Anstalt des öff. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Hallerstraße Nr. 20</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	A.Ö.R. ThüringenForst Landesforstverwaltung	Anstalt des öff. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallerstraße Nr. 20	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	A.Ö.R. ThüringenForst Landesforstverwaltung	Anstalt des öff. Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallerstraße Nr. 20									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Bewirtschaftung des Landeswaldes sowie hohes/klare Verantwortlichkeit für den Landeswald sowie den Körperschafts- u. Privatwald	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die Landesforstverwaltung hat umfangreiche Erklärungen zu dem 31 Fragen umfassenden Fragenkatalog gegeben. Nach unserer Auffassung besteht keine Notwendigkeit den Begriff „Kalamitätsfläche“ in die in § 2 Abs. 2 ThürWaldG enthaltene Aufstellung zu übernehmen. Der Vorschlag, landwirtschaftliche Flächen gesetzlich als mögliche Flächen für einen forstrechtlichen Ausstoß anzuschließen, ist nach unserer Auffassung verfassungsrechtlich bedenklich und bereits auf Grund der bestehenden Mitwirkungsrechte der oberen Landwirtschaftsbehörde (Einvernehmen) bei Erstaufforderungs genehmigungen inangebracht.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 22.05.2023	

13619/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?</b>											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>HASLTON Rechtsanwalts-gesellschaft mbH</td> <td>GmbH</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Holbaumerstraße 24, 04229 Leipzig</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	HASLTON Rechtsanwalts-gesellschaft mbH	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse	Holbaumerstraße 24, 04229 Leipzig	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
HASLTON Rechtsanwalts-gesellschaft mbH	GmbH										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Holbaumerstraße 24, 04229 Leipzig										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Rechtsberatung im Bereich EE	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Zweifel an Verfassungsmäßigkeit - unpraktikabel - weitestgehend redundant - negative Auswirkungen auf Ausbau Windenergie	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdocumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	17.5.27
------------	---------





Leipzig

MASLATON · Rechtsanwaltsgesellschaft mbH · Holbeinstraße 24 · 04229 Leipzig

THÜR. LANDTAG POST

05.05.2023 10:34

12438/2023

**vorab per Fax: 0361 37 72016**

Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Unser Zeichen (Bitte stets angeben)

Ihr Zeichen

Datum

3. Mai 2023

**Ihr Zeichen: A                    Drs. 7/6811**

**Schriftliches Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

**hier: Stellungnahme zu Drucksache 7/6811, Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

Sehr geehrter  
sehr geehrte Ausschussmitglieder,  
sehr geehrte Mitglieder des Landtags,

im Zusammenhang mit Ihrem Schreiben vom 31.03.2023 nehmen wir im Folgenden zu der Drucksache 7/6811, zum Gesetzesentwurf für ein „Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes“ wie folgt Stellung:

Der Gesetzesentwurf sieht eine Erweiterung des Waldbegriffes in § 2 Abs. 2 des Landeswaldgesetzes (ThürWaldG) um „kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen“ vor.

Darüber hinaus soll § 10 des ThürWaldG aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 27.09.2022 (1 BvR 2661/21), in dem § 10 Abs. 1 S. 2 ThürWaldG für formell verfassungswidrig erklärt wurde, geändert werden. Der verfassungswidrige Teil soll gestrichen werden. Eingefügt werden soll eine Abwägungsdirektive (§ 10 Abs. 2 S. 2 ThürWaldG n.F.) für die Entscheidung über die Waldumwandlung. Danach soll bei der zu erfolgenden Interessenabwägung insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie die Nutzung

[www.maslaton.de](http://www.maslaton.de)

**Leipzig**  
Holbeinstraße 24  
04229 Leipzig

Fon 00 49 / 341 / 149 50 0  
Fon 00 49 / 341 / 149 50 41  
Fax 00 49 / 341 / 149 50 14  
Mail [leipzig@maslaton.de](mailto:leipzig@maslaton.de)

**München**  
Friedrich-List-Straße 88  
81377 München

Fon 00 49 / 89 / 250 07 10 65  
Fax 00 49 / 89 / 250 07 10 21  
Mail [muenchen@maslaton.de](mailto:muenchen@maslaton.de)

**Köln**  
Mittelstraße 12 - 14  
50672 Köln

Fon 00 49 / 221 / 96 43 85 55  
Fax 00 49 / 221 / 96 43 85 55  
Mail [koeln@maslaton.de](mailto:koeln@maslaton.de)

von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben einbezogen werden.

Der Gesetzentwurf sieht ebenso vor, dass notwendige Ausgleichsaufforstungen nach einer Waldumwandlung nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden sollen.

Weiter soll die Pflicht zu vorbeugenden Waldbrandschutzmaßnahmen nach § 12 Abs. 7 ThürWaldG auf Windkraftanlagen im Wald erweitert werden.

Zum Schluss soll mit § 67 ThürWaldG n.F. eine Evaluierungsklausel für die Notwendigkeit einer Anpassung oder Änderung des § 10 ThürWaldG ins Thüringer Waldgesetz aufgenommen werden.

Aufgrund der spärlichen Begründung des Gesetzentwurfs kann nachfolgen keine belastbare rechtliche Prüfung der formellen und materiellen Verfassungsmäßigkeit des geplanten Gesetzes erfolgen. Die Stellungnahme beschränkt sich daher auf die Beantwortung des Fragenkatalog.

Es bestehen allerdings wiederum verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich des Entwurfs. Das angestrebte Verbot der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen zur Ausgleichsaufforstung begegnet jedenfalls in dieser Pauschalität verfassungsrechtlichen Bedenken. Zwar ist die Formulierung als „Soll“-Bestimmung gewählt, dadurch wohnt ihr aber ein indentiertes Ermessen inne, das eine Inanspruchnahme solcher Flächen massiv erschweren wird. Das führt auf der einen Seite dazu, dass landwirtschaftliche Flächen, die aufgrund schwieriger Bewirtschaftungsgrundlagen keine hohen Erträge abwerfen, allenfalls eingeschränkt für eine Ausgleichsaufforstung herangezogen werden können und andererseits, dass generell die Summe derjenigen Flächen, die überhaupt für eine Ausgleichsaufforstung in Betracht kommen, stark eingeschränkt wird.

Nachfolgend wird, soweit möglich, der Fragenkatalog zum Beratungsgegenstand (Anlage 3) beantwortet.

3. Welche Notwendigkeit gibt aus Ihrer Sicht, Kalamitätsflächen wie unter Artikel 1, Ziffer 1 des Gesetzesentwurf zu definieren?

Unter Kalamitätsflächen versteht man eine Waldfläche, die durch abiotische (z.B. Hagel, Sturm, Nassschnee, Waldbrand) oder biotische (Insekten, Mäuse, Pilze) Schadensfaktoren beeinflusst wurden ist und bei denen eine forstwirtschaftliche Nutzung wegen Waldschäden nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Der Gesetzesentwurf umschreibt dies mit dem Begriff „kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen“.

**Eine Notwendigkeit diese Flächen explizit im Thüringer Waldgesetz (Thür-WaldG) als Wald im Sinne des Gesetzes zu definieren, besteht nicht.**

Für die Frage der Nutzung von Waldflächen kommt es nicht auf deren tatsächliche Situation, sondern auf die rechtliche Einordnung als Wald an. Nach § 2 Abs. 2 ThürWalG und § 2 Abs. 1 S. 2 BWaldG gelten auch geschädigte Waldbestände und Kahlflächen als Wald, sofern der Waldstatuts nicht durch behördliche Genehmigung (Umwandlung) zugunsten einer nicht-forstbezogenen Nutzungsart aufgehoben wurde.

- BVerfG, Beschl. v. 1 BvR 2661/21, Rn. 5 -

Bereits jetzt geht das ThürWalG davon aus, dass kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen Wald im Sinne des Gesetzes sind. Dies zeigt ein Blick in die Regelung des § 23 Abs. 1 ThürWalG. Danach sind Kahlgeschlagene oder infolge Schadenseintritt unbestockte Waldflächen oder stark verlichtete Waldbestände innerhalb von sechs Jahren wieder aufzuforsten. Aus dem Sinn und Zweck sowie der Systematik des ThürWalG ergibt sich demnach das Kalamitätsflächen Waldflächen sind.

5. Welche Umsetzungsschwierigkeiten sehen Sie bezüglich des vorliegenden Gesetzesentwurfes?

Hinsichtlich der Regelung in Artikel 1 Nr. 2 b) aa) des Gesetzentwurfs, nach der bei der Interessenabwägung, ob eine Waldumwandlungsgenehmigung nach § 10 Abs. 1 ThürWalG erteilt werden kann, insbesondere die Möglichkeit der Auffors-

tung geschädigter Waldflächen sowie die Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben einzubeziehen sind, ergeben sich folgende Umsetzungs- bzw. Anwendungsschwierigkeiten.

Für die Umwandlungsgenehmigungsentscheidung maßgeblich ist die landesrechtliche Vorschrift des § 10 ThürWaldG, dessen Rahmen aber durch § 9 des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) bestimmt wird. Für die Genehmigungsentcheidung statuiert die bundesrechtliche Regelung ein Abwägungserfordernis bezüglich der Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen der Waldbesitzer einerseits und der Belange der Allgemeinheit andererseits (§ 9 Abs. 1 S. 2 BWaldG) die Genehmigung soll nach § 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt. Auch § 10 Abs. 2 ThürWaldG statuiert ein ähnliches, umfassendes Abwägungserfordernis.

Nunmehr soll das Abwägungserfordernis durch Artikel 1 Nr. 2 b) aa) des Gesetzesentwurfs um weitere Belange (Aufforstung und Alternativflächen) erweitert werden.

Hinsichtlich der Abwägungsdirektive, dass bei der Interessenabwägung **die Möglichkeit der Aufforstung** zu berücksichtigen ist, stellt sich die Frage, wie die Rechtsfolge einer Waldumwandlungsgenehmigung im Rahmen der Entscheidungsfindung, ob eine Waldumwandlungsgenehmigung erteilt werden kann, berücksichtigt werden soll bzw. welche entscheidungslenkende Wirkung diesem Abwägungsbelang zu kommen soll.

Es ist zu konstatieren, dass bereits jetzt umgewandelte Waldflächen und Kalamitätsflächen immer aufzuforsten sind.

So normiert § 23 Abs. 1 ThürWaldG, dass Kahlgeschlagene oder infolge Schadenseintrittes unbestückte Waldflächen oder stark verlichtete Waldbestände innerhalb von sechs Jahren wieder aufzuforsten sind. Gemäß § 10 Abs. 3 ThürWaldG sind zur Milderung nachteiliger Wirkungen einer genehmigten Änderung der Nutzungsart (Waldumwandlung) ist vom Antragsteller auf eigene Kosten eine funktionsgleiche Ausgleichsaufforstung innerhalb von zwei Jahren nach bestandskräftiger Genehmigung durchzuführen.

Also folgt bereits jetzt aus dem Gesetz, dass in Anspruch genommene Waldflächen immer aufzuforsten sind, unabhängig davon, ob eine Fläche durch abiotische oder biotische Schadensfaktoren beeinflusst wurden ist oder aufgrund einer Umwandlungsgenehmigung die Art der Nutzung geändert wurde. Es ist daher nicht ersichtlich, wie der Belang „*Aufforsten*“ im Rahmen der Abwägungsentscheidung ein zu berücksichtigender Belang sein kann, da er bereits gesetzlich vorgeschriebene Folge der Umwandlung ist.

Aus diesem Grund stellt sich hinsichtlich des Artikel 1 Nr. 2 b) aa) des Gesetzentwurfs die Frage, ob diese Regelung erforderlich im Sinne des Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist, um das gesetzgeberische Ziel zu erreichen. Dem „*Interesse der Bevölkerung an der Erhaltung des Waldes*“ wird bereits durch die aufgezeigten Normen, die zur Aufforstung verpflichten, Rechnung getragen. Wird Wald aufgrund einer Genehmigung umgewandelt oder durch abiotische oder biotische Schadensfaktoren beeinflusst, ist dieser Wald wieder aufzuforsten. Der Bestand des Waldes in Thüringen bleibt daher grundsätzlich immer erhalten, da verlorengangener Wald bzw. geschädigter Wald aufzuforsten ist. Darüber hinaus erfolgt bereits jetzt gemäß § 1 Nr. 8 und § 10 Abs. 2 ThürWaldG eine differenzierte Abwägungsentscheidung über eine Umwandlung. Eine Beeinträchtigung des Waldbestandes kann durch Ausgleichsmaßnahmen und Rekultivierung gemindert werden. Damit besteht bereits ohne die Gesetzesänderung ein ausgeklügeltes System zum verhältnismäßigen Eingriff in die Nutzungsmöglichkeiten der Waldflächen.

Ebenso führt die Abwägungsdirektive, dass die **Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben** in die Interessenabwägung einzubeziehen ist, zu Umsetzungs- bzw. Anwendungsschwierigkeiten.

Zunächst ist zu konstatieren, dass der Begriff „Alternativflächen“ zu unbestimmt ist. Dem Gesetzentwurf ist nicht zu entnehmen, was unter Alternativfläche zu verstehen ist. Es ist unklar, ob der Begriff Alternativfläche bspw. wie in § 15 Abs. 1 BNatSchG oder in § 45 Abs. 7 S. 2 BNatSchG zu verstehen ist. Allein diese Unsicherheiten führt zu erheblichen Umsetzungs- bzw. Anwendungsschwierigkeiten.

Ebenso unklar ist, wie dieser Belang im Rahmen der Interessenabwägung berücksichtigt werden kann bzw. wirken soll. Dies lässt sich dem Gesetzentwurf sowie der Begründung zum Gesetzentwurf nicht abschließend entnehmen. Sollte es so zu verstehen sein, dass die Waldumwandlungsgenehmigung nicht zu erteilen ist, wenn

ein Alternativstandort gegeben ist, wie es die Frage Nr. 25 des Fragenkatalogs vermuten lässt, wäre die beabsichtigte Regelung sachfremd und müsste in den Versagenskatalog des § 2 Abs. 2 S. 2 ThürWaldG aufgenommen werden. Ist die geplante Regelung in diesem Sinne zu verstehen, verkürzt sie, unabhängig von ggf. überwiegenden Interesse des Waldbesitzers die Möglichkeit einer Umwandlung, weshalb davon auszugehen ist, dass diese Regelung unverhältnismäßig ist.

Es ist aufgrund der gezeigten Gründe davon auszugehen, dass mit dem Gesetzentwurf erhebliche Umsetzungs- bzw. Anwendungsschwierigkeiten verbunden sind.

7. Welche Anpassungsmaßnahmen hätte der Bau und Betrieb weiterer Windkraftanlagen im Wald auf das Thüringer Klimagesetz/ auf die Regionalplanung/ auf die Abschussplanung respektive auf das Jagdgesetz/ auf eventuelle bestehende Schutzzonen/ auf die Wiederaufforstung/ auf welche anderen Paragraphen im Thüringer Waldgesetz/ auf welche Landesverordnungen

Das Thüringer Waldgesetz stellt zunächst klar, dass ein Wald nur nach vorheriger Genehmigung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden kann (vgl. § 10 Abs. 1 S. 1 ThürWaldG). Ein Umwandlungsverbot besteht für geschützte Waldgebiete nach § 9 Abs. 1 S. 2 ThürWaldG. Die Errichtung einer Windenergieanlage ist bereits nach den jetzigen Regelungssystematik nur unter engen Voraussetzungen möglich. Anpassungsmaßnahmen sind daher nicht notwendig.

Auswirkungen hätten die geplanten Regelungen auf die Regionalplanung und den Landesentwicklungsplan, da ihre Einführung eine Berücksichtigungspflicht in der Regionalplanung zur Folge hätte. Daher würde sich die Änderung des Gesetzes auf das Kriteriengerüst der Regionalplanung auswirken und diese verzögern. In Anbetracht der Flächenbeitragsziele des WindBG und der Tatsache, dass die Fortschreibung der Regionalpläne nach Lesart der Landesplanung von der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans abhängt, würde dies zu absehbaren Verzögerungen führen. Nach hiesigem Verständnis würde dies die Erreichung der Flächenbeitragswerte gefährden, was eine ungesteuerte Zulässigkeit von WEA im Außenbereich mit sich brächte.

8. Welche Auswirkungen ergeben sich aus dem Gesetzentwurf für die Regionalplanung bei der Ausweisung von Windkraft-Vorranggebieten?

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich durch das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 30.09.2022 (BGBl. I. S. 1352) die Ausweisung von sogenannten Windenergiegebieten (rechtlich) vereinfacht hat. Dies liegt darin begründet, dass § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auf Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB grundsätzlich nicht mehr anwendbar ist (vgl. § 249 Abs. 1 BauGB). Die Anforderungen, die das Bundesverwaltungsgericht für die Ausweisung von Flächen aufgestellt hatte, die gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB eine Ausschlusswirkung an derer Stelle erzeugen sollten, sind nunmehr nicht mehr zu berücksichtigen.

Durch das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land kommt es zu einem Systemwechsel bei der Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen. Mit anderen Worten: Die Begrenzung der Windenergie durch Konzentrationszonen in Raumordnungs- oder Flächennutzungsplänen gibt es für die Windenergie in der altbekannten Form nicht mehr.

- vgl. Kment, NVwZ 2022, 1152 (1156) –

Erreichen die Länder bzw. deren Teilregionen den Flächenbeitragswert nicht, hat dies eine allgemeine Privilegierung von WEA im Außenbereich zur Folge, wobei auch bestehende Pläne zur Steuerung ihre Rechtswirkung verlieren. Wie bereits dargelegt, würde sich die Ausweisung von Windenergieflächen verzögern, wenn das Gesetz verabschiedet würde.

13. Welche Mindestabstände zu den Brutplätzen (welcher Vogelarten) müssten bestehen, damit Windkraftanlagen im Wald diese Art nicht negativ beeinflussen oder im Bestand gefährden.

Die Antwort ist dem Regelungsinhalt des § 45b BNatSchG in Verbindung mit der Anlage 1 zum BNatSchG zu entnehmen. Abweichende landesgesetzliche Regelungen, auch solche impliziter Art, sind unzulässig.

14. Welche naturschutzrechtlichen und insbesondere avifaunistischen Gutachten mit welcher Aktualisierungsfrequenz müssten Ihrer Ansicht nach für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald (verbindlich) von den Behörden hinzugezogen werden.

Die Anforderungen an die einzureichenden Unterlagen sowie deren Untersuchungsumfang und -methode für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren sind der 9. BImSchV sowie dem § 45b BNatSchG zu entnehmen. Bereits jetzt hat der Vorhabenträger umfangreiche Untersuchungen und Gutachten einzuholen. Eine Verschärfung dieser Anforderungen ist nicht notwendig.

15. Welche Argumente sprechen aus Ihrer Sicht grundsätzlich für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald und welche Argumente sprechen grundsätzlich dagegen.

Das Thüringer Klimaschutzgesetz sowie die Flächenziele des Windflächenbedarfsgesetz machen es notwendig, dass Windenergieanlagen im Wald errichtet und betrieben werden.

Ende des Jahres 2021 betrug die Größe der Waldfläche in Thüringen 540 752 Hektar, was bei einer Gesamtfläche von 1.620.239 Hektar 33% ausmacht.

- Daten des Thüringer Landesamt für Statistik, abgerufen am 21.08.2020:

<https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zt000554%7C%7>

C –

Da die Flächen für die Windenergie ohnehin durch andere Nutzungen wie Siedlungen, Verkehrsflächen, Gewässer, aber auch durch sonstige rechtliche Vorgaben eingeschränkt werden, ist der Anteil der Waldflächen diesbezüglich sogar noch höher anzusetzen. In Anbetracht dieser Überlegung ist die Realisierbarkeit des § 4 Abs. 2 S. 2 des Klimaschutzgesetzes, nach dem 1 % der gesamten Landesfläche für Windenergie zur Verfügung zu stellen ist, nur zu erreichen, wenn auch Windenergieanlagen im Wald errichtet werden.



Dieses Bedürfnis hat sich mit dem Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) nochmals erhöht. Gemäß § 3 Abs. 1 i.V.m der Anlage 1 des WindBG hat der Freistaat Thüringen bis Ende 2032 2,2 % der Landesfläche für die Windenergie auszuweisen.

Darauf hinzuweisen ist, dass diese Ausweisungsverpflichtungen nicht dazu führen, dass es zu einer flächenmäßigen Verringerung des Waldes in Thüringen kommt. Wird Wald für andere Nutzungen umgewandelt hat zur Milderung nachteiliger Auswirkung eine funktionsgleiche Aufforstung zu erfolgen. (vgl. § 10 Abs. 3 ThürWaldG).

20. Welche Ausgleichsmaßnahmen müssen beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erfolgen?

Dies lässt sich nicht pauschal beantworten, sondern ist immer am konkreten Einzelfall zu beurteilen.

Ob ein zulässiger Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 BNatSchG, der durch die Errichtung einer Windenergieanlage erfolgt, auszugleichen ist, bestimmt sich anhand des § 15 Abs. 2 BNatSchG.

Darüber hinaus hat für die Umwandlungsgenehmigung eine Ausgleichsaufforstung gemäß § 10 Abs. 3 ThürWaldG zu erfolgen.

25. Welche Auswirkungen ergeben sich aus dem durch den Gesetzesentwurf intendierten Ausschluss von Waldflächen auf die Ausweisung von Flächenpotenzialen im Offenland.

Sollte es dazu kommen, dass aufgrund des Gesetzesentwurfes weniger Umwandlungsgenehmigungen erteilt werden, steigt der Flächendruck für Windkraftanlagen im Offenland enorm, da die Flächenbeitragswerte auf einer geringeren Ausgangsfläche erreicht werden müssen. Da Waldstandorte häufig weiter von Siedlungen entfernt sind als Offenlandstandorte, ist mit einer abnehmenden Akzeptanz gegenüber der Windenergie zu rechnen.

27. Welche Alternativen bestehen Ihrer Kenntnis nach zum Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald, insofern die Umsetzung des Flächenziels des Landes/Bundes für Windkraftanlagen respektive Erneuerbare Energien konsequent verfolgt wird.

Keine. Siehe Antwort auf Frage Nr. 14.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bundesverband Wind Energie e.V., Landesverband Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>BWE LV Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heubachsberg 23</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98701 Großbreitenbach</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bundesverband Wind Energie e.V., Landesverband Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	BWE LV Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heubachsberg 23	Postleitzahl, Ort	98701 Großbreitenbach
Name	Organisationsform										
Bundesverband Wind Energie e.V., Landesverband Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	BWE LV Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heubachsberg 23										
Postleitzahl, Ort	98701 Großbreitenbach										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als <b>Privatperson</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Förderung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siehe beigefügte Stellungnahme	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Großbreitenbach 05.05.2023	



Bundesverband WindEnergie e.V.  
Landesverband Thüringen  
Landesvorsitzender  
Heubachsberg 23  
98701 Großbreitenbach OT Altenfeld

THÜR. LANDTAG POST  
08.05.2023 07:30  
12493/2023



BWE LV Thüringen, Heubachsberg 23, 98701 Großbreitenbach

Landesverband Thüringen

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft  
und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99086 Erfurt

Großbreitenbach, 05.05.2023

Vorab per E-Mail an [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages in  
Drucksache 7/6811 (Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes –  
Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit nehmen übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Gesetzentwurf der  
parlamentarischen Gruppe der FDP (Drucksache 7/6811).

Der deutliche Ausbau aller Erneuerbaren Energien ist eine der wichtigsten Säulen des Klimaschutzes  
zur Eindämmung der Folgen der Klimaerwärmung, die insbesondere auch unsere Wälder bedroht.  
Langanhaltende Trockenheit, deutlich stärkere Stürme und Unwetter führen in unseren Wäldern zu  
massiven Schäden, die inzwischen unübersehbar sind.

Mit dem Windflächenbedarfsgesetz hat der Bund 2022 klare und verbindliche Zielvorgaben für den  
Ausbau der Windenergie zu den Stichtagen 31.12.2027 und 31.12.2032 festgelegt. Thüringen muss  
bis 2027 1,8% der Landesfläche für Windenergie verbindlich ausweisen und bis 2032 insgesamt  
2,2%.

Die Herausforderung für die Thüringer Forstwirte ist, die Wälder für den Klimawandel besser zu  
wappnen. Dazu müssten die kahl gewordenen Waldflächen nach einer gewissen Ruhezeit mit  
verschiedenen standortgerechten Baumarten wieder aufgeforstet werden, so dass die Wälder der  
Zukunft widerstandsfähiger gegen klimawandelbedingte Extremwetterereignisse werden.  
Außerdem sollten forstliche Monokulturen nach und nach in resilientere Bestände – also struktur-  
und artenreiche Mischwälder, die mit den Veränderungen durch den Klimawandel besser

Bundesverband WindEnergie e. V. | German Wind Energy Association

EUREF-Campus 16 T + 49 (0) 30 . 21 23 41 - 210 info@wind-energie.de  
10829 Berlin F + 49 (0) 30 . 21 23 41 - 410 www.wind-energie.de

zurechtkommen – umgebaut werden. Waldbesitzer werden dadurch aktuell vor große Herausforderungen gestellt. Vielerorts fehlen schlicht Geld und Personal, um die teilweise immensen Waldschäden zu beseitigen und gleichzeitig den Waldumbau voranzutreiben.

Unterstützung könnte es hier durch die Windenergienutzung geben: Für den Ausbau der klimafreundlichen Energieerzeugungsform werden seit einigen Jahren vermehrt auch Forstflächen und hier insbesondere die inzwischen entstandenen Kahlf Flächen in Betracht gezogen.

Ganz entscheidend: Die Windenergie hilft Waldbesitzern und Forstbetrieben, mit neuen Einnahmequellen die großen, vor allem auch finanziellen Herausforderungen durch Trockenheit, Schädlingsbefall, Waldbrände und Sturmschäden zu meistern. Mit ihren sicher kalkulierbaren Pachteinahmen schafft sie einen Ausgleich zu schwankenden Holzpreisen, eröffnet dringend benötigte Investitionsspielräume für eine klimagerechte Umgestaltung des Waldes und ermöglicht eine zügige Wiederaufforstung von geschädigten Flächen durch Ausgleichsmaßnahmen.

Dass sich der Ausbau von Windenergie im Wald rentiert, zeigt unter anderem der Rhein-Hunsrück-Kreis (Rheinland-Pfalz). Dieser wurde als erster Landkreis in Deutschland bilanziell CO<sub>2</sub>-neutral. Zuvor eine der strukturschwächsten Regionen, haben die dortigen Gemeinden mittlerweile die landesweit geringste kommunale Verschuldung. Die Einnahmen allein aus dem Betrieb der Erneuerbare-Energien-Anlagen von rund 50 Millionen Euro jährlich dienen der Erhöhung von Lebensqualität, sozialen Zwecken sowie zur Förderung weiterer Investitionen in Klimaschutz-Maßnahmen wie Biomasse-Vergärungsanlagen, moderne Nahwärmenetze mit Solarthermie oder effiziente Kläranlagen. Und: inmitten von Windparks ist die Geierley-Hängebrücke eine touristische Attraktion.

Hervorragende CO<sub>2</sub>-Bilanz: Ein Hektar Wald speichert nach Angaben der Stiftung Unternehmen Wald pro Jahr über alle Altersklassen der Bäume hinweg 6 Tonnen CO<sub>2</sub>. Auf der gleichen Fläche spart ein Windrad der Sechs-Megawatt-Klasse pro Jahr rund 12.000 Tonnen CO<sub>2</sub> – also gut das 2.000-fache.

Nun zu den vorgeschlagenen Änderungen im Gesetzestext.

Geplant ist folgende Änderung in §2: *In §2 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „auch:“ die Worte kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen,“eingefügt.*

Nach § 2 Bundeswaldgesetz gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen ohne Baumbestand als Wald. Daher bedarf es aus unserer Sicht dieser Konkretisierung nicht. Kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen sind auch keine Flächenkulissen, die sich eignen, gesondert im Gesetz erfasst zu werden. Die vorgesehene Ausweitung des Waldbegriffs kann darüber hinaus eine ganze Reihe zusätzlicher Rechtsfolgen und Rechtspflichten nach sich ziehen und zu einer deutlichen Erhöhung des Verfahrens- und Verwaltungsaufwandes führen.

Geplant ist folgende Änderung in §10 Abs. 2: *„Bei der Interessenabwägung sind insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie die Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben einzubeziehen.“*

Bereits heute setzt gemäß § 10 Abs. 2 ThürWaldG eine dauerhafte Änderung der Nutzungsart des Waldes zwingend eine umfassende Interessenabwägung der berechtigten Interessen des Waldbesitzers und der Belange der Allgemeinheit voraus. Das Bundesverfassungsgericht urteilte zum Dritten Gesetz der Änderung des Thüringer Waldgesetzes, dass der Freistaat Thüringen nicht die Gesetzgebungskompetenz für den Ausschluss von Windenergieanlagen im Wald hat. Es handelt sich bei einer Regelung zum Ausschluss von Windenergie um eine bodenrechtliche Regelung. Hinsichtlich des Bodenrechts hat der Freistaat Thüringen keine Gesetzgebungskompetenz.

In dem vorliegenden Gesetzentwurf der parlamentarischen Gruppe der FDP soll jetzt zwar nicht mehr der generelle Ausschluss der Windenergie im Wald geregelt werden. Da aber bei der Interessenabwägung (bzgl. der Waldumwandlung) insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen einzubeziehen ist, gibt es wieder einen bodenrechtlichen Bezug, der faktisch in vielen Fällen zum Ausschluss der Windenergienutzung im Wald führen wird. Damit handelt es sich hier unseres Erachtens auch um eine bodenrechtliche Regelung, für die der Freistaat Thüringen keine Gesetzgebungskompetenz hat. Somit ist aus unserer Sicht die vorgeschlagene Änderung des §10 Absatz 2 vermutlich ebenfalls wieder verfassungswidrig und verstößt gegen Art. 3 Grundgesetz.

Geplant ist folgende Änderung in §10 Abs. 3: „Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden“.

Gemeint sind hier sicherlich die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Zu Flächen für die landwirtschaftlichen Betrieb gehören weitaus mehr Flächen – z.B. Betriebsflächen, Lagerflächen etc. Hier ist also eine textliche Korrektur notwendig. Statt „.... für den landwirtschaftlich Betrieb bestimmte Flächen“ sollte stehen „.... soll nicht auf aktuell landwirtschaftlich genutzten Flächen vorgenommen werden. Wichtig ist an dieser Stelle auch, dass es sich lediglich um eine Soll-Regel handelt.

Geplant ist folgende Änderung in §12 Abs. 7: „Bei besonderen Gefahrenquellen, insbesondere Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, sind vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz, wie Anlage und Unterhaltung von Schutzstreifen entlang von Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, Stromtrassen und Verkehrswegen, Parkplätzen und Naherholungsgebieten vom Eigentümer oder Betreiber dieser Anlagen auf eigene Kosten durchzuführen. Die Forstbehörden entscheiden, welche vorbeugenden Maßnahmen zur Waldbrandverhütung getroffen werden müssen.“

Wir halten diese Forderung und Formulierung weder für erforderlich noch für verhältnismäßig. Die Regelungen zum Brandschutz in der Thüringer Bauordnung sind völlig ausreichend. In der obergerichtlichen Rechtsprechung wird seit jeher und schon nach bisheriger Rechtslage davon ausgegangen, dass üblicherweise von Windenergieanlagen keine besonderen Brandgefahren ausgehen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG werden im Auftrag des Antragstellers Brandschutzgutachten durch Gutachter erstellt und – falls erforderlich – entsprechende Maßnahmen festgelegt. Die häufigsten Ursachen für Brände im Wald sind natürliche Ursachen und Brandstiftung, siehe hierzu die Waldbrandstatistik der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2021. Die Kosten eines möglichen Waldbrandes trägt nicht der Waldbesitzer, sondern die Versicherung des Betreibers der Windenergieanlage. Unter der separaten Betrachtung der Informationen der üblichen Waldbrände und der Brände bei Windenergieanlagen zeigt sich, dass



einerseits augenscheinlich eine äußerst geringe Brandentstehungsgefahr von Windenergieanlagen im Verhältnis der dazu errichteten Objekte vorhanden ist und andererseits ebenso zu den Waldbränden insgesamt.

Nachfolgend möchten wir Ihnen nun aus unserer Sicht die 31 Fragen beantworten (soweit wir Sie aus unserer Sicht beantworten können):

1. Wie viele Windkraftanlagen mit welcher Höhe und Nennleistung werden nach Kenntnis auf Kalamitätsflächen im Wald Thüringen geplant oder dafür in Frage ?

Auf Kalamitätsflächen gibt es keine gesonderten Einschränkungen in Bezug auf Höhe und Nennleistung. Kalamitätsflächen weisen keine anderen standortsplanungsrelevanten Kriterien im

Vergleich anderer Waldstandorte auf. Für eine Aussage zur Anzahl, der Höhe und Nennleistung der in Thüringen geplanten Windenergieanlagen auf Kalamitätsflächen gibt es aktuell keine hinreichende Datengrundlage.

2. Welche Kalamitätsflächen welcher Größe sind ihrer Kenntnis nach für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen aus welchen Gründen geeignet respektive geplant ?

Für den Bau und Betrieb einer WEA wird im Wald eine Fläche von ca. 0,46 ha dauerhaft in Anspruch genommen sowie ca. 0,44 ha temporär. Die Eignung dieser Flächen bedingt sich maßgeblich durch die technische Bebaubarkeit ( Hangneigung, Bodenverhältnis, Erschließbarkeit). Weitere Details dazu finden Sie in der Publikation der Fachagentur Windenergie an Land ([https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Windenergie\\_im\\_Wald/FA-Wind\\_Analyse\\_Wind\\_im\\_Wald\\_8Auflage\\_2023.pdf](https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Windenergie_im_Wald/FA-Wind_Analyse_Wind_im_Wald_8Auflage_2023.pdf))

3. Welche Notwendigkeit gibt es aus Sicht, Kalamitätsflächen wie unter Artikel 1, Ziffer 1 des Gesetzesentwurf zu definieren?

Keine. Nach § 2 Bundeswaldgesetz gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen ohne Baumbestand als Wald.

4. Welche Flächen- und Energieanteile an der Windkraft auszuweisenden Fläche in Thüringen würde durch die Nutzung von Wald respektive Kalamitätsflächen ihrer Kenntnis nach abgedeckt?

Hierzu können wir aufgrund fehlender Datengrundlage derzeit verlässlichen keine Aussagen treffen.

5. Welche Umsetzungsschwierigkeiten sehen Sie bezüglich des vorliegenden Gesetzesentwurf?

Er dient in keinsten Weise dem dringend notwendigen beschleunigten Ausbau von Windenergieanlagen im Wald und trägt daher auch nicht aktiv zum Erreichen der nationalen und internationalen Klimaziele bei.

6. Aus welchen Gründen eignen sich Kalamitätsflächen grundsätzlich als Standort für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen und aus welchen Gründen eignen Sie sich grundsätzlich nicht?

Kalamitätsflächen weisen keine Besonderheiten für den Bau und Betrieb von WEA auf. Die derzeitigen Planungs- und Genehmigungsgeschwindigkeiten eignen sich nicht, um durch die Kalamitätsflächen einen besonderen Nutzen zu ziehen. Lediglich die Tatsache, dass diese Flächen bereits gerodet sind, stellt einen gewissen Kostenvorteil im Vergleich zu bewaldeten Flächen dar. Von Erfassung der Kalamitätsfläche bis zu einem möglichen Bau einer WKA vergehen derzeit einige Jahre. Die Wiederaufforstung dieser Flächen ergibt sich aus §23 ThürWaldG. Diese Flächen müssen innerhalb 6 Jahren wiederaufgeforstet werden bzw. die natürliche Sukzession gefördert werden.

7. Welche Anpassungsmaßnahmen hätte der Bau und Betrieb weiterer Windkraftanlagen im Wald auf das Thüringer Klimagesetz/ auf die Regionalplanung/ auf die Abschlussplanung respektive auf das Jagdgesetz / auf eventuell bestehenden Schutzzonen / auf die Wiederaufforstung / auf welche anderen Paragraphen im Thüringer Waldgesetz / auf welche Landesverordnungen?

Die Gesetzesänderung hätte jedenfalls Auswirkungen auf die Regionalplanung. Denn die verschärften Umwandlungskriterien für Windenergieanlagen wären auf regionalplanerischer Ebene zu berücksichtigen, im Rahmen der Kriterien, nach denen die Ausweisung von Windenergiegebieten erfolgt. Insofern wären die Regionalpläne (egal, ob im Entwurf befindlich oder rechtskräftig) anzupassen und zu überarbeiten. Dadurch würde sich die Regionalplanung verzögern, was sich negativ auf die Erreichung der Flächenbeitragswerte nach dem WindBG auswirkt.

8. Welche Auswirkung ergeben sich aus dem Gesetzesentwurf der die Regionalplanung bei der Ausweisung von Windkraft-Vorranggebieten?

Siehe Frage 7. Die Regionalplanung würde sich weiter verzögern, gleiches gilt für die Landesentwicklungsplanung. Sollten die Flächenbeitragswerte nicht rechtzeitig erreicht werden, wäre die Folge eine allgemeine Außenbereichsprivilegierung (ungesteuerter Ausbau der Windenergie).

9. Welche Auswirkung hat Ihrer Kenntnis nach dem Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald auf Flora / Fauna/ Bodenbeschaffenheit, Mikroklima und Wasserhaushalt des Waldes?

Im Rahmen der forstrechtlichen und naturschutzfachlichen Kompensation ist eine Beschleunigung des Umbaus des Waldes zu klima- und feuerresistenten Beständen möglich. Dies gilt insbesondere bei Nadelholzreinbeständen. Während der Bauphase der WEA kommt es zur Vergrämung bestimmter Wildtiere, danach stellt sich ein Gewöhnungseffekt bei den Tieren ein. Dies ist durch verschiedene Studien belegt. In der Studie von REICHENBACH, M. et al. (2015) „Bau- und Betriebsmonitoring von Windenergieanlagen im Wald. Abschlussbericht 30.11.2015“, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde für keine Vogelart signifikante Unterschiede bei den Brutbeständen zwischen Windpark und Referenzgebiet festgestellt. "In Hinblick auf die erste Hypothese lässt sich somit folgern, dass an die Rodungsflächen angrenzende Waldbereiche keine grundlegende Veränderung der Brutvogelzönosen zeigen." Bei den

Fledermäusen kommt die Studie zu folgender Einschätzung: "Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass für den vorliegenden Datensatz die Unterschiede zwischen Wald- und Offenlandstandorten in Hinblick auf die Artzusammensetzung und die Höhe der Fledermausaktivität sehr gering ausfallen. Der Waldanteil im 500 m Radius hatte nur bei einer regionalen Betrachtung einen signifikanten Einfluss auf die Fledermausaktivität, mit einer signifikant höheren Aktivität bei höherem Waldanteil für die Zwergfledermaus im Westen. Zudem wurden typische Waldfledermausarten der Gattungen *Myotis* und *Plecotus* in Gondelhöhe über Wäldern wie auch im Offenland vergleichbar selten aufgenommen."

10. Wie stark wird die Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens durch Windkraftanlagen beeinträchtigt?

Die Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens wird punktuell am Standort des Fundaments (maximal ca. 600 m<sup>2</sup>) geringfügig beeinträchtigt. Die Gesamtbilanz der Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens wird durch die Kleinteiligkeit des Eingriffs nicht beeinträchtigt. Bei Sonderstandorten mit einer markanten hydrogeologischen Beschaffenheit werden Vermeidungsmaßnahmen getroffen, damit die Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens nicht beeinträchtigt wird.

11. Welche Wildtiere und insbesondere, welche geschützten Arten sind respektive wären vom weiteren Bau und Betrieb von Windkraftanlagen betroffen bzw. gefährdet?

Betroffen wären vor allem Vögel und Fledermäuse (wie auch bei Windparks im Offenland). Standortabhängig können weitere geschützte Tierarten wie z.B. die Haselmaus betroffen sein. Die größten Beeinträchtigungen auf die Tierwelt stellt der Bau der WEA dar. Es kann zu einem Lebensraumverlust im Bereich der Fundamente und der Zuwegung der WEA kommen, dieser ist aber sehr kleinteilig. Durch geeignete Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen können die Beeinträchtigung auf die Wildtiere aber stark reduziert werden. Das größte Störpotenzial geht vom Menschen aus.

12. Wie würde sich der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf die Auswilderungs- und Wiederansiedlungsprojekte (beispielsweise: Wildkatze, Luchs, Auerwild) respektive auf Projektarten auswirken und welche Maßnahmen müssten verbindlich getroffen werden, damit Arten respektive Projekte nicht negative beeinflusst oder gefährdet werden?

Aus Untersuchungen in Baden-Württemberg weiß man, das Auerwild einen Meideabstand von ca. 650 m zu WEA einhält. Die stärkere Meidung geht aber von der Wegeinfrastruktur aus, da Auerwild sehr störungssensibel ist. In Schweden konnte kein Einfluss der WEA auf den Reproduktionserfolg von Auerhühnern festgestellt werden vgl. hierzu Coppes et al. 2019: „Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Auerhühner.“ Hrsg.: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. Wildkatzen gewöhnen sich recht schnell an den Betrieb der WEA. Das Störpotenzial ist am größten während der Bauphase.

13. Welche Mindestabstände zu den Brutplätzen (welche Vogelarten) müssten bestehen, damit Windkraftanlagen im Wald diese Arten nicht negative beeinflussen oder Bestand gefährden?

Ausgehend von der Annahme, dass ein maßgeblicher Anteil der Aktivität von Individuen einer kollisionsgefährdeten Art im Umfeld des Brutplatzes stattfindet, wird über Prüfbereiche, die die Brutstätte als Zentrum beinhalten, festgelegt, ob eine tiefere Untersuchung nötig ist bzw. ob kein erhöhtes Tötungsrisiko für die jeweiligen Individuen anzunehmen ist. Bei den Prüfbereichen sollten sich die Länder an den in der UMK-Liste kollisionsgefährdeter Vogelarten genannten „Regelabständen“ orientieren, wobei diese klar als Prüfbereiche zu definieren sind. Nahbereiche im Sinne von Tabubereichen lehnt der BWE ab.

14. Welche naturschutzfachlichen und insbesondere avifaunistischen Gutachten mit welcher Aktualisierungsfrequenz müssen Ihrer Ansicht nach für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald (verbindlich) von den Behörden hinzugezogen werden ?

Einmalige Faunistische Untersuchungen innerhalb eines Jahreszyklus, welche den Eingriffsbereich und einen Radius von 500 m um die WEA abdecken, scheinen angebracht. Die Untersuchungen sollten nach anerkannten Kartierungsmethoden wie z.B. für Vögel nach Südbeck et al (2015) erfolgen. Biotoptypenkartierung der Eingriffsflächen mit Aufnahme der natürlichen Sukzession sollte einmalig erfolgen.

15. Welche Argumente sprechen aus Ihrer sich grundsätzlich für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald und welche wirtschaftlichen Nachteile könnte daraus resultieren?

Aus dem Bau und Betrieb von WKA im Wald resultieren keine nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen. Der Verlust der Holzbodenfläche durch die Zuwegung und dem WEA-Standort werden durch die Pachteinahmen des Flächeneigentümer vollständig überkompensiert. Zudem fördert der naturschutzrechtliche und forstrechtliche Ausgleich den Waldbau hin zu klimaresistenten und feuerresistenten Laub- Laubmischwaldbeständen. Durch den Kompensationsfaktor 1:>1 wird immer ein Flächengewinn für den Wald generiert.

16. Welche Einschränkungen ergeben sich aus dem Gesetzesentwurf für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer und welche wirtschaftlichen Nachteile könnten daraus resultieren?

Die Vitalität der Wälder in Thüringen nimmt immer weiter ab. Im Waldzustandsbericht von Thüringen von 2022 wurden nur noch 18 % gesunde Bäume in den Thüringen Wäldern ermittelt. Der Waldbesitzer hat es immer schwerer, die Waldfunktion nach § 2 ThürWaldG zu erfüllen. Zudem sinken die Einnahmen durch den Holzeinschlag durch das extrem hohe Schadholzaufkommen der vergangenen Jahre. Immense Wiederaufforstungen führten zu einer extremen Verknappung bzw. kompletter Nichtverfügbarkeit von geeigneten Pflanzgut. Hierbei sei zu nennen, dass die Kosten der Pflanzgutbeschaffung exorbitant gestiegen sind. Durch den Gesetzesentwurf werden den Waldbesitzern die Möglichkeit genommen, eine weitere Einnahmequelle durch Pachteinahmen von WKA-Betreibern zu generieren. Der Gesetzesentwurf stellt eine extreme Benachteiligung von Waldbesitzern im Vergleich von Besitzern von Offenland dar.

17. Welche Herausforderung im Fall eines Anlagenbrandes stellt der Bau und Betrieb im Wald dar?

Windenergieanlagen werden im Wald in der Regel mit einer Brandlöschanlage ausgestattet (für Brände innerhalb einer WEA). Es wird zudem wird ein detailliertes Brandschutzkonzept erstellt,

welches ggf. auch den Bau von Anlagen zur Wasserbevorratung beinhaltet. Durch die Erschließung der WEA wird das Wegenetz ertüchtigt bzw. ausgebaut und führt dazu zu einer verbesserten Erreichbarkeit von Brandherden jeglicher Gefahrenquellen und Ursachen.

18. Welche Notwendigkeit gibt es aus Ihrer Sicht für eine zusätzliche Aufnahme des Brandschutzes wie unter Artikel 1 Ziffer 3 des Gesetzesentwurf formuliert? Halten Sie die derzeitigen Regelungen zur Abwehr von Brandgefahren im Forstgebieten für ausreichend? Für wie verhältnismäßig halten Sie die Unterhaltung von Schutzstreifen ?

Die Aufnahme von besondere Gefahrquellen wie Windenergieanlagen kann unter Umständen Sinn machen. Grundsätzlich ist es aber absolut unverhältnismäßig, Waldeigentümer zusätzliche Auflagen und damit den Verlust von bestockter Holzbodenfläche aufzuerlegen. Der Wald hat diverse Ökosystemdienstleistungen und dient dadurch der Allgemeinheit. Daher muss die Allgemeinheit auch für die Kosten möglicher Schutzmaßnahmen aufkommen. Es kann nicht sein, dass dem Waldbesitzer die Einnahmequelle der Windenergienutzung im Wald genommen wird und dieser zusätzlich noch Schutzstreifen auf eigene Kosten anlegen muss.

19. Wie schätzten Sie das Gefahrenpotenzial von Windkraftanlagen (beispielweise durch Brände) für Waldflächen ein und welche erhöhten Kosten kommen Ihrer Auffassung nach auf die Besitzer entsprechender Waldflächen zu?

Die häufigsten Ursachen für Brände im Wald sind natürliche Ursachen und Brandstiftung - siehe hierzu die Waldbrandstatistik der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2021. Die Kosten eines möglichen Waldbrandes trägt nicht der Waldbesitzer, sondern die Versicherung des Betreibers (in diesem Fall der WEA-Betreiber). Unter der separaten Betrachtung der Informationen der üblichen Waldbrände und der Brände bei Windenergieanlagen zeigt sich, dass einerseits augenscheinlich eine äußerst geringe Brandentstehungsgefahr von Windenergieanlagen im Verhältnis der dazu errichteten Anlagen vorhanden ist, andererseits ebenso zu den Waldbränden insgesamt.

20. Welche Ausgleichsmaßnahmen müssen beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erfolgen?

Der Bau und Betrieb einer Windenergieanlage ist nur unter der Einhaltung der entsprechenden Fachgesetze zulässig. Für jeden Eingriff in den Naturhaushalt und die Landschaft ist dieser gemäß des BNatSchGs zu vermeiden, zu vermindern und auszugleichen bzw. zu ersetzen. Im Rahmen des Genehmigungsantrags werden alle Naturgüter (Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Landschaftsbild, Wechselwirkungen usw.) betrachtet und naturgutspezifische Schutzkonzepte erstellt. Bei WEAs handelt es sich meist auch um eine UVPG-pflichtiges Vorhaben. Dadurch werden auch noch die Schutzgüter Mensch - insbesondere die menschliche Gesundheit-, Fläche, biologische Vielfalt, kulturelles Erbe und Sachgüter analysiert und bewertet. Die Art der Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen ergibt sich daher standortbezogen und ist nicht pauschal zu benennen. Für die Waldflächen, für die eine Waldumwandlungsgenehmigung notwendig sind, ergibt sich dann auch der Kompensationsbedarf für Wiederaufforstung, Erstaufforstung oder ökologischen Waldumbau.

21. Wie bewerten Sie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen bei der Errichtung von WKA im Wald?

Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für notwendige Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen sehen wir grundsätzlich unkritisch. Wenn auf landwirtschaftlichen Flächen z.B. aufwertende Maßnahmen für von WEA-Betrieb beeinträchtigte Arten umgesetzt werden, ist das positiv. Der Landwirt erhält weiterhin die Möglichkeit zu Bewirtschaftung (ggf. unter Einschränkung) zudem werden multifunktionale Verbesserung von Schutzgütern auf dieser Fläche umgesetzt. Eine Erstaufforstung sollte möglich nur im geringen Maße erfolgen. Hier sollte der Schwerpunkt auf die Anrechenbarkeit von ökologischem Waldumbau im forstrechtlichen Maßnahmenkonzept im Mittelpunkt stehen.

22. Wie bewerten Sie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen im Vergleich zum Flächenverbrauch bei einer direkten Errichtung von Windkraftanlagen auf diesen Flächen ?

Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen hängt stark vom Kompensationsumfang am Eingriffsort ab. Ein pauschaler Vergleich kann nicht generell abgeleitet werden, da der naturschutzfachliche und artenschutzrechtliche Ausgleich sehr stark von dem individuellen Standort abhängt.

Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass Ausgleichflächen nicht pauschal zu einer Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Flächen führen. Die Maßnahmen können vielfältig sein und lassen in den allermeisten Fällen weiterhin eine Bewirtschaftung unter möglichen Einschränkungen zu. Diese können z. B. Extensivierung der Nutzungsart, produktionsintegrierte Maßnahmen, Vorgaben der Fruchtfolgen etc. sein. Weiterhin dienen potenzielle Pflanzung wie Baumreihen oder Feldhecken auch der Landwirtschaft. Positive Aspekte sind z. B. verringerte Erosion, Verbesserung der Wasserverfügbarkeit, Habitate für Bestäuber etc.

Bei der direkten Errichtung von Windkraftanlagen werden auch im Offenland ca. 0,5 ha Fläche dauerhaft für die komplette Betriebszeit beansprucht.

23. Für wie geeignet halten Sie die im Gesetzesentwurf unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagenen Regelungen zu den Ausgleichflächen? Sollten landwirtschaftliche Flächen Ihrer Meinung nach überhaupt per Gesetz als Ausgleichflächen ausgeschlossen werden? Wie würden sich die Flächenkulisse für Ausgleichsaufforstungen verändern?

Ein pauschaler Ausschluss von landwirtschaftlichen Flächen ist nicht praktikabel. Ausgleichsaufforstungen sollten dem ökologischen Waldumbau gleichgesetzt werden und naturschutzfachlich anerkannt werden.

24. Liegen die unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagenen Regelungen zu den Ausgleichflächen innerhalb des durch den Verfassungsgerichtsbeschluss gesetzten Rahmen zu Naturschutz und Landschaftspflege und liegen diese somit überhaupt in der Gesetzgebungskompetenz des Landes?

Die Regelung unterliegt nicht der Kompetenz des Landes. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass diese Kompetenz die konkrete Eigenart von Natur und Landschaft bzw. deren Schutz umfasst. Hier werden jedoch – wiederum – pauschal Flächen für die Waldumwandlung

ausgenommen. Dies wirkt umso schwerer, als dass so – ohne dass ein Gegengewicht geschaffen wird – ein signifikanter Flächenanteil für Wiederaufforstung ausscheidet. Dies erschwert Ausgleichsaufforstungen unnötig und trifft sämtliche Umwandlungsmaßnahmen, nicht nur die Windenergie.

25. Welche Auswirkungen ergeben sich aus dem durch den Gesetzesentwurf intendierten Ausschluss von Waldflächen auf die Ausweisung von Flächenpotenzialen im Offenland?

Es ergibt sich unausweichlich eine höhere Belastung der Bevölkerung in den dichter besiedelten Gebieten des Offenlands. Ein gesetzlich verordnetes Verbot von WEA im Wald wird letztlich erneut juristische Schritte und Verfahren nach sich ziehen (z.B. erneute Verfassungsbeschwerde von Waldeigentümern). Mit hoher Wahrscheinlichkeit würden solche Regelungen erneut vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt werden.

26. Welche Schwierigkeiten sehen Sie bezüglich des Baus und Betriebs von WKA im Wald bezüglich einer anschließenden Wiederaufforstung und einer anschließenden Bewirtschaftung und Gewinnmöglichkeiten durch Holzernte (beispielsweise durch das Fundament der Anlage)?

Es bestehen keine Schwierigkeiten bezüglich der Wiederaufforstung nach vollständigem Rückbau der WEA. Von Gewinnmöglichkeiten durch Holzernte auf den wiederaufgeforsteten Flächen zu sprechen ist etwas sehr überspitzt formuliert. Die Gewinnmöglichkeiten auf den ca. 0,46 ha wiederaufgeforsteten Flächen nach dem vollständigen Rückbau der WEA lassen sich frühestens nach ca. 80 - 120 Jahren Umtriebszeit generieren. Durch den höheren Laubholzanteil ist mit höheren Umtriebszeiten zu rechnen.

27. Welche Alternative bestehen Ihrer Kenntnis nach zum Bau und Betrieb von WKA im Wald, insofern die Umsetzung des Flächenziels des Landes/ Bundes für WKA respektive EE konsequent verfolgt wird?

Es bestehen keine Alternativen, um die Gemeinschaft flächendeckend an der Umsetzung der Energiewende teilhaben zu lassen. Hier sei beispielsweise der § 6 EEG genannt (Zahlung von 0,2 Cent pro erzeugte kWh an Kommunen im 2,5 km Umkreis).

28. Welche CO<sub>2</sub>-Menge wird durch den Bau und Betrieb von WKA erzeugt und welche CO<sub>2</sub>-Menge wird durch den Bau und Betrieb von WKA eingespart? Wie ist dies bezüglich einer Rodung oder kleinteilige Baumfällung zu beurteilen / einzufügen?

Eine moderne WEA mit ca. 6,0 MW Leistung hat eine energetische Amortisationszeit von ca. 8 Monaten. Das bedeutet bei einer durchschnittlichen Einsparung von ca. 12.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr sind alle Emission der Herstellung, des Transports, der Wartung und des Rückbaus nach 8 Monaten ausgeglichen. Das bedeutet: ab dem neunten Monat Betriebsdauer ist der Betrieb der WEA CO<sub>2</sub>-neutral. Zudem wird die energetische Amortisationszeit immer geringer durch den Einsatz von Erneuerbaren Energien im Herstellungsprozess (z.B. grüner Stahl). Überschlüssig lässt sich sagen, dass ein Hektar Wald über alle Altersklassen ca. 6 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr speichert. Das bedeutet im Klartext, dass die WEA durch den Betrieb das 2.000-fache an CO<sub>2</sub>-Einsparung im Vergleich des Verlustes der Holzbodenfläche ermöglicht. Hierbei wird noch angemerkt, dass die CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeit für die nötigen forstrechtlichen Kompensationsflächen

dabei noch nicht eingerechnet ist. Dies würde sich ergänzend positiv auf die WEA-Bilanz anrechnen lassen.

29. Wie stark wird die Kohlenstoffspeicherfähigkeit des Waldbodens durch die WKA beeinträchtigt? Wie hoch sind die CO<sub>2</sub>-Vermeidungspotenziale durch den Betrieb einer WKA im Forst im Vergleich zur CO<sub>2</sub>- Speicherfähigkeit des Waldbodens auf der gleichen Fläche?

Die Kohlenstoffspeicherfähigkeit des Waldbodens hängt sehr stark von der Nutzung und der Baumartenzusammensetzung ab. Hier können analog die Ausführungen von Frage 28 herangezogen werden.

30. Welche Folgen hätten Bau und Betrieb weiterer WKA im Wald in Thüringen Ihrer Kenntnis nach auf den ländlichen Raum/ die Naherholung/ das Landschaftsbild / den Tourismus?

Der Bau und Betrieb hätten eine Stärkung des ländlichen Raumes zur Folge. Gemeinden partizipieren an der Energiewende durch den § 6 EEG. Für Gewerbe und Industriestandorte kann die Windenergienutzung zum Standortvorteil werden, wenn die Region über eine 100% Versorgung durch EE-Strom ( z. B. Direktvermarktung) verfügen. Die Naherholung sowie der Tourismus können ggf. in der Bauphase beeinträchtigt werden. Studien belegen, dass nicht von einem Tourismusdefizit durch WEA auszugehen ist. Die Anlagen haben zweifelsohne einen Eingriff in das Landschaftsbild zur Folge, welche auch nicht durch einen Realausgleich kompensierbar sind (siehe hierzu § 13 BKompV).

(<https://www.windindustrie-in-deutschland.de/f/4842/0/62b9b61e4cb7fd7c0f7703f3/61062a8307c303f1.pdf>)

31. Gibt es aus Ihrer Sicht neben Kohlenstoff- und Wasserspeicherfähigkeit weitere Schutzgüter, die durch den Betrieb von WKA im Forst beeinträchtigt sein könnten? Wie wären diese Schutzgüter im Lichte des dritten Leitsatzes des Bundesverfassungsgerichtsbeschluss (1BvR 2662/21), nach dem die Windkraft einen " faktisch unverzichtbaren Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels leistet", aus Ihrer Sicht abzuwägen. Für wie sinnvoll halten Sie dabei die Formulierungen zur Evaluierungsklausel im Artikel 1 unter Ziffer 4 des Gesetzentwurfs?

Die Prüfung der Beeinträchtigung aller Schutzgüter erfolgt im Rahme des UVPG sowie BNatSchG. Welche Schutzgüter betroffen sind, obliegt der Prüfung des jeweiligen Standortes. Eine Pauschalaussage für die Flächennutzung im Wald kann nicht getroffen werden. Windenergie zählt zu den Erneuerbaren Energien, sie sind im überragenden Öffentlichen Interesse und dienen der Nationalen Sicherheit gemäß § 2 EEG. Damit bedarf es keiner weiteren Evaluierung wie in Artikel 1 unter Ziffer 4 des Gesetzesentwurf ausgeführt. Der Abwägungsvorrang wurde durch den § 2 EEG begründet.



Für Rückfragen sowie den persönlichen Austausch zu den o.g. Fragen und Antworten stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender des  
BWE Landesverband Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?</b>											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>NABU Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Leutra 15</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07751 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	NABU Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutra 15	Postleitzahl, Ort	07751 Jena
Name	Organisationsform										
NABU Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutra 15										
Postleitzahl, Ort	07751 Jena										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Als Natur- u. Umweltschutzverband setzt sich der NABU Thüringen für den Schutz von bedrohten Lebensräumen u. gefährdeten Tier- u. Pflanzenarten, für sauberes Wasser, für reine Luft und einen gesunden Boden ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Stellungnahme zum vierten Gesetz zur Änderung des Thür. Waldgesetzes hier: Anhörungsverfahren gemäß §79 der GO d. Thür. Landtages. Ihr Zeichen: A 6.1/alb - Drs. 7/6811. Wie der Einreicher des Gesetzentwurfes selbst in seiner Einleitung unter "A. Problem und Regelungsbedürfnis" schreibt, fallen nach § 2 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG auch Waldblößen unter die Legaldefinition des Wortes Wald. Daraus ergibt sich unserer Ansicht nach grundsätzlich kein Regelungsbedürfnis im Thüringer Waldgesetz.	

5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert, bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Jena, 16.05.2023

THÜR. LANDTAG POST  
08.05.2023 07:26

12492/2023

## Den Mitgliedern des AfILF

NABU Thüringen • Leutra 15 • 07751 Jena

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und  
Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/2553

zu Drs. 7/6811



Landesverband Thüringen

**Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**  
**hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der GO des Thüringer Landtags**  
**Drs. 7/6811**

Jena, 5. Mai 2023

Sehr geehrter Herr  
sehr geehrte Damen und Herren,

der NABU Thüringen bedankt sich für die Bereitstellung der Unterlagen und die  
Möglichkeit zur Stellungnahme.

Wie der Einreicher des Gesetzentwurfes selbst in seiner Einleitung unter „A.  
Problem und Regelungsbedürfnis“ schreibt, fallen nach § 2 Abs. 2 Satz 1  
ThürWaldG auch Waldblößen unter die Legaldefinition des Wortes Wald. Daraus  
ergibt sich unserer Ansicht nach grundsätzlich kein Regelungsbedürfnis im  
Thüringer Waldgesetz.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen im Einzelnen:

**Änderungsvorschlag Nr. 1** wird abgelehnt, weil kein Regelungsbedürfnis besteht  
(siehe Einleitung des Einreichers des Gesetzentwurfes). Die Definition des  
Bundeswaldgesetzes gilt auch in Thüringen, eine vom Antragsteller befürchtete  
Abweichung Thüringens ist nach § 2 Abs. 3 BWaldG nicht möglich.

**Änderungsvorschlag Nr. 2 a)** ist aufgrund der höchstrichterlichen Entscheidung  
entbehrlich. Auf die Nichtigkeit des Satzes ist in den einschlägigen Online-  
Dokumentationen bereits verwiesen.

**Änderungsvorschlag Nr. 2 b)** wird abgelehnt, weil kein Regelungsbedürfnis  
besteht. Es handelt sich um eine Detaillierung, die nicht gesetzeswürdig ist.

**Änderungsvorschlag Nr. 2 c)** wird entschieden abgelehnt. Die Neuregelung würde  
für jegliche Ersatzaufforstung gelten. Wenn dabei jegliche Aufforstung auf für den  
landwirtschaftlichen Betrieb geeigneten Flächen ausgeschlossen würden und man  
wohl davon ausgehen darf, dass auch Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht für  
Aufforstungen zur Verfügung stehen, können Ersatzaufforstung de facto nicht mehr  
erfolgen oder würden hochwertige Biotopie betreffen, die aus Naturschutzgründen  
in der Regel nicht für eine Aufforstung zur Verfügung stehen oder bereits bewaldet  
sind.

NABU Thüringen  
Leutra 15  
07751 Jena  
Tel. +49 (0)36 41.60 57 04  
Fax +49 (0)36 41.21 54 11  
Lgs@NABU-Thueringen.de  
www.NABU-Thueringen.de

**Naturschutzbund (NABU) Thüringen e.V.**  
Der NABU Thüringen ist ein staatlich  
anerkannter Naturschutzverband  
(nach § 63 BNatSchG) und nimmt Stellung  
zu naturschutzrelevanten Planungen.  
Spenden und Beiträge sind steuerlich  
absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse  
an den NABU Thüringen sind steuerbefreit.



**Änderungsvorschlag Nr. 3** wird abgelehnt, weil kein Regelungsbedürfnis besteht. An Windkraftanlagen, Stromtrassen besteht kein erhöhtes Waldbrandrisiko, dass mit den anderen aufgezählten Anlagen vergleichbar ist.

**Änderungsvorschlag Nr. 4** wird abgelehnt, weil er einen unnötigen Verwaltungsaufwand bedeutet (Bürokratieabbau).

Die ergänzend zum Gesetzentwurf vorgelegten Fragen des Ausschusses beantworten wir wie folgt:

**Nr. 3 und 6:** Wir verweisen auf die vorstehenden Äußerungen zum Gesetzentwurf.

**Nr. 8:** Der Ausschluss von Windkraftanlagen auf Kalamitätsflächen hätte zur Folge, dass die regionalen Planungsgemeinschaften mehr Windvorranggebiete im Offenland oder auf anderen Waldflächen ausweisen müssen, um die gesetzlich vorgegebenen Flächenziele zu erreichen. Die naturschutzfachlichen Konflikte erhöhen sich dadurch möglicherweise, weil dann tendenziell auch solche Bereiche mit höherem artenschutzrechtlichen Konfliktpotential betroffen sein können.

**Nr. 9:** Hierzu liegen wissenschaftliche Ausarbeitungen vor, die sicherlich vom wissenschaftlichen Dienst des Landtages zusammengestellt werden können.

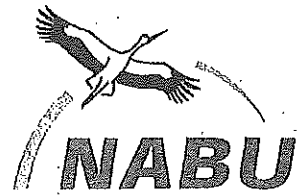
**Nr. 10:** Die Wasserspeicherfähigkeit wird im Bereich des Fundamentes deutlich beeinträchtigt. Der Wirkraum dieser Beeinträchtigung ist aufgrund des Volumens des Fundaments im Vergleich zur Umgebung jedoch sehr klein.

**Nr. 11:** Alle heimischen Fledermausarten sowie windkraftsensible Vogelarten (siehe Helgoländer Papier <http://www.vogelschutzwarten.de/windenergie.htm>) sind besonders von Bau und Betrieb von Windkraftanlagen betroffen.

**Nr. 12:** Auswirkungen auf die genannten Arten Wildkatze, Luchs und Auerwild sind nicht pauschal zu benennen. Beim Auerwild wäre gemäß Helgoländer Papier ein Abstand von 1000 m um die wenigen Vorkommensgebiete bzw. geeigneten Wiederausbreitungsgebiete in Thüringen einzuhalten, um Auswirkungen ausreichend zu verkleinern. Bei den beiden genannten Säugetierarten sind keine direkten Auswirkungen zu erwarten, allerdings können sich Auswirkungen aus der Art und Weise der Anlage und der weiteren Nutzung der Erschließung ergeben.

**Nr. 13:** Die Abstände ergeben sich im Wesentlichen aus dem Helgoländer Papier <http://www.vogelschutzwarten.de/windenergie.htm>.

**Nr. 14:** Diese Frage lässt sich nicht so einfach und pauschal beantworten. Der Untersuchungsumfang ist angepasst an die standort- und vorhabenspezifischen Risiken festzulegen.



**Nr. 15:** Gegen den Bau von WKA im Wald spricht, dass es bei Wald häufig um noch unzerschnittene oder naturschutzfachlich höherwertige Lebensräume handelt und tendenziell eine stärkere Betroffenheit von Fledermäusen und Vögeln zu befürchten ist. Es gibt allerdings auch Waldflächen, die für Natur- und Artenschutz weniger konflikträchtig sind als bestimmte Offenlandflächen. Für den Bau von WKA im Wald spricht daher, dass auch im Offenland erhebliche artenschutzrechtliche Konflikte bestehen und ein pauschaler Ausschluss im Wald dazu führen kann, dass dann auch solche Flächen zur Erfüllung der gesetzlich vorgegebenen Flächenziele für Windvorranggebiete herangezogen werden.

**Nr. 20:** Die entsprechenden Regelungen befinden sich im Bundesnaturschutzgesetz.

**Nr. 21 und 23:** Wir verweisen auf die vorstehenden Äußerungen zum Gesetzentwurf.

**Nr. 25 und 27:** Wir verweisen auf unsere Antwort zu den Fragen 8 und 15.

Für die nicht genannten Fragen sind andere Anzuhörende vermutlich besser auskunftsfähig.

Mit freundlichen Grüßen

14778/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>													
Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes, Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811													
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH</td> <td>GmbH</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mainzerhofstraße 10</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzerhofstraße 10	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt		
	Name	Organisationsform											
	Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH	GmbH											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzerhofstraße 10											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt												
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p>												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse											
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													



3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Die Landesenergieagentur ThEGA informiert und berät Kommunen, Unternehmen und Bürger zu den Themen der Energiewende. Die ThEGA steht für fachliches Know-how, langjährige Erfahrung und anbieterneutrale Beratung. Für die erfolgreiche Umsetzung von Effizienz- und Klimaschutzmaßnahmen bringen wir Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen und tragen so zum Gelingen der energie- und klimapolitischen Ziele Thüringens bei.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Einen Ausschluss der Windenergienutzung im Wald ist aufgrund der Klimaschutzziele und der vorgegebenen Flächenziele nicht zielführend und somit abzulehnen. Des Weiteren kann die Windenergienutzung im Wald einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Umbau von Forstflächen bieten und trägt zudem zur Regionalen Wertschöpfung bei.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

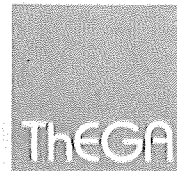
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 31.05.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
08.05.2023 07:50

12499/2023



Thüringer  
Energie- und  
GreenTech  
Agentur

ThEGA | Mainzerhofstraße 10 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss Infrastruktur, Landwirtschaft  
und Forsten

Per Mail an [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Mainzerhofstraße 10, 99084 Erfurt  
Telefon 0361 5603-220  
Telefax 0361 5603-327  
[info@thega.de](mailto:info@thega.de)  
[www.thega.de](http://www.thega.de)

📍 Hofgarage Theaterplatz  
📍 Linie 4, Haltestelle Theater

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Durchwahl

Datum

5. Mai 2023

## Stellungnahme zur Drucksache 7/6811

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Anhörungsverfahren Drucksache 7/6811 (Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes auf Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Thüringen) reichen wir anbei unsere Stellungnahme ein.

Mit freundlichen Grüßen

## **Stellungnahme ThEGA zur Drucksache 7/6811 (Waldgesetzänderung)**

### **1. Allgemeines zu Wind im Wald:**

Mit dem Windflächenbedarfsgesetz hat der Bund 2022 klare und verbindliche Zielvorgaben für den Ausbau der Windenergie zu den Stichtagen 31.12.2027 und 31.12.2032 festgelegt. Thüringen muss bis 2027 1,8% der Landesfläche für Windenergie verbindlich ausweisen und bis 2032 insgesamt 2,2%.

Im September 2022 erklärte das Bundesverfassungsgericht das generelle Verbot der Windenergienutzung in Thüringer Wäldern für verfassungswidrig. Damit gab das Gericht einer Klage von Waldbesitzern statt, die auf ihrem Grund und Boden Windräder errichten wollen. Die Entscheidung setzt die § 10 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Waldgesetzes außer Kraft, wodurch die Waldumwandlung zur Errichtung von Windenergieanlagen wieder möglich ist.

Die Herausforderung für die Thüringer Forstwirte ist, die Wälder für den Klimawandel besser zu wappnen. Dazu müssten die kahl gewordenen Waldflächen nach einer gewissen Ruhezeit mit verschiedenen standortgerechten Baumarten wieder aufgeforstet werden, so dass die Wälder der Zukunft widerstandsfähiger gegen klimawandelbedingte Extremwetterereignisse werden. Außerdem sollten forstliche Monokulturen nach und nach in resilientere Bestände – also struktur- und artenreiche Mischwälder, die mit den Veränderungen durch den Klimawandel besser zurechtkommen – umgebaut werden. Waldbesitzer werden dadurch aktuell vor große Herausforderungen gestellt. Vielerorts fehlen schlicht Geld und Personal, um die teilweise immensen Waldschäden zu beseitigen und gleichzeitig den Waldumbau voranzutreiben.

Unterstützung könnte es hier durch die Windenergienutzung geben: Für den Ausbau der klimafreundlichen Energieerzeugungsform werden seit einigen Jahren vermehrt auch Forstflächen und hier insbesondere die inzwischen entstandenen Kahlfächen in Betracht gezogen. Die Windenergie hilft Waldbesitzern und Forstbetrieben, mit neuen Einnahmequellen die großen, vor allem auch finanziellen Herausforderungen durch Trockenheit, Schädlingsbefall, Waldbrände und Sturmschäden zu meistern. Mit ihren sicher kalkulierbaren Pachteinahmen schafft sie einen Ausgleich zu schwankenden Holzpreisen, eröffnet dringend benötigte Investitionsspielräume für eine klimagerechte Umgestaltung des Waldes und ermöglicht eine zügige Wiederaufforstung von geschädigten Flächen durch Ausgleichsmaßnahmen.

### **2. Allgemeine Ausgangssituation**

Mit einer Gesamtfläche von 11,4 Mio. Hektar ist etwa ein Drittel von Deutschland mit Wald bedeckt. Thüringen entspricht mit rund 34 % in etwa diesem Durchschnittswert. Laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurden im Herbst 2019 rund 180.000 ha als zerstört (nicht geschädigt!) eingeschätzt. Auf Grundlage neuester Daten wurde dieser Wert im Frühjahr 2020 auf 245.000 ha nach oben korrigiert. Das entspricht ungefähr 2,15 % des gesamten Waldbestandes. Hinzu kommen im Zeitraum 2018 bis 2019 rund 105 Mio.

Festmeter Schadholz, für 2020 wird mit weiteren 55 Mio. Festmeter gerechnet. Das bedeutet bei 3 Festmeter pro Baum und rund 300 Bäumen pro Hektar den Verlust von weiteren 180.000 ha Wald.

### 3. Situation in Thüringen

Thüringen liegt beim Waldanteil ziemlich genau im Mittelfeld. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei der Naturnähe analog verhält. Demnach wären nur rund 40 % bedingt naturnah und knapp 24 % entweder kulturbetont oder kulturbestimmt. Zumindest Letztere könnten, soweit nicht andere Kriterien dagegenstehen, für eine Nutzung der Windenergie in Erwägung gezogen werden. Hinsichtlich der Waldschäden waren nach Aussage von ThüringenForst allein im Jahr 2019 durch Borkenkäferbefall etwa 2 Mio. Festmeter stehendes Holz betroffen (TLZ vom 18.08.2020). Nach dem aktuellen Zahlen vom 01.08.2022 liegt die Waldschadensfläche in Thüringen bei ca. 76.700 ha, wobei die Tendenz leider steigend ist.

In Thüringen wurden im Jahr 2017 zwei Windenergieanlagen im Wald errichtet. Im Jahr 2021 kamen zwei weitere hinzu.

### 4. Vorgeschlagene Änderungen im Gesetzestext

***Geplant ist folgende Änderung in §2: In §2 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „auch: die Worte „kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen,“eingefügt.***

Nach § 2 Bundeswaldgesetz gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen ohne Baumbestand als Wald. Daher bedarf es aus unserer Sicht dieser Konkretisierung nicht. Kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen sind auch keine Flächenkulissen, die sich eignen, gesondert im Gesetz erfasst zu werden. Die vorgesehene Ausweitung des Waldbegriffs kann darüber hinaus eine ganze Reihe zusätzlicher Rechtsfolgen und Rechtspflichten nach sich ziehen und zu einer deutlichen Erhöhung des Verfahrens- und Verwaltungsaufwandes führen.

***Geplant ist folgende Änderung in §10 Abs. 2: "Bei der Interessenabwägung sind insbesondere die Möglichkeit der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie die Nutzung von Alternativflächen für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben einzubeziehen."***

Bereits heute setzt gemäß § 10 Abs. 2 ThürWaldG eine dauerhafte Änderung der Nutzungsart des Waldes zwingend eine umfassende Interessenabwägung der berechtigten Interessen des Waldbesitzers und der Belange der Allgemeinheit voraus. Somit hat die geplante Änderung aus rechtlicher Sicht lediglich einen rein deklaratorischen Charakter und wäre aus unserer Sicht nicht notwendig.

***Geplant ist folgende Änderung in §10 Abs. 3: „Die Ausgleichsaufforstung soll nicht auf für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen vorgenommen werden“.***

Gemeint sind hier sicherlich die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Zu Flächen für den landwirtschaftlichen Betrieb gehören weitaus mehr Flächen – z.B. Betriebsflächen, Lagerflächen etc. Hier ist also eine textliche Korrektur notwendig. Statt „.... für den landwirtschaftlich Betrieb bestimmte Flächen“ sollte stehen „.... Soll nicht auch aktuell

landwirtschaftlich genutzten Flächen vorgenommen werden. Wichtig ist an dieser Stelle auch, dass es sich lediglich um eine Soll-Regel handelt.

***Geplant ist folgende Änderung in §12 Abs. 7: „Bei besonderen Gefahrenquellen, insbesondere Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, sind vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz, wie Anlage und Unterhaltung von Schutzstreifen entlang von Eisenbahnlinien und Windkraftanlagen, Stromtrassen und Verkehrswegen, Parkplätzen und Naherholungsgebieten vom Eigentümer oder Betreiber dieser Anlagen auf eigene Kosten durchzuführen. Die Forstbehörden entscheiden, welche vorbeugenden Maßnahmen zur Waldbrandverhütung getroffen werden müssen.“***

Die Regelungen zum Brandschutz in der Thüringer Bauordnung sind aus unserer Sicht ausreichend. In der obergerichtlichen Rechtsprechung wird seit jeher und schon nach bisheriger Rechtslage davon ausgegangen, dass üblicherweise von Windenergieanlagen keine besonderen Brandgefahren ausgehen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG werden im Auftrag des Antragstellers Brandschutzgutachten durch Gutachter erstellt und – falls erforderlich – entsprechende Maßnahmen festgelegt. Die häufigsten Ursachen für Brände im Wald sind natürliche Ursachen und Brandstiftung, siehe hierzu die Waldbrandstatistik der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2021. Die Kosten eines möglichen Waldbrandes trägt nicht der Waldbesitzer, sondern die Versicherung des Betreibers der Windenergieanlage.) Unter der separaten Betrachtung der Informationen der üblichen Waldbrände und der Brände bei Windenergieanlagen zeigt sich, dass einerseits augenscheinlich eine äußerst geringe Brandentstehungsgefahr von Windenergieanlagen im Verhältnis der dazu errichteten Objekte vorhanden ist und andererseits ebenso zu den Waldbränden insgesamt. Des Weiteren kann im Zuge der Errichtung von WEA im Wald im Genehmigungsverfahren die Schaffung von Einrichtungen der Löschwasserbereitstellung vorgeschrieben werden. Diese könnten auch für Waldbrände jeglicher Ursache (Windenergieanlagen waren bisher keine Auslöser) genutzt werden.

5. Beantwortung des Fragenkataloges zum Beratungsgegenstand „Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

1. Wie viele Windkraftanlagen mit welcher Höhe und Nennleistung werden nach Kenntnis auf Kalamitätsflächen im Wald Thüringen geplant oder dafür in Frage?

Auf Kalamitätsflächen gibt es nach unserer Kenntnis keine gesonderten Einschränkungen in Bezug auf Höhe und Nennleistung. Kalamitätsflächen weisen keine anderen standortsplanungsrelevanten Kriterien im Vergleich anderer Waldstandorte auf. Für eine Aussage zur Anzahl, der Höhe und Nennleistung der in Thüringen geplanten Windenergieanlagen auf Kalamitätsflächen gibt es aktuell keine hinreichende Datengrundlage. Empfehlung wäre hier regelmäßig die Abfrage bei ThüringenForst, da dort die aktuellen Schadflächen sowie der Waldzustandsbericht abgefragt werden können.

2. Welche Kalamitätsflächen welcher Größe sind Ihrer Kenntnis nach für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen aus welchen Gründen geeignet respektive geplant?

Für den Bau und Betrieb einer WEA wird im Wald eine Fläche von ca. 0,46 ha dauerhaft in Anspruch genommen sowie ca. 0,44 ha temporär. Die Eignung dieser Flächen bedingt sich maßgeblich durch die technische Bebaubarkeit (Hangneigung, Bodenverhältnis, Erschließbarkeit).

Weitere Details dazu finden Sie in der Publikation der Fachagentur Windenergie an Land unter:

[https://www.fachagenturwindenergie.de/fileadmin/files/Windenergie im Wald/FA-Wind Analyse Wind im Wald 8Auflage 2023.pdf](https://www.fachagenturwindenergie.de/fileadmin/files/Windenergie_im_Wald/FA-Wind_Analyse_Wind_im_Wald_8Auflage_2023.pdf)

3. Welche Notwendigkeit gibt es aus Sicht, Kalamitätsflächen wie unter Artikel 1, Ziffer 1 des Gesetzesentwurfs zu definieren?

Nach § 2 Bundeswaldgesetz gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen ohne Baumbestand als Wald.

Auszug Bundeswaldgesetz §2:

(1) Wald im Sinne dieses Gesetzes ist jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche. Als Wald gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildäsnungsplätze, Holzlagerplätze sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen.

4. Welche Flächen- und Energieanteile an der Windkraft auszuweisenden Fläche in Thüringen würde durch die Nutzung von Wald respektive Kalamitätsflächen ihrer Kenntnis nach abgedeckt?

Hierzu können wir aufgrund fehlender Datengrundlage derzeit keine Aussagen treffen. Empfehlenswert wäre die Abstimmung oder Einbindung des ThüringerForst.

5. Welche Umsetzungsschwierigkeiten sehen Sie bezüglich des vorliegenden Gesetzesentwurf?

Bisher erschließt sich uns nicht der Sinn und Zweck der vorgeschlagenen Änderungen des Thüringer Waldgesetzes nicht. Vielmehr kann es zu weiteren Verzögerungen beim dringend notwendig beschleunigten Ausbau von Windenergieanlagenanlagen im Wald kommen und trägt daher auch nicht aktiv zum Erreichen der nationalen und internationalen Klimaziele bei.

6. Aus welchen Gründen eignen sich Kalamitätsflächen grundsätzlich als Standort für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen und aus welchen Gründen eignen Sie sich grundsätzlich nicht?

Kalamitätsflächen weisen keine Besonderheiten für den Bau und Betrieb von WEA auf. Die derzeitigen Planungs- und Genehmigungsgeschwindigkeiten eignen sich nicht, um durch die Kalamitätsflächen einen besonderen Nutzen zu ziehen. Lediglich die Tatsache, dass diese Flächen bereits gerodet sind, stellt einen gewissen Kostenvorteil im Vergleich zu bewaldeten Flächen dar. Von Erfassung der Kalamitätsfläche bis zu einem möglichen Bau einer WKA vergehen derzeit einige Jahre. Die Wiederaufforstung dieser Flächen ergibt sich aus §23 ThürWaldG. Diese Flächen müssen innerhalb 6 Jahren wiederaufgeforstet werden bzw. die natürliche Sukzession gefördert werden.

7. Welche Anpassungsmaßnahmen hätte der Bau und Betrieb weiterer Windkraftanlagen im Wald auf das Thüringer Klimagesetz/ auf die Regionalplanung/ auf die Abschlussplanung respektive auf das Jagdgesetz / auf eventuell bestehenden Schutzzonen / auf die Wiederaufforstung / auf welche anderen Paragraphen im Thüringer Waldgesetz / auf welche Landesverordnungen?

*Hier kann die ThEGA keine tiefgreifenden Aussagen treffen. Dies sollte bei den jeweiligen Akteuren oder gesetzgebenden Institutionen abgefragt werden*

8. Welche Auswirkung ergeben sich aus dem Gesetzesentwurf für die Regionalplanung bei der Ausweisung von Windkraft-Vorranggebieten?

Dies sollte die Regionale Planungsgemeinschaft beantworten können

9. Welche Auswirkung hat Ihrer Kenntnis nach dem Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald auf Flora / Fauna/ Bodenbeschaffenheit, Mikroklima und Wasserhaushalt des Waldes?

Im Rahmen der forstrechtlichen und naturschutzfachlichen Kompensation ist eine Beschleunigung des Umbaus des Waldes zu klima- und feuerresistenten Beständen möglich. Dies gilt insbesondere bei Nadelholzreinbeständen. Während der Bauphase der WEA kommt es zur Vergrämung bestimmter Wildtiere, danach stellt sich ein Gewöhnungseffekt bei den Tieren ein. Dies ist durch verschiedene Studien belegt. In der Studie von REICHENBACH, M. et al. (2015) „Bau- und Betriebsmonitoring von Windenergieanlagen im Wald. Abschlussbericht 30.11.2015“, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde für keine Vogelart signifikante Unterschiede bei den Brutbeständen zwischen Windpark und Referenzgebiet festgestellt. "In Hinblick auf die erste Hypothese lässt sich somit folgern, dass an die Rodungsflächen angrenzende Waldbereiche keine grundlegende Veränderung der Brutvogelzönosen zeigen." Bei den Fledermäusen kommt die Studie zu folgender Einschätzung: "Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass für den vorliegenden Datensatz die Unterschiede zwischen Wald- und Offenlandstandorten in Hinblick auf die Artzusammensetzung und die Höhe der Fledermausaktivität sehr gering ausfallen. Der Waldanteil im 500 m Radius hatte nur bei einer regionalen Betrachtung einen signifikanten Einfluss auf die Fledermausaktivität, mit einer signifikant höheren Aktivität bei höherem Waldanteil für die Zwergfledermaus im Westen. Zudem wurden typische Waldfledermausarten der Gattungen Myotis und Plecotus in Gondelhöhe über Wäldern wie auch im Offenland vergleichbar selten aufgenommen."

10. Wie stark wird die Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens durch Windkraftanlagen beeinträchtigt?

Die Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens wird punktuell am Standort des Fundaments (maximal ca. 600 m<sup>2</sup>) geringfügig beeinträchtigt. Die Gesamtbilanz der Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens wird, nach vorliegenden Erkenntnissen, durch die Kleinteiligkeit des Eingriffs nicht beeinträchtigt. Bei Sonderstandorten mit einer markanten hydrogeologischen Beschaffenheit werden Vermeidungsmaßnahmen getroffen, damit die Wasserspeicherfähigkeit des Waldbodens nicht beeinträchtigt wird.

11. Welche Wildtiere und insbesondere, welche geschützten Arten sind respektive wären vom weiteren Bau und Betrieb von Windkraftanlagen betroffen bzw. gefährdet?

Betroffen wären vor allem Vögel und Fledermäuse (wie auch bei Windparks im Offenland). Standortabhängig können weitere geschützte Tierarten wie z.B. die Haselmaus betroffen sein. Die größten Beeinträchtigungen auf die Tierwelt stellt der Bau der WEA dar. Es kann zu einem Lebensraumverlust im Bereich der Fundamente und der Zuwegung der WEA kommen, dieser ist aber sehr kleinteilig. Durch geeignete Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen



können die Beeinträchtigung auf die Wildtiere aber stark reduziert werden. Das größte Störpotenzial geht vom Menschen aus.

12. Wie würde sich der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf die Auswilderungs- und Wiederansiedlungsprojekte (beispielsweise: Wildkatze, Luchs, Auerwild) respektive auf Projektarten auswirken und welche Maßnahmen müssten verbindlich getroffen werden, damit Arten respektive Projekte nicht negative beeinflusst oder gefährdet werden?

Aus Untersuchungen in Baden-Württemberg weiß man, das Auerwild einen Meideabstand von ca. 650 m zu WEA einhält. Die stärkere Meidung geht aber von der Wegeinfrastruktur aus, da Auerwild sehr störungssensibel ist. In Schweden konnte kein Einfluss der WEA auf den Reproduktionserfolg von Auerhühnern festgestellt werden vgl. hierzu Coppes et al. 2019: „Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Auerhühner.“ Hrsg.: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. Wildkatzen gewöhnen sich recht schnell an den Betrieb der WEA. Das Störpotenzial ist am größten während der Bauphase.

13. Welche Mindestabstände zu den Brutplätzen (welche Vogelarten) müssten bestehen, damit Windkraftanlagen im Wald diese Arten nicht negative beeinflussen oder Bestand gefährden?

Bei Untersuchungen in Hessen stellt man bei Schwarzstörchen ein Meidungsabstand zwischen WEA und Brutplatz von ca. 300 m fest. Daher ist eine Horstschutzzone von 500 m für Schwarzstörche sinnvoll und ausreichend.

14. Welche naturschutzfachlichen und insbesondere avifaunistischen Gutachten mit welcher Aktualisierungsfrequenz müssen Ihrer Ansicht nach für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald (verbindlich) von den Behörden hinzugezogen werden?

Einmalige Faunistische Untersuchungen innerhalb eines Jahreszyklus, welche den Eingriffsbereich und einen Radius von 500m um die WEA und 100m um die Zuwegung abdecken, scheinen angebracht. Die Untersuchungen sollten nach anerkannten Kartierungsmethoden wie z.B. für Vögel nach Südbeck et al (2015) erfolgen. Biotoptypenkartierung der Eingriffsflächen mit Aufnahme der natürlichen Sukzession sollte 1x erfolgen, kommt es zu Veränderung der Biotopausstattung sollte eine Nachkartierung erfolgen.

15. Welche Argumente sprechen aus Ihrer sich grundsätzlich für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald und welche wirtschaftlichen Nachteile könnte daraus resultieren?

Aus dem Bau und Betrieb von WKA im Wald resultieren keine nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen. Der Verlust der Holzbodenfläche durch die Zuwegung und dem WEA-Standort werden durch die Pachteinahmen des Flächeneigentümers vollständig überkompensiert. Zudem fördert der naturschutzrechtliche und forstrechtliche Ausgleich den Waldumbau hin zu klimaresistenten und feuerresistenten Laub- Laubmischwaldbeständen. Durch den Kompensationsfaktor von mindestens 1:1 wird immer ein Flächengewinn für den Wald generiert.

16. Welche Einschränkungen ergeben sich aus dem Gesetzesentwurf für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer und welche wirtschaftlichen Nachteile könnten

daraus resultieren?

Die Vitalität der Wälder in Thüringen nimmt immer weiter ab. Im Waldzustandsbericht von Thüringen von 2022 wurden nur noch 18 % gesunde Bäume in den Thüringen Wäldern ermittelt. Der Waldbesitzer hat es immer schwerer, die Waldfunktion nach § 2 ThürWaldG zu erfüllen. Zudem sinken die Einnahmen durch den Holzeinschlag durch das extrem hohe Schadholzaufkommen der vergangenen Jahre. Immense Wiederaufforstungen führten zu einer extremen Verknappung bzw. kompletter Nichtverfügbarkeit von geeigneten Pflanzgut. Hierbei sei zu nennen, dass die Kosten der Pflanzgutbeschaffung exorbitant gestiegen sind. Durch den Gesetzesentwurf werden dem Waldbesitzer die Möglichkeit genommen, eine weitere Einnahmequelle durch Pachteinahmen von WKA-Betreibern zu generieren. Der Gesetzesentwurf stellt eine extreme Benachteiligung von Waldbesitzern im Vergleich von Besitzern von Offenland dar.

17. Welche Herausforderung im Fall eines Anlagenbrandes stellt der Bau und Betrieb im Wald dar?

Windenergieanlagen werden im Wald in der Regel mit Brandlöschanlage ausgestattet (für Brände innerhalb einer WEA). Es wird zudem wird ein detailliertes Brandschutzkonzept erstellt, welches ggf. auch den Bau von Anlagen zur Wasserbevorratung beinhaltet. Durch die Erschließung der WEA wird das Wegenetz ertüchtigt bzw. ausgebaut und führt dazu zu einer verbesserten Erreichbarkeit von Brandherden jeglicher Gefahrenquellen und Ursachen.

18. Welche Notwendigkeit gibt es aus Ihrer Sicht für eine zusätzliche Aufnahme des Brandschutzes wie unter Artikel 1 Ziffer 3 des Gesetzesentwurfs formuliert? Halten Sie die derzeitigen Regelungen zur Abwehr von Brandgefahren im Forstgebieten für ausreichend?  
Für wie verhältnismäßig halten Sie die Unterhaltung von Schutzstreifen?

Die Aufnahme von besondere Gefahrquellen wie Windenergieanlagen kann unter Umständen Sinn machen. Grundsätzlich ist es aber absolut unverhältnismäßig, Waldeigentümer zusätzliche Auflagen und damit Verlust von bestockter Holzbodenfläche aufzuerlegen. Der Wald hat diverse Ökosystemdienstleistungen und dient dadurch der Allgemeinheit. Daher muss die Allgemeinheit auch für die Kosten möglicher Schutzmaßnahmen aufkommen. Es kann nicht sein, dass dem Waldbesitzer die Einnahmequelle der Windenergienutzung im Wald genommen wird und dieser zusätzlich noch Schutzstreifen auf eigene Kosten anlegen muss.

19. Wie schätzen Sie das Gefahrenpotenzial von Windkraftanlagen (beispielweise durch Brände) für Waldflächen ein und welche erhöhten Kosten kommen Ihrer Auffassung nach auf die Besitzer entsprechender Waldflächen zu?

Die häufigsten Ursachen für Brände im Wald sind natürliche Ursachen und Brandstiftung - siehe hierzu Waldbrandstatistik der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2021. Die Kosten eines möglichen Waldbrandes trägt nicht der Waldbesitzer, sondern die Versicherung des Betreibers (in diesem Fall WKA-Betreiber). Unter der separaten Betrachtung der Informationen der üblichen Waldbrände und der Brände bei Windenergieanlagen zeigt sich, dass einerseits augenscheinlich eine äußerst geringe Brandentstehungsgefahr von Windenergieanlagen im Verhältnis der dazu errichteten Anlagen vorhanden ist, andererseits ebenso zu den Waldbränden insgesamt.

20. Welche Ausgleichsmaßnahmen müssen beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erfolgen?

Der Bau und Betrieb einer Windenergieanlage ist nur unter der Einhaltung der entsprechenden Fachgesetze zulässig. Für jeden Eingriff in den Naturhaushalt und die Landschaft ist dieser gemäß des BNatSchGs zu vermeiden, zu vermindern und auszugleichen bzw. zu ersetzen. Im Rahmen des Genehmigungsantrags werden alle Naturgüter (Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Wechselwirkungen usw.) betrachtet und naturgutspezifische Schutzkonzepte erstellt. Bei WEAs handelt es sich meist auch um eine UVPG-pflichtiges Vorhaben. Dadurch werden auch noch die Schutzgüter Mensch - insbesondere die menschliche Gesundheit- , Fläche, biologische Vielfalt, kulturelles Erbe und Sachgüter analysiert und bewertet. Die Art der Ausgleichmaßnahmen ergibt sich daher standortbezogen und ist nicht pauschal zu benennen. Für die Waldflächen, für die eine Waldumwandlungsgenehmigung notwendig ist, ergibt sich dann auch der Kompensationsbedarf für Wiederaufforstung, Erstaufforstung oder ökologischen Waldumbau.

21. Wie bewerten Sie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen bei der Errichtung von WKA im Wald?

Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für die notwendige Ausgleichsmaßnahme sehen wir grundsätzlich unkritisch. Wenn auf landwirtschaftlichen Flächen z.B. aufwertende Maßnahmen für von WEA-Betrieb beeinträchtigte Arten umgesetzt werden, ist das positiv. Der Landwirt erhält weiterhin die Möglichkeit zu Bewirtschaftung (ggf. unter Einschränkung) zudem werden multifunktionale Verbesserung von Schutzgütern auf dieser Fläche umgesetzt. Eine Erstaufforstung sollte möglich nur im geringen Maße erfolgen. Hier sollte der Schwerpunkt auf die Anrechenbarkeit von ökologischen Waldumbau im forstrechtlichen Maßnahmenkonzept im Mittelpunkt stehen.

22. Wie bewerten Sie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen im Vergleich zum Flächenverbrauch bei einer direkten Errichtung von Windkraftanlagen auf diesen Flächen?

Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen durch Ausgleichmaßnahmen kann deutlich geringer ausfallen als die direkte Errichtung von WKA auf der landwirtschaftlichen Fläche. Ausgleichmaßnahmen können auf landwirtschaftlichen Flächen meist nur zu einer minimalen Beeinträchtigung der Bewirtschaftung führen. Mögliche Maßnahmen können z. B. Feldhecken, Baumreihen, eine Extensivierung der Nutzungsart, Umwandlung von Acker in Grünland und vieles mehr sein. Im Vergleich ist ein Ausgleich der naturschutzfachlichen Aspekte nur mit einem entsprechenden räumlichen Abstand zum Errichtungsort der WEA auf der landwirtschaftlichen Fläche möglich, um keinen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand auszulösen.

23. Für wie geeignet halten Sie die im Gesetzesentwurf unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagenen Regelungen zu den Ausgleichflächen? Sollten landwirtschaftliche Flächen Ihrer Meinung nach überhaupt per Gesetz als Ausgleichflächen ausgeschlossen werden? Wie würden sich die Flächenkulisse für Ausgleichsaufforstungen verändern?

Ein pauschaler Ausschluss von landwirtschaftlichen Flächen ist nicht praktikabel. Ausgleichsaufforstungen sollten dem ökologischen Waldumbau gleichgesetzt werden

und naturschutzfachlich anerkannt werden.

24. Liegen die unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagenen Regelungen zu den Ausgleichflächen innerhalb des durch den Verfassungsgerichtsbeschluss gesetzten Rahmen zu Naturschutz und Landschaftspflege und liegen diese somit überhaupt in der Gesetzgebungskompetenz des Landes?

Hierzu kann keine Aussage getroffen werden.

25. Welche Auswirkungen ergeben sich aus dem durch den Gesetzesentwurf intendierten Ausschluss von Waldflächen auf die Ausweisung von Flächenpotenzialen im Offenland?

Es ergibt sich unausweichlich eine höhere Belastung der Bevölkerung in den dichter besiedelten Gebieten des Offenlands. Ein gesetzlich verordnetes Verbot von WEA im Wald wird letztlich erneut juristische Schritte und Verfahren nach sich ziehen (z.B. erneute Verfassungsbeschwerde von Waldeigentümern). Mit hoher Wahrscheinlichkeit würden solche Regelungen erneut vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt werden.

26. Welche Schwierigkeiten sehen Sie bezüglich des Baus und Betriebs von WKA im Wald bezüglich einer anschließendem Wiederaufforstung und einer anschließenden Bewirtschaftung und Gewinnmöglichkeiten durch Holzernte (beispielsweise durch das Fundament der Anlage)?

Es bestehen keine Schwierigkeiten bezüglich der Wiederaufforstung nach vollständigem Rückbau der WEA. Von Gewinnmöglichkeiten durch Holzernte auf den wiederaufgeforsteten Flächen zu sprechen ist etwas sehr überspitzt formuliert. Die Gewinnmöglichkeiten auf den ca. 0,46 ha wiederaufgeforsteten Flächen nach dem vollständigen Rückbau der WEA lassen sich frühestens nach ca. 80 - 120 Jahren Umtriebszeit generieren. Durch den höheren Laubholzanteil ist mit höheren Umtriebszeiten zu rechnen.

27. Welche Alternative bestehen Ihrer Kenntnis nach zum Bau und Betrieb von WKA im Wald, insofern die Umsetzung des Flächenziels des Landes/ Bundes für WKA respektive EE konsequent verfolgt wird?

Es bestehen keine Alternativen, um die Gemeinschaft flächendeckend an der Umsetzung der Energiewende teilhaben zu lassen. Hier sei beispielsweise der § 6 EEG genannt (Zahlung von 0,2 Cent pro erzeugte kWh an Kommunen im 2,5 km Umkreis).

28. Welche CO<sub>2</sub>-Menge wird durch den Bau und Betrieb von WKA erzeugt und welche CO<sub>2</sub>-Menge wird durch den Bau und Betrieb von WKA eingespart? Wie ist diesbezüglich eine Rodung oder kleinteilige Baumfällung zu beurteilen / einzufügen?

Eine moderne WEA mit ca. 6,0 MW Leistung hat eine energetische Amortisationszeit von ca. 8 Monaten. Das bedeutet bei einer durchschnittlichen Einsparung von ca. 12.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr sind alle Emission der Herstellung, des Transports, der Wartung und des Rückbaus nach 8 Monaten ausgeglichen. Das bedeutet: ab dem neunten Monate Betriebsdauer ist der Betrieb des WKA CO<sub>2</sub>-neutral. Zudem wird die energetische Amortisationszeit immer geringer durch den Einsatz von

Erneuerbaren Energien im Herstellungsprozess (z.B. grüner Stahl). Überschlägig lässt sich sagen, dass ein Hektar Wald über alle Altersklassen ca. 6 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr speichert. Das bedeutet im Klartext, dass die WEA durch den Betrieb das 2.000-fache an CO<sub>2</sub>-Einsparung im Vergleich des Verlustes der Holzbodenfläche ermöglicht. Hierbei wird noch angemerkt, dass die CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeit für die nötigen forstrechtlichen Kompensationsflächen dabei noch nicht eingerechnet ist. Dies würde sich zunehmend positiv auf die WEA-Bilanz anrechnen lassen.

29. Wie stark wird die Kohlenstoffspeicherfähigkeit des Waldbodens durch die WKA beeinträchtigt? Wie hoch sind die CO<sub>2</sub>-Vermeidungspotenziale durch den Betrieb einer WKA im Forst im Vergleich zur CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeit des Waldbodens auf der gleichen Fläche?

Die Kohlenstoffspeicherfähigkeit des Waldbodens hängt sehr stark von der Nutzung und der Baumartenzusammensetzung zusammen. Hier können analog die Ausführungen von Frage 28 herangezogen werden.

30. Welche Folgen hätten Bau und Betrieb weiterer WKA im Wald in Thüringen Ihrer Kenntnis nach auf den ländlichen Raum/ die Naherholung/ das Landschaftsbild / den Tourismus?

Der Bau und Betrieb hätten eine Stärkung des ländlichen Raumes zur Folge. Gemeinden partizipieren an der Energiewende durch den § 6 EEG. Für Gewerbe und Industriestandorte kann die Windenergienutzung zum Standortvorteil werden, wenn die Region über eine 100% Versorgung durch EE-Strom (z. B. Direktvermarktung) verfügen. Die Naherholung sowie der Tourismus können ggf. in der Bauphase beeinträchtigt werden. Studien belegen, dass nicht von einem Tourismusdefizit durch WEA auszugehen ist. Die Anlagen haben zweifelsohne einen Eingriff in das Landschaftsbild zur Folge, welche auch nicht durch einen Realausgleich kompensierbar sind (siehe hierzu § 13 BKompV).

(<https://www.windindustrie-in-deutschland.de/f/4842/0/62b9b61e4cb7fd7c0f7703f3/61062a8307c303f1.pdf>)

31. Gibt es aus Ihrer Sicht neben Kohlenstoff- und Wasserspeicherfähigkeit weitere Schutzgüter, die durch den Betrieb von WKA im Forst beeinträchtigt sein könnten? Wie wären diese Schutzgüter im Lichte des dritten Leitsatzes des Bundesverfassungsgerichtsbeschlusses (1BvR 2662/21), nach dem die Windkraft einen " faktisch unverzichtbaren Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels leistet", aus Ihrer Sicht abzuwägen. Für wie sinnvoll halten Sie dabei die Formulierungen zur Evaluierungsklausel im Artikel 1 unter Ziffer 4 des Gesetzentwurfs?

Die Prüfung der Beeinträchtigung aller Schutzgüter erfolgt im Rahme des UVPG sowie BNatSchG. Welche Schutzgüter betroffen sind, obliegt der Prüfung des jeweiligen Standortes. Eine Pauschaussage für die Flächennutzung Wald kann nicht getroffen werden. Windkraft zählt zu den Erneuerbaren Energien sind im überragenden Öffentlichen Interesse und dienen der Nationalen Sicherheit gemäß § 2 EEG. Damit bedarf es keiner weiteren Evaluierung wie in Artikel 1 unter Ziffer 4 des Gesetzesentwurf ausgeführt. Der Abwägungsvorrang wurde durch den § 2 EEG begründet.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
<b>1.</b>	Name	Organisationsform
	Familienbetriebe Land und Forst Sachsen und Thüringen e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Salzstraße 73
	Postleitzahl, Ort	09113 Chemnitz
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
<b>2.</b>	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?</b>											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Trommsdorffstr. 5</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>↓</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>88086 Gpfr</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Trommsdorffstr. 5	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓	Postleitzahl, Ort	88086 Gpfr
Name	Organisationsform										
	Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Trommsdorffstr. 5										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓										
Postleitzahl, Ort	88086 Gpfr										


THÜR. LANDTAG POST  
09.06.2023 11:24

155A912023

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG) <i>nein</i>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Stellungnahme wurde als Vorarbeit eingereicht!</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Siehe Stellungnahme</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers</b> mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert, bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
ERM, 01.06.2022	

Abs.: BUND Thüringen, Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft  
und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Landesverband  
Thüringen e.V.

Fon 0361/5550310  
Fax 0361/5550319

bund.thueringen@bund.net  
www.bund-thueringen.de

05.05.2023

THÜR. LANDTAG POST  
05.05.2023 13:52

12486/2023

**Schriftliche Stellungnahme des BUND Thüringen – Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages –  
Drucksache 7/6811**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum genannten Sachverhalt Stellung zu nehmen.

Bevor wir auf Ihren Gesetzentwurf im Einzelnen eingehen, möchten wir kurz die grundsätzliche Position des BUND zur Windkraft im Wald, die ja ausweislich der Begründung wesentlicher Anlass für den Gesetzentwurf ist, formulieren:

Die Delegiertenkonferenz des BUND-Bundesverbandes hat im November 2019 in einem Beschluss eine umfangreiche und differenzierte Position des BUND zum Umgang mit der Windenergie im Wald formuliert: Beschluss Windkraft im Wald

Darin wird der ökologischen Bedeutung der Wälder Rechnung getragen und u.a. ein Katalog von Flächen benannt, in denen Windenergieanlagen im Wald grundsätzlich auszuschließen sind.

Auch darüber hinaus sieht der BUND den Wald als Standort für Windenergieanlagen aufgrund seiner relativen Naturnähe, seiner Bedeutung für die Erholung und seiner ökologischen Wertigkeit und Funktionen als schützenswert und insgesamt nachrangigen Standort für bauliche Anlagen jeder Art, also auch Windenergieanlagen, an. Der BUND setzt sich zudem dafür ein, dass bereits vorbelastete Flächen prioritär behandelt (bspw. Entlang von Autobahnen).

Dem steht gegenüber, dass aus Klimaschutzgründen der Ausbau der Windenergie dringend vorangetrieben werden muss. Die Bundesregierung, der bekanntlich auch die FDP angehört, hat mit dem vom Bundestag im Sommer 2022 beschlossenen "Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (Windenergieflächenbedarfsgesetz – WindBG)" dafür Vorgaben formuliert, die letztlich für Thüringen einen Flächenanteil von 2.2% vorsehen, der zur Nutzung für die Windenergie bis zum Ende des Jahre 2032 planerisch zu sichern ist. Eine Steuerung dieser Flächen im Einzelnen soll über die Raum- und

Bauleitplanung erfolgen. Es kann nicht Aufgabe des Waldgesetzes sein, einen Ausbau der Windenergie im Wald grundsätzlich oder auf den naheliegenden und in der Diskussion befindlichen unbestockten Flächen zu verhindern. Dies ist über das Planungsrecht ausgewogen zu steuern.

Die Ausführung zur fortdauernden Waldeigenschaft von unbestockten, geschädigten oder gerodeten Waldflächen sind formal richtig und es liegt auch im Interesse des Naturschutzes, dass durch Schädigung und/oder Rodung nicht mit Gehölzen bestockte Waldflächen ihre Waldeigenschaft weiter behalten: jede andere Regelung würde einen Waldverlust, ggf. auch durch illegale Maßnahmen begünstigen.

Was die für eine Entscheidung über eine Waldumwandlungsgenehmigung aus Sicht des BUND besonders relevanten ökologischen Funktionen, insbesondere auch als Lebensraum angeht, sind aber unbestockte Waldflächen i.d.R. erheblich negativer zu beurteilen als naturnahe, voll bestockte Bestände. Sofern Waldbestände für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden, bietet es sich also vielfach an, auf ohnehin unbestockte oder aus Gründen der Holzernte zeitnah einzuschlagende Bestände zurückzugreifen. Es ist daher sachlich geboten, diese Unterscheidung zu treffen und bestockungsfreie Waldflächen prioritär für eine Waldumwandlung ins Auge zu fassen. Selbstverständlich ersetzt diese Priorisierung nicht eine Prüfung des Einzelfalls nach den ökologischen und forstlichen Bedingungen vor Ort im Rahmen der weiterhin notwendigen Waldumwandlungsgenehmigung.

#### **Zu dem Gesetzentwurf im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:**

##### **Zu Nr. 1**

Diese Ergänzung ist u.E. überflüssig, da die Waldeigenschaft *vorübergehend* unbestockter Waldflächen generell nicht in Frage gestellt wird und die Aufnahme einer anderen Nutzung auf solchen Flächen u.E. unstreitig einer Waldumwandlungsgenehmigung nach § 10 bedarf.

##### **Zu Nr. 2**

Buchstabe a) Doppelbuchstabe aa): Diese Änderung setzt die sich aus dem Beschluss des BVerfG, vom 27. September 2022, Az. 1 BvR 2661/21, ergebende Rechtsfolge um und ist zur Konsolidierung des Gesetzestextes zweckmäßig, ebenso die Folgeänderungen unter Doppelbuchstabe bb).

Buchst. b): Diese Änderung ist teils überflüssig, teils eine sachlich nicht angemessene Steuerung der Abwägung. Es gibt keinen Grund, die Möglichkeit einer Aufforstung, die gerade auf durch natürliche Prozesse wie Trockenheit geschädigten Waldflächen nicht immer gesichert ist, in der Abwägung *besonders* zu berücksichtigen. Dies ist eine Option, die aber z.B. weniger Gewicht als eine Beeinträchtigung bestehender naturnaher Altbestände oder Wäldern mit besonderer Funktion hat. Ebenso ist es selbstverständlich, dass bei einer Waldumwandlungsgenehmigung Standortalternativen für nicht standortgebundene Vorhaben im rechtlich gegebenen Umfang berücksichtigt und in die Abwägung mit den forstlichen und Naturschutz-Belangen einbezogen werden.

Buchst. c): Die Ergänzung, dass evtl. Ausgleichsmaßnahmen für die Umwandlung von Waldflächen nicht auf landwirtschaftlichen Flächen erfolgen dürfen, wird abgelehnt. Sofern Ausgleichsmaßnahmen in Form von Aufforstungen oder Sukzession erforderlich sind, um neue Waldflächen zu entwickeln, müssen diese, um forstlich und naturschutzfachlich sinnvoll planbar zu sein, ggf. auch auf landwirtschaftlichen Nutzflächen möglich sein, etwa in waldarmen Gebieten oder zur Erweiterung bestehender Waldflächen. Es bestehen angesichts des Flächenanteils der Landwirtschaft an der Gesamtfläche Thüringens Bedenken, dass durch diesen Zusatz Ausgleichsmaßnahmen nicht realisiert werden könnten – dies würde gerade nicht dem angestrebten Walderhalt

dienen. Zudem ist im Hinblick auf die Betonung der Eigentümerrechte im Beschluss des BVerfG zum ThürWaldG darauf hinzuweisen, dass diese Aufforstungen ja jeweils in vollem Einvernehmen oder auf Initiative des Grundbesitzers erfolgen werden. Im Übrigen ist unter Bezugnahme auf die Begründung des Gesetzentwurfs anzuführen, dass alternative Standorte für Windenergieanlagen außerhalb des Waldes i.d.R. ebenfalls landwirtschaftliche Nutzfläche in Anspruch nehmen würden.

Zu Nr. 3

Der BUND Thüringen begrüßt grundsätzlich, gerade vor dem Hintergrund wachsender Gefahren durch den Klimawandel, Überlegungen und Maßnahmen zur Verbesserung des Waldbrandschutzes. Die vorgeschlagene Regelung überlässt es jedoch ohne nähere Vorgaben oder Einbindungen in ein Gesamtkonzept allein der Forstbehörde, hier Auflagen zu formulieren. Dies birgt die Gefahr einseitiger und interessegeleiteter Entscheidungen und vernachlässigt den Einfluss, den der Forstbetrieb etwa mit der Baumartenwahl auf das Waldbrandrisiko hat. Unseres Erachtens müsste eine solche Regelung präziser gefasst und mit Kriterien zum Interessenausgleich untersetzt werden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Landesgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?</b>											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (THEEN)</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Schmidtstedter Str. 1</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (THEEN)	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Schmidtstedter Str. 1	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (THEEN)	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Schmidtstedter Str. 1										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	

- Der Ausschluss der Wälder, die 1/3 der Thüringer Landesfläche einnehmen, würde dazu führen, dass mehr Landesfläche für Windenergie im Offenland bereitgestellt werden muss.
- Kalamitätsflächen wie unter Artikel 1, Ziffer 1 zu definieren, besteht aus unserer Perspektive keine Notwendigkeit, da bereits nach §2 Bundeswaldgesetz auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen ohne Baumbestand als Wald gelten.
- Der Gesetzentwurf dient in keiner Weise dem beschleunigten Windenergieausbau. Windenergieanlagen auch im Wald sind in Thüringen zur Erreichung der Flächenziele zwingend notwendig.



5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 24.05.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
05.05.2023 13:18

12482/2023

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft  
und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

05. Mai 2023

### **Stellungnahme zur geplanten Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

#### **Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP –

– Drucksache 7/6811 –

hier: Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer  
Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (ThEEN) e.V. gibt hiermit zu  
dem oben genannten Gesetzentwurf folgende Stellungnahme ab:

Der ThEEN und seine Mitglieder vertreten das Ziel 100% Erneuerbare Energien bei der Energieversorgung. Der deutliche Ausbau aller Erneuerbaren Energien ist eine der wichtigsten Säulen des Klimaschutzes, um die globale Erwärmung einzudämmen und die Folgen, die insbesondere auch unsere Wälder bedrohen, so gering wie möglich zu halten. Der Ausschluss der Wälder, die 1/3 der Thüringer Landesfläche einnehmen, würde dazu führen, dass mehr Landesfläche für Windenergie im Offenland bereitgestellt werden muss.

Mit dem Windflächenbedarfsgesetz hat der Bund 2022 klare und verbindliche Zielvorgaben für den Ausbau der Windenergie zu den Stichtagen 31.12.2027 und 31.12.2032 festgelegt. Thüringen muss bis 2027 1,8% der Landesfläche für Windenergie verbindlich ausweisen und bis 2032 insgesamt 2,2%.

Im Folgenden gehen wir auf uns betreffende Fragen näher ein.

*3. Welche Notwendigkeit gibt es aus Ihrer Sicht, Kalamitätsflächen wie unter Artikel, Ziffer 1 des Gesetzesentwurf zu definieren?*

Hierzu besteht aus unserer Perspektive keine Notwendigkeit, da bereits nach § 2 Bundeswaldgesetz auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen ohne Baumbestand als Wald gelten.

Eine Pauschale Lenkung der Windenergieanlagen allein auf Kalamitätsflächen wie unter Art. 1, Ziffer 1 des Gesetzentwurfs bezweckt, lehnen wir mit Verweis auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil und den § 2 EEG mit folgender Begründung strikt ab.

Kalamitätsflächen stehen im Fokus der Bemühungen des klimawandelgerechten Waldumbaus. Hier werden derzeit die resilienten und klimawandelrobusten Mischwälder angepflanzt, die zukünftig gegenüber Trockenheit und Schädlingsbefall besser gerüstet sein werden. Hier allein die Windenergie zu konzentrieren, wäre nicht zielführend. Vielmehr empfehlen wir, dass die Regionalen Planungsstellen, welche mit der Identifizierung von ausreichend Flächen zur planungsrechtlichen Ausweisung als Vorranggebiete für die Windenergienutzung (zur Erreichung der Flächenbeitragswerte nach WaLG) beauftragt sind, in einen engen Austausch mit dem ThüringenForst treten und so forstwirtschaftlich geeignete Flächen in ausreichender Anzahl für die Windenergienutzung identifizieren. Die Thüringer Forstbehörden sind die Fachinstanzen, die mit ihrer qualifizierten Bewertung Aussagen zur Waldeignung für die Windenergienutzung gegenüber den regionalen Planungsstellen treffen sollten.

*5. Welche Umsetzungsschwierigkeiten sehen Sie bezüglich des vorliegenden Gesetzesentwurfes?*

- Eine potenziell einschränkende Wirkung der Begründung zum Gesetzesentwurf:  
Die Landesregierung möchte „Kalamitätsfläche [...] für den Windkraftausbau zur Verfügung stellen“. Die Genehmigungsbehörden könnten sich angehalten fühlen nur in solchen Flächen Windenergie zu genehmigen, darüber hinaus fehlt eine Definition der Kalamitätsflächen.

- Eine potenzielle Unklarheit über den Begriff „für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmten Flächen“ in dem neuen § 10 III.
- Eine ggf. zu hohe Einschränkung durch die Geltung der Waldumwandelungsgenehmigung für (pauschal) max. 2 Jahre (§ 10 Abs. 6 Thür-WaldG), wenn es nicht von BImSchG geregelt wird.
- Weiter dient der Gesetzesentwurf in keiner Weise einem beschleunigten Ausbau der Windenergie.

*9. Welche Auswirkungen hat ihrer Kenntnis nach der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald auf Flora/Fauna/Bodenbeschaffenheit, Mikroklima und Wasserhaushalt des Waldes*

- Die für Windkraftanlagen im Wald erforderlichen Kompensationsmaßnahmen, in der Regel Ersatzaufforstung oder eine qualitative Aufwertung bestehenden Waldes, kann durch die Auswahl klimaresistenter und lokal passender Baumarten, dazu beitragen, den Wald widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen und schützt damit den Wald und seine Bewohner. Zwar verändern Windkraftanlagen natürlich den Wald, in dem sie errichtet werden, zu beachten ist aber auch, dass die Beeinträchtigungen für die meisten Arten gering und oft von kurzer Dauer sind und/oder bestimmte Arten sogar schonen gegenüber Standorten im Offenland: Viele windenergiesensible Vogelarten nutzen den Wald nur zum Brüten und konzentrieren sich bei der Jagd auf naheliegende Offenlandflächen, wodurch Windkraftanlagen im Wald sie nicht gefährden. (Quelle: <https://naturwald-akademie.org/waldwissen/waldtiere-und-pflanzen/raubvoegel/>)
- Rotwild wiederum, dass während der Bauphase die Baustelle meidet, gewöhnt sich an die Windkraftanlagen und nutzt die Umgebung wie zuvor. Viele Arten profitieren sogar von der neuen Landschaft, wie etwa von der anzulegenden Drainage und von umgesetzten A&E Maßnahmen. (Quelle: [https://www.energieland.hessen.de/mm/Jan\\_Kegel.pdf](https://www.energieland.hessen.de/mm/Jan_Kegel.pdf), Deutscher Bundestag (2019) Zu ökologischen Auswirkungen von Windenergieanlagen.; <https://www.bundestag.de/resource/blob/627700/d2062d540c0e87120ce20046681c8622/WD-8-139-18-pdf-data.pdf>)

*15. Welche Argumente sprechen aus Ihrer Sicht grundsätzlich für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald und welche Argumente sprechen grundsätzlich dagegen?*

#### Pro-Argumente

- Ein substanzieller Windkraftanlagen-Ausbau in Thüringen ist durch die CO<sub>2</sub>-Einsparung, auch bei Einbeziehung der Abholzung, ein signifikanter Beitrag zum Klimaschutz.
- Durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald kann eine Erreichung des Flächenbeitragswertes nach WaLG für Thüringen deutlich besser erreicht werden.
- Eine bessere räumliche Verteilung der Anlagen kann ermöglicht werden und somit eine Bündelung im Offenlandbereich vermieden werden. So können auch schützenswerte Offenlandbereiche berücksichtigt und freigehalten werden.
- Die Standorte der Anlagen sind i.d.R. weiter weg von Wohnbebauung und damit weniger „bedrängend“, ermöglicht auch in dicht besiedelten Gegenden dezentrale Stromversorgung.
- Windenergie im Wald erlaubt es besonders windreiche Standorte zu nutzen.
- Auch der Waldumbau und die Wiederaufforstung werden gefördert, da es den Waldbesitzern durch finanzielles „Einkommen“, durch die Errichtung und den Betrieb der Anlagen erleichtert wird, Waldaufforstung und -aufwertungsmaßnahmen durchzuführen.
- Industriestandorte in Waldregionen haben bessere Möglichkeiten Direktstromlieferungen zu bekommen.
- In der Regel wird als Ersatz für eine umgewandelte Waldfläche eine Ersatzaufforstung mit klimaresistenten und standortangepassten Baumarten auf einer dafür geeigneten Fläche im Verhältnis von mindestens 1:1 vorgenommen.

#### Contra-Argumente

- Die Auswirkungen auf die verschiedenen Tierarten ist noch nicht vollumfänglich erforscht.

- Die Argumente für eine Nutzung von Waldflächen für den Betrieb von Windkraftanlagen übersteigen wesentlich das aufgeführte Gegenargument.

*16. Welche Einschränkungen ergeben sich aus dem Gesetzentwurf für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer und welche wirtschaftlichen Nachteile könnten daraus resultieren?*

Es besteht eine Benachteiligung von Grundstücksbesitzern auf Waldflächen gegenüber solchen auf Offenland, wenn der Bau von Windkraftanlagen im Wald erschwert wird, da so Waldbesitzern weitere Einnahmen verwehrt bleiben. Hinzukommt, dass forstwirtschaftliche Erlöse durch hohes Schadholzaufkommen stark abnehmen, während Kosten für die Instandhaltung des Waldes stark steigen.

*27. Welche Alternativen [gibt es] zu Windkraftanlagen im Wald, insofern die Umsetzung des Flächenziels des Landes/Bundes [...] konsequent verfolgt wird?*

Wind im Wald ist in Thüringen, angesichts der großen bewaldeten Fläche, für die Erreichung der Flächenziele und zur Deckung des Strombedarfs zwingend notwendig. Auch für eine ausgeglichene und effiziente Nutzung der verfügbaren Flächen (d.h. Fokus auf besonders windreiche und naturschutzfachlich nicht oder weniger problematische Flächen, vgl. Frage 15) bedarf es sowohl Offenland als auch Waldflächen.

(Quelle: vgl. Institut für Regenerative Energietechnik (2021): So geht's. Wie Thüringen klimaneutral wird – die Ergebnisse der Energiesystemmodellierung), S. 121; Regionalplan Ostthüringen 2020 Textteil 2. Entwurf, Beschluss Nr. PLV 27/06/18, S.72–73.; Regionalplan Nordthüringen 2022 Textteil 2. Entwurf, Abschnitt 2.27; Vgl. TMUEN (Hrsg.) (2018): Gutachten zur Vorbereitung einer Energie- und Klimaschutzstrategie für Thüringen, Leipziger Institut für Energie GmbH, S. 42, 174, 232 & FHNH (2011): S. 40–41)9

*28. Welche CO<sub>2</sub>-Menge wird durch den Bau & Betrieb von Windkraftanlagen im Wald erzeugt und [welche] durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald eingespart? Wie ist diesbezüglich eine Rodung oder kleinteilige Baumfällung zu beurteilen?*

Eine Windkraftanlage (2–3MW) spart durchschnittlich 4200–6000t CO<sub>2</sub>-eq/Jahr ein. Dagegen nehmen die Bäume in 0,5ha Wald, dh. in der Fläche, die für eine Windkraftanlage dauerhaft gerodet werden muss, 2,5–9t CO<sub>2</sub>-eq/Jahr auf. Somit ist die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch Windkraftanlagen um ein Vielfaches höher.

(Quellen: UBA (2021): Themenpapier – Windenergie im Wald, S. 2. [https://stories.umweltbundesamt.de/system/files/document/20210527\\_Themenkompass\\_Windenergie\\_im\\_Wald.pdf](https://stories.umweltbundesamt.de/system/files/document/20210527_Themenkompass_Windenergie_im_Wald.pdf);

Thünen Institut (2017): Wälder in Deutschland sind eine wichtige Kohlenstoffsенке, S. 17. [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn061187.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn061187.pdf);

BWE (2019): Windenergie in Nutzwäldern, S.1 [https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/01-mensch-und-umwelt/03-natur-schutz/20190307\\_Infopapier\\_Windenergie\\_auf\\_forstwirtschaftlichen\\_Flaechen\\_final.pdf](https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/01-mensch-und-umwelt/03-natur-schutz/20190307_Infopapier_Windenergie_auf_forstwirtschaftlichen_Flaechen_final.pdf))

Erfurt, 05.05.2023

Der Vorstand

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Landesjagdverband Thüringen</i></td> <td><i>eingetragener Verein</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Franz-Hals-Str. 6 C</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99099 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Landesjagdverband Thüringen</i>	<i>eingetragener Verein</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Franz-Hals-Str. 6 C</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99099 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Landesjagdverband Thüringen</i>	<i>eingetragener Verein</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Franz-Hals-Str. 6 C</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99099 Erfurt</i>										



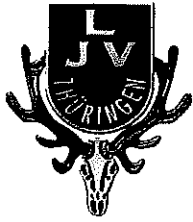
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>anerkannter Naturschutzverband</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>unter Berücksichtigung der Entscheidung des BVerfG erfolgt Zustimmung zur Gesetzesänderung. Die nunmehr ermöglichte Errichtung von WEA auf Waldfeldern wird nach wie vor äußerst kritisch gesehen und bedarf weiterer wissenschaftlicher Forschungen und Bewertungen</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt 04.05.2023	

Landesjugelverband Thüringen e.V.  
 Landesgeschäftsstelle  
 Franz Hals-Straße 6c  
 99099 Erfurt  
 Tel: (0361) 3 73 19 69 Fax 3 45 40 88



# Landesjagdverband Thüringen e. V.

im Deutschen Jagdverband e. V.  
Anerkannter Verband nach § 63 Bundesnaturschutzgesetz

LJV Thüringen e. V., Frans-Hals-Str. 6 c 99099 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft  
und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom: 31.03.2023  
Unser Zeichen:  
Unsere Nachricht vom:  
Name:  
Telefon:  
Fax:  
Datum: 04.05.2023  
Internet: www.ljv-thueringen.de  
Email:

**Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes  
Anhörungsverfahren gem. § 79 GO ThL**

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/2559

zu Drs. 7/6811

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesjagdverband Thüringen e.V. nimmt im Ergebnis der Auswertung des BVG-Beschluss vom 27.09.22 (1 BvR 2661/21) zu § 10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG zum Vorhaben wie folgt Stellung:

**Der entsprechend des vorliegenden Vorschlages vorgesehenen Änderung des ThürWaldG durch das 4. Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.**

Der Landesjagdverband Thüringen e.V. positioniert sich nach wie vor gegen die Nutzung jeglicher Waldflächen zur Errichtung von WEA. Da entsprechend des o.g. Urteils des BVerfG diese Positionierung nicht haltbar ist, sehen wir den Änderungsvorschlag unter Berücksichtigung der dazu vorliegenden Begründung als möglichen Kompromiss an, um bestimmten Eigentümerinteressen, aber auch den aktuell bestehenden gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Wir weisen dennoch und zum wiederholten Male darauf hin, dass die nunmehr mögliche Errichtung von WEA auf Waldflächen zu nicht wieder gut zu machenden langfristigen Schädigungen äußerst sensibler Waldbodenflächen führt. Entsprechende fachliche Hinweise, Stellungnahmen und Empfehlungen liegen dem Ausschuss bereits vor und sollen hier nicht nochmals erläutert werden. Wir verweisen aber auf

- Tiefgründige Zerstörung gewachsener Bodenstrukturen durch Bau von Zuwegungen und Errichtung von notwendigen Fundamenten, die auch nach Rückbau der oberirdischen Anlagen aus Kostengründen im Boden verbleiben (bis zu 1.800 m<sup>3</sup> Beton für eine große WEA)
- Bei Anlagenbetrieb bestehenden Bodenschwingungen mit Zerstörung des Lebensraumes von Kleinstlebewesen im Boden (Nematoden etc.)
- Zerschneidung von Waldflächen durch schwerlasttaugliche Zuwegungen mit Schaffung zusätzlicher Windangriffsflächen und Zonen erhöhter Verdunstung durch fehlenden oder geringen Bodenbewuchs i.V.m. Windwirkung und Sonneneinstrahlung



# Landesjagdverband Thüringen e. V.

im Deutschen Jagdverband e. V.  
Anerkannter Verband nach § 63 Bundesnaturschutzgesetz

---

LJV Thüringen e. V. Frans-Hals-Str. 6 c 99099 Erfurt

Die im Gesetzentwurf neu aufgenommenen Hinweise und Regelungen zur Thematik „Waldbrandverhütung“ finden unsere vollste Zustimmung. Sie werden definitiv in naher Zukunft noch wesentlich mehr an Bedeutung gewinnen. Wir verweisen auf

- Zunahme von Extremwetterlagen mit Sturm- und Orkanböen
- Zunahme von starken Gewittern i.V.m. erhöhter Zahl von Blitzeinschlägen
- Abnahme von Niederschlägen (Gesamtniederschlagsbilanz der letzten 3 Jahre deutlich unter langjährigem Mittel) und Notwendigkeit des Baus zusätzlicher Wasserspeicher im WEA-Umfeld zur Sicherung einer möglichen Löschwasserversorgung im Brandfall

Wir zweifeln nach wie vor die Verbesserung der CO<sup>2</sup>-Bilanz durch Errichtung von WEA an. Hierzu sollte eine Gesamtenergiebilanz erstellt werden, die die Herstellung der für Errichtung und Bau einer WEA unter Berücksichtigung derer normativen Nutzungsdauer notwendigen Materialien und Baustoffe incl. der für deren Entsorgung benötigten Energiemengen berücksichtigt.

Für die detaillierte Beantwortung der in Anlage der Anhörungsunterlagen befindlichen Fragestellungen ist die zur Verfügung stehende Zeit ohne Einbeziehung entsprechender Fachwissenschaftler nicht zielführend. Wir empfehlen daher, insbesondere die Anhörung von Bodenkundlern der TU Dresden, von Wildbiologen, Strömungswissenschaftlern der TU Ilmenau und weiterer Fachexperten.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer  
LJV Thüringen e.V.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

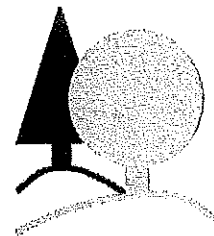
<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes, Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Drs. 7/6811											
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.</td> <td>Eingetragener Verein ( e.V.)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Weidigstraße 3a, 99885 Ohrdruf</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Weidigstraße 3a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99885 Ohrdruf</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.	Eingetragener Verein ( e.V.)	Geschäfts- oder Dienstadresse	Weidigstraße 3a, 99885 Ohrdruf	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weidigstraße 3a	Postleitzahl, Ort	99885 Ohrdruf
	Name	Organisationsform									
	Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.	Eingetragener Verein ( e.V.)									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Weidigstraße 3a, 99885 Ohrdruf									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weidigstraße 3a									
Postleitzahl, Ort	99885 Ohrdruf										
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Nach seiner Satzung hat der Waldbesitzerverband für Thüringen e.v. den Zweck, die berufsständischen, rechtlichen und forstpolitischen Interessen der Besitzer des Nichtstaatswaldes zu vertreten und die Unantastbarkeit des Waldeigentums, die Freiheit seiner Bewirtschaftung und das Recht auf Selbstverwaltung zu bewahren.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- der rechtliche Rahmen ist in Thüringen nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. September 2022 ausreichend</li> <li>- es sollte die Freiheit des Eigentums gewahrt bleiben und grundsätzlich jedem Eigentümer die Möglichkeit erhalten über die Nutzung seines Eigentums selbst zu entscheiden</li> <li>- unnötigen bürokratischen Aufwand vermeiden</li> </ul>	
5.	<b>Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<div style="height: 80px;"></div>	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
	<div style="height: 40px;"></div>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b>	

(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ohrdruf, 04.05.2023	



WALDBESITZER-  
VERBAND Thüringen e.V.

Waldbesitzerverband für Thüringen e. V. | Weidigstraße 3 a | 99885 Ohrdruf

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur  
Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen – Fuchs – Straße 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/2560  
zu Drs. 7/6811

■ Geschäftsstelle

Weidigstraße 3a  
99885 Ohrdruf  
Tel.: 03624 313880  
Fax: 03624 315146

[www.wbv-thueringen.de](http://www.wbv-thueringen.de)

Ohrdruf, 04.05.2023

**Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Abgeordnete des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten,  
wir bedanken uns für die Gelegenheit, eine Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzentwurf abzugeben.

Grundsätzliches

Nach den in diesem Jahr zu erwartenden Erhebungen von ThüringenForst wird sich die Kahlfäche in Thüringens Wäldern im Jahr 2023 auf ca. 100.000 ha infolge der Dürrejahre vergrößert haben. Damit ist Thüringen im Vergleich das am 2. stärksten betroffene Bundesland nach Nordrhein-Westfalen. Diese Flächen wieder zu verjüngen, wird für Staat, Gesellschaft und die Waldbesitzer eine der größten Herausforderungen der Forstwirtschaft im letzten Jahrhundert. Es gilt als sicher, dass dies aus Kapazitätsgründen (Pflanzen, sonstiges Material, Arbeitskräfte, finanzielle Mittel) nicht ausschließlich durch Wiederaufforstungen möglich sein wird. Dennoch sollte der Anteil der Wiederaufforstungen ein erheblicher bleiben, um eine klimaresiliente Baumartenzusammensetzung aktiv zu gestalten. Viele Waldbesitzende haben in den letzten Jahren ihr gesamtes Holzvermögen im Wald, das die Investitionsgrundlage für einen geregelten Waldumbau gebildet hätte, verloren. Mittelfristig wird es den Forstbetrieben, ob staatlich, kommunal oder privat, nicht möglich sein, wie bisher, die nötigen Investitionen allein aus den Holzerträgen zu finanzieren. Die Forstbetriebe benötigen dringend alternative Einkommensquellen, um die nötigen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu stemmen. Diese Einnahmen können durch die Honorierung der Ökosystemleistungen wie Kohlenstoffbindung, Erholungsleistungen, Erhaltung der Artenvielfalt, Boden- und Wasserschutz oder auch der Verpachtung von Flächen für Windenergieanlagen generiert werden. Abgesehen von der Bundesrichtlinie „Klimaangepasstes Waldmanagement“, deren Mittelausstattung bei weitem nicht ausreichend ist und deren Zielhierarchie mit einem Spagat aus Schutz der Artenvielfalt, Umbau der Wälder und Anreicherung von Vorräten nicht konsistent ist, existieren in der Forstwirtschaft bis dato keine tragfähigen, alternativen Finanzierungsmodelle. Deshalb begrüßt der Waldbesitzerverband für Thüringen die Möglichkeit Windenergieanlagen im Wald zu errichten, sowohl um einen Beitrag zur Energiewende zu leisten als auch bei den Mitgliedsbetrieben Einkommen zu generieren.

1

■ Sprechzeiten  
Montag, Dienstag  
und Donnerstag  
08:00 bis 16:30 Uhr

Präsident

Amtsgericht Gotha

■ E-Mail  
[info@wbv-thueringen.de](mailto:info@wbv-thueringen.de)  
Telefon: 03624 313880  
Telefax: 03624 315146



## Im Einzelnen

Im Beschluss vom 27. September 2022 hat das Bundesverfassungsgericht den §10 Abs. 1 Satz 2 ThürWaldG für verfassungswidrig erklärt. Damit ist das das ausnahmslose Verbot einer Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen im Wald nichtig. Insofern ist es grundsätzlich wieder möglich Windenergieanlagen im Wald zu errichten und dafür Nutzungsartenänderungen nach § 10 ThürWaldG vorzunehmen.

### Zu Nummer 1:

Einer Einfügung der Wortgruppe „kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen“ in § 2 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG bedarf es nicht, da an dieser Stelle bereits explizit „Waldblößen“ als Teil des Waldes genannt werden. Nach der forstlichen Terminologie sind „verlichtete Grundflächen“ im Wald lediglich nicht vollbestockte Walflächen und gehören damit zwangsläufig zum bestockten Holzboden.

### Zu Nummer 2:

Im § 10 Abs. 2 ThürWaldG ist bereits detailliert geregelt, unter welchen Umständen eine Nutzungsartenänderung zu versagen ist. Weitere Regelungen sollten vorrangig über das Landesentwicklungsprogramm Thüringen und die Regionalpläne der Regionalen Planungsgemeinschaften vorgenommen werden, bei denen die raumplanerische Abwägung geeigneter Gebiete für Windenergieanlagen umfassender möglich ist als bei einer forstbehördlichen Entscheidung. Im Punkt 5.2.12 ist dort bereits geregelt *„Bei der Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ im Wald ist der Nutzung von Waldgebieten, die aufgrund von Extremwetterereignissen und Folgeschäden bereits flächige Schäden aufweisen, ein besonderes Gewicht beizumessen.“*

Dies gilt auch für Ausgleichsaufforstungen, die in der Regel Erstaufforstungen sind. Nach § 21 ThürWaldG muss bei der Genehmigung von Erstaufforstungen Einvernehmen mit der oberen Landwirtschaftsbehörde und der Flurbereinigungsbehörde hergestellt werden, wodurch sichergestellt wird, dass landwirtschaftliche Belange berücksichtigt werden.

### Zu Nummer 3:

Auch im Falle des Brandschutzes sind bereits ausreichende Vorgaben im § 12 Abs. 7 ThürWaldG getroffen. Hier ist geregelt, dass bei besonderen Gefahrenquellen vorbeugende Maßnahmen zum Waldbrandschutz vom Eigentümer oder Betreiber dieser Anlagen auf eigene Kosten durchzuführen sind. Dies betrifft nach Auffassung des Waldbesitzerverbandes für Thüringen im Besonderen auch Windkraftanlagen. Einer ausdrücklichen Erwähnung bedarf es dafür nicht.

## Fazit

Bei der Entscheidung über Windkraftanlagen im Wald sollte die Freiheit des Eigentums gewahrt bleiben und grundsätzlich jedem Eigentümer oder jeder Eigentümergemeinschaft die Möglichkeit erhalten bleiben über die Nutzung seines Eigentums selbst zu entscheiden. In entsprechenden Vorranggebieten muss der Eigentümer auch in Abstimmung mit lokalen Interessengruppen die Entscheidung für oder gegen Windkraftanlagen treffen können. Den Einschränkungen durch Windkraftanlagen stehen auch erhebliche Chancen für Strukturverbesserung und Einkommen im ländlichen Raum gegenüber. Es sollte zumindest die Möglichkeit bestehen einen kleinen Teil der oben beschriebenen Kahlfächen nach sorgfältiger Prüfung für die Errichtung von Windenergieanlagen zu nutzen. Dazu gehört auch eine Haftpflichtversicherung für Anlagenbetreiber. Der negative Einfluss auf Vögel, Insekten und Fledermäuse kann durch ein intelligentes Management und entsprechende Standortfindung minimiert werden.

Der dafür rechtliche Rahmen ist in Thüringen nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. September 2022 gegeben. Insofern sieht der Waldbesitzerverband für Thüringen derzeit keine Notwendigkeit für eine Änderung des Thüringer Waldgesetzes und das entsprechende parlamentarische Verfahren.

Unabhängig davon ist der derzeitige Zeitpunkt nicht sinnvoll, da zur Zeit die Änderung des Bundeswaldgesetzes forciert wird und sich im Anschluss an eine Novelle ohnehin erheblicher Änderungsbedarf für alle Waldgesetze der Länder nötig machen wird.

Mit freundlichen Grüßen

*-Präsident-*

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>											
<b>3.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Arbeitsgruppe Artenschutz Thüringen e. V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Thymianweg 25</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07745 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Arbeitsgruppe Artenschutz Thüringen e. V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Thymianweg 25	Postleitzahl, Ort	07745 Jena
Name	Organisationsform										
Arbeitsgruppe Artenschutz Thüringen e. V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Thymianweg 25										
Postleitzahl, Ort	07745 Jena										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte (Kernaussage)</b> Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	

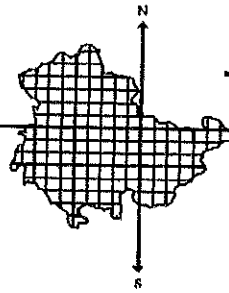
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	Die Gratisleistung der Wälder, insbesondere die CO <sub>2</sub> Bindung, kann nur erhalten werden, wenn technische Baukörper wie Windkraftanlagen aus ihnen ferngehalten werden. Hierzu zählen auch alle Kalamitätsflächen, die als Waldflächen zu erhalten sind.	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 8.5.2023	

Arbeitsgruppe Artenschutz  
 Jena  
 Telefon 0361 7171  
 07745 JENA  
 0361 7171 7154





Arbeitsgruppe ARTENSCHUTZ Thüringen e.V., Thymianweg 26, D-07746 Jena

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaften und  
Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Leiter der Arbeitsgruppe

Telefon  
Telefax  
E-Mail  
ag-artenschutz@freenet.de  
www.ag-artenschutz.de

Nach Bundesnaturschutzgesetz  
anerkannter Naturschutzverein

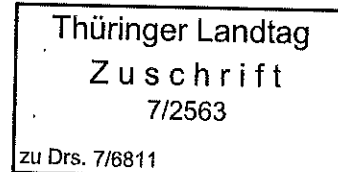
Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom  
31.03.2023

Unsere Zeichen

Datum  
05.05.2023

## Stellungnahme



## **Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen das vorgesehene Vierte Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes der parlamentarischen Gruppe der FDP.

Vorbemerkungen: In der Begründung zu Nummer 1 in der Zeile 3 steht das Wort „gerodet“. Dieses Wort ist in diesem Kontext falsch verwendet. Dies bedeutet: „der oberirdische Holzvorrat wird entnommen“ und beispielsweise zur Bebauung freigegeben.

### **Zum Gesamtanliegen**

Wenn wir tatsächlich die Gratisleistungen der Wälder (z.B. Klimasituation, CO<sub>2</sub>-Bindung, Bildung von Landschaftswasserhaushalt, Kühleffekte, Erholungswert, Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten, Holzproduktion) als letzte Rückzugsgebiete erhalten wollen, dann dürfen Windkraftanlagen in Wäldern nicht errichtet werden. Daran ändert auch inhaltlich nichts der Verfassungsbeschluss. Er stärkt lediglich das Privatrecht zum Bau von Windkraftanlagen auf eigenem Grund und Boden. Ob davon Gebrauch gemacht wird, hängt von Erkenntnissen, ökologischen und ökonomischen Zusammenhängen der jeweils handelnden Personen ab.

Ebenso unzulässig wäre es, egal wie und wodurch entstanden, Kalamitätsflächen im Wald mit Windkraftanlagen zu versehen. Es gibt keine wertlosen Waldflächen. Diese sind durch entstehende Sukzession und/oder durch Aufforstungsmaßnahmen (Mischwälder) in ihren Funktionen wieder herzustellen. Dafür haben sich Forstleute einzusetzen.

Wälder sind Wasserspeicher und Waldböden dienen nicht als Baugrund für technische Anlagen. Die Wirkung aufwachsender Wälder als CO<sub>2</sub>-Speicher kann nicht hoch genug bewertet werden.

Technische Anlagen, wie Windräder, haben auch wegen des möglichen Brandschutzes in geschlossenen Wäldern keine Berechtigung. Die Bedeutung der Schutzgüter Wald wird kaum von der Gesellschaft erkannt, ihre Inwertsetzung für die Forstwirtschaft erfolgt leider nicht.

Zu den Fragestellungen:

Zu 1	Keine
Zu 2	Keine sind geeignet.
Zu 3	Es gibt keine Notwendigkeit.
Zu 4	Kann nicht beantwortet werden.
Zu 5	Die Umsetzungsschwierigkeiten werden groß und aufwendig sein.
Zu 6	Die Mittelgebirgsflächen eignen sich nicht, da riesiger Wegebau und Lastenverkehr notwendig. Folge – erhebliche Niederschlagsabfluss. Derzeitige Wälder sind über 100 bis 300 Jahre erwachsen, Kalamitätsflächen sind eine etwa 30- bis 50-jährige Waldentwicklung.
Zu 7	Kann nicht seriös beantwortet werden.
Zu 8	Eine Gefahr, dass in Wäldern häufig Windkraftanlagen entstehen. Beton- und Straßenflächen, die in Gipfel und Kammlagen Erosionsgefahr auslösen.
Zu 9	Bisher keine Daueruntersuchungen, folglich kaum belastbare Aussagen möglich. Nach derzeitigem Erkenntnissen nur negativ.
Zu 10	Soweit einschätzbar erheblich.
Zu 11	Alle Wildtiere sowie geschützte Tiere sind davon betroffen, da Nahrungs-, Streif- und möglicher Flugraum.
Zu 12	Keine gesicherten Daten, bisher keine positiven Meldungen.
Zu 13	Das Problem lässt sich nicht durch Mindestabstände regeln. Inzwischen fliegen Uhus bis zu 9 km Entfernung vom Brutplatz um Nahrung zu finden. Rotmilane über 10 km, usw.
Zu 14	Daten, die nicht älter als 2 Jahre sind.
Zu 15	Keine dafür, dagegen siehe Gesamtanliegen.
Zu 16	Kann nicht beurteilt werden.

Zu 17	Schwierige Bekämpfung von Großbränden, Aufbau von Hubschrauberstaffeln und Speicherbecken für Wasser.
Zu 18	Funkenflugweite hoher brennender Windkraftanlagen nicht bekannt, Schutzstreifen nützen kaum.
Zu 19	Das Gefahrenpotential ist wohl hoch, Kosten unbekannt.
Zu 20	Dies kann so nicht beantwortet werden, da alle ökologischen Wirkungen einschließlich Wohlfahrtswirkungen auf den Menschen ökonomisch nicht bewertet werden.
Zu 21	Nahrungsmittelproduktion hat eine vorrangige Wichtigkeit. Landwirtschaftliche Flächen als Ausgleichsflächen für Windkraftanlagen im Wald zu opfern, ist widersinnig.
Zu 22	Siehe Pkt. 21
Zu 23	Regelungen zu Ausgleichsflächen, landwirtschaftliche Flächen sollten ausgeschlossen werden.
Zu 24	Zuständigkeiten schwer zu beantworten.
Zu 25	Siehe Pkt. 21
Zu 26	Komplette Windkraftanlagen, einschließlich der Stahlbetonklötze, müssen beseitigt werden und alle ökologischen Funktionen danach sind soweit wieder herzustellen.
Zu 27	Das Sonnenprinzip energetisch nutzen und Atomforschung betreiben.
Zu 28	Produktionsaufbau, Transport und schadlose Beseitigung einer Anlage ist zu bewerten.
Zu 29	Kann nur von Fachleuten beantwortet werden.
Zu 30	Negativ zu bewerten.
Zu 31	Es ist zu bewerten; ist Klimawandel höher als die Erhaltung der Biodiversität zu beurteilen oder sind beide gleichwertig. Hier muss sich die Politik entscheiden. Moore und Grünländer in Wäldern können durch Windkraftanlagen beeinträchtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter der AAT

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchen <b>Gesetzentwürfen</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes</b> Gesetzentwurf der Parlamentarische Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen</td> <td>Körperschaft öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Puschkinplatz 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07545 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen	Körperschaft öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 7	Postleitzahl, Ort	07545 Gera
Name	Organisationsform										
Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen	Körperschaft öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 7										
Postleitzahl, Ort	07545 Gera										

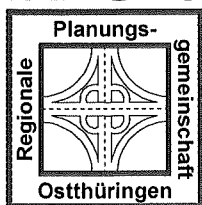
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Regionalplanung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

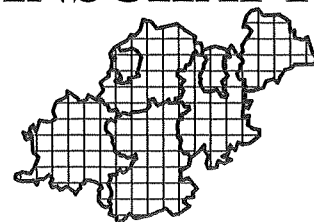
Ort, Datum	Unterschrift /
Gera, 08.05.2023	

# REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT OSTTHÜRINGEN



Körperschaft des öffentlichen Rechts

Präsidentin



Regionale Planungsstelle beim  
Thüringer Landesverwaltungsamt • Postfach 1464 • 07504 Gera

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und  
Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
10.05.2023 09:23

12764/2023

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Gera  
04.05.2023

## **Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

### **Hier: Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP – Drucksache 7/6811**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gesetzentwurf wurde aus raumordnerischer und regionalplanerischer Sicht geprüft. Den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen wird zugestimmt, da sie wesentlichen regionalplanerischen Intentionen entsprechen.

Die vorgeschlagene Ergänzung in § 2 Abs. 2 Satz 1 „kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen“ stellt deutlicher klar, dass auch diese Flächen Wald sind, dem Thüringer Waldgesetz unterliegen und primär einer Wiederbewaldung oder Aufforstung zugeführt werden sollen.

Der vorgeschlagene neue Satz 2 im Abs. 2 § 10 „Bei der Interessenabwägung sind insbesondere die Möglichkeiten der Aufforstung geschädigter Waldflächen sowie... einzubeziehen.“ macht deutlich, dass die gezielte Aufforstung/Wiederbewaldung von Kalamitätsflächen im Sinne einer Risikovorsorgemaßnahme mit Bezug zur Anpassung an den Klimawandel und der CO<sub>2</sub>-Speicherung unabdingbar ist.

Hinweise zum Umgang mit Ihren Daten innerhalb der Regionalplanung Thüringens finden Sie im Internet unter:  
<http://www.regionalplanung.thueringen.de/rpg/start/ds/index.asp>. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/6811 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
<b>1.</b>	Name	Organisationsform
	EnBW Energie Baden-Württemberg AG	Aktiengesellschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Niederlassung Erfurt
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 54
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
<b>2.</b>	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Regionale Entwicklung von Windenergieprojekten in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Ein Mehrwert der Gesetzesänderung ist nicht ersichtlich. Der verfassungswidrige § 10 Abs. 1 S. 2 ThürWaldG ist infolge des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts nichtig - ohne dass es eines weiteren Gesetzgebungsakts bedürfte. Die Evaluierungsklausel ist nicht sinnvoll, ein Ausschluss von Ausgleichsaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen aufgrund mangelnder Alternativen abzulehnen.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	Zur Erreichung der deutschen Emissionsziele ist es im Rahmen der hierfür erforderlichen Energiewende unabdingbar, dass die Flächen-Bundesländer hierzu einen entsprechenden Beitrag auch in Form eines Windenergiezubaus auf den jeweils zu Verfügung stehenden windhöflichen Flächen leisten. Thüringen muss hierzu die Flächenbeitragswerte nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz erfüllen. Hierzu werden auch Waldflächen benötigt, um ausreichend wirtschaftlich attraktive Flächen ausweisen zu können.	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 05.05.2023	

Stellungnahme

der EnBW Energie Baden-Württemberg AG

zum Gesetzentwurf für ein „Viertes Gesetz zur  
Änderung des Thüringer Waldgesetzes“

Drucksache 7/6811

Erfurt/Berlin, 5. Mai 2023

Lobbyregister-Nr. des Deutschen Bundestages: R002297

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t

7 / 2 5 5 4

zu Drs. 7/6811

**EnBW**

## 1. Zusammenfassung

Ein Mehrwert der Gesetzesänderung nicht ersichtlich. Der verfassungswidrige § 10 Abs. 1 S. 2 ThürWaldG ist infolge des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 27. September 2022 (Aktenzeichen 1 BR 2661/21, BGBl. I S. 2260) gem. § 31 Abs. 2 S. 1 BVerfGG unmittelbar – und ohne dass es eines weiteren Gesetzgebungsakts bedürfte – nichtig. Die Evaluierungsklausel ist nicht sinnvoll, ein Ausschluss von Ausgleichsaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen aufgrund mangelnder Alternativen abzulehnen.

Bei der nachfolgenden Beantwortung des Fragenkatalogs beschränken wir uns im Wesentlichen auf die Fragen mit konkretem Bezug zum Gesetzentwurf selbst. Darüber hinaus verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum Gesetzentwurf für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes (Zuschrift 7/333).

## 2. Fragenkatalog

### 3. Welche Notwendigkeit gibt es aus Ihrer Sicht, Kalamitätsflächen wie unter Artikel 1, Ziffer 1 des Gesetzentwurfes zu definieren?

Keine, der Begriff ist allgemeinverständlich. Die vorgeschlagene Definition begründet darüber hinaus keinen Mehrwert.

### 5. Welche Umsetzungsschwierigkeiten sehen Sie bezüglich des vorliegenden Gesetzentwurfes?

In § 10 Abs. 2 S. 2 ThürWaldG sind bereits zahlreiche Abwägungsgesichtspunkte für die Entscheidung vorgegeben. Wenn diesen Punkten nun der Aspekt der Aufforstung vorangestellt werden soll, fragt sich zum einen, in welchem systematischen Verhältnis er etwa gegenüber den dort genannten Belangen steht. Dies erschwert in der Praxis die Anwendung des § 10 Abs. 2 ThürWaldG.

Darüber hinaus macht der Gesetzentwurf keine Angaben dazu, in welchem räumlichen Umkreis aufzuforstende Flächen oder Alternativstandorte für das der Umwandlung zugrundeliegende Vorhaben zu suchen sind. Bei der Prüfung von Alternativstandorten für Windenergieanlagen – auf die der Entwurf offensichtlich abzielt – ist zudem zu beachten, dass die Standortentscheidung bereits durch die Ausweisung sog. Windenergiegebiete in den Regionalplänen verbindlich vorgenommen wurde.

### 8. Welche Auswirkungen ergeben sich aus dem Gesetzentwurf für die Regionalplanung bei der Ausweisung von Windkraft-Vorranggebieten?

Erweisen sich die in den Windenergiegebieten ausgewiesenen Standorte für die Windenergie praktisch als nicht ausnutzbar, gefährdet dies die Erreichung der jeweiligen Flächenziele und damit die Steuerungswirkung der Windenergiegebiete. Zielt der Gesetzentwurf auf einen generellen Vorrang der Aufforstung bei Kalamitätsflächen innerhalb von Windenergiegebieten, riskiert er damit einen planungsrechtlichen Wildwuchs.

**9. Welche Auswirkungen hat Ihrer Kenntnis nach Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald auf Flora/Fauna/Bodenbeschaffenheit, Mikroklima und Wasserhaushalt des Waldes?**

Bei allen Standorten, für die Windenergieanlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) beantragt werden, erfolgt unabhängig davon, ob es sich um einen Standort im Offenland oder im Wald handelt, eine umfangreiche artenschutzrechtliche Einzelfallprüfung, im Rahmen derer die Auswirkungen auf entsprechende Tierarten intensiv geprüft werden. Der Umfang der Prüfung wird mit der zuständigen Naturschutzbehörde abgestimmt.

Zum Wasserhaushalt: Standortspezifische Restriktionen werden im Genehmigungsverfahren geprüft, bspw. durch Probebohrungen mit Bodenproben. Mit den Baumaßnahmen wird nicht in tiefere Schichten eingegriffen und somit bleibt das Grundwasser davon unberührt. Wir betreiben in Hessen zwei Windenergieanlagen im Wasserschutzgebiet. Die Auswirkungen auf die Trinkwasserqualität der benachbarten Gemeinden werden seit Inbetriebnahme überwacht und keine negativen Auswirkungen festgestellt.

**16. Welche Einschränkungen ergeben sich aus dem Gesetzentwurf für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer und welche wirtschaftlichen Nachteile könnten daraus resultieren?**

Die Nutzungsart Windenergie kann ggf. unzulässig sein.

**18. Welche Notwendigkeit gibt es aus Ihrer Sicht für eine zusätzliche Aufnahme des Brandschutzes wie unter Artikel 1 Ziffer 3 des Gesetzentwurfes formuliert? Halten Sie die derzeitigen Regelungen zur Abwehr von Brandgefahren in Forstgebieten für ausreichend? Für wie verhältnismäßig halten Sie die Unterhaltung von Schutzstreifen?**

Bei Waldstandorten sehen die Genehmigung von Windenergieanlagen regelmäßig die Bevorratung ausreichender Löschwasserreserven vor Ort in entsprechenden unterirdischen Tanks vor. Hierdurch kann im ausgesprochen unwahrscheinlichen Brandfall ein Übergreifen des Brandes von der Anlage auf den umstehenden Wald verhindert werden.

Eines besonderen Schutzstreifens bedarf es bei Windenergieanlagen nicht, da in der unmittelbaren Umgebung des Turms aus tatsächlichen Gründen (insb. Aufstellung der Baufahrzeuge und Kräne) keine Bäume stehen dürfen. Der weitere Umkreis des Waldes kann bei Brandereignissen durch die Löschwasserbevorratung geschützt werden.

**23. Für wie geeignet halten Sie die im Gesetzentwurf unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagenen Regelungen zu den Ausgleichsflächen? Sollten landwirtschaftliche Flächen Ihrer Meinung nach überhaupt per Gesetz als Ausgleichsflächen ausgeschlossen werden? Wie würde sich die Flächenkulisse für Ausgleichsaufforstungen verändern?**

Ungeeignet, es stehen im Außenbereich kaum Flächen zur Aufforstung zur Verfügung, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden.

**24. Liegen die in unter Artikel 1, Ziffer 2 vorgeschlagenen Regelungen zu den Ausgleichsflächen innerhalb des durch den Verfassungsgerichtsbeschluss gesetzten Rahmen zu Naturschutz und Landschaftspflege und liegen diese somit überhaupt in der Gesetzgebungskompetenz des Landes?**

Aus unserer Sicht nicht. Jedenfalls konventionell bewirtschaftete landwirtschaftliche Flächen haben grundsätzlich keine besondere Funktion für Naturschutz und Landschaftspflege. Insofern ist nicht ersichtlich, welche auf Naturschutz und Landschaftspflege bezogene Schutzfunktion dieser Regel zukommen soll.

**31. Gibt es aus Ihrer Sicht neben der Kohlenstoff- und Wasserspeicherfähigkeit weitere Schutzgüter, die durch den Betrieb von Windkraftanlagen im Forst beeinträchtigt sein könnten? Wie wären diese Schutzgüter im Lichte des dritten Leitsatzes des Bundesverfassungsgerichtsbeschlusses (1 BvR 2662/21), nach dem die Windkraft einen „faktisch unverzichtbaren Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels leistet“, aus Ihrer Sicht abzuwägen. Für wie sinnvoll halten Sie dabei die Formulierungen zur Evaluierungsklausel in Artikel 1 unter Ziffer 4 des Gesetzentwurfs?**

Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels genießen in der Abwägung grundsätzlich Vorrang vor anderen Schutzgütern (vgl. § 2 EEG). Etwaige durch Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen beeinträchtigte Schutzgüter können somit nur in besonders gelagerten Einzelfällen der Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung entgegengehalten werden.

Die Evaluierungsklausel ist nicht sinnvoll, denn sie verkennet, dass die Abwägung des Waldschutzes gegenüber anderen Flächennutzungen gerade keine dem Gesetzgeber, sondern der Verwaltung im Rahmen des praktischen Vollzugs der in § 10 Abs. 2 ThürWaldG vorgegebenen Abwägung – unter Berücksichtigung des § 2 EEG in Bezug auf Windenergieanlagen – ist. Aus dem Ergebnis der so formulierten Evaluierungsklausel kann daher kein sinnvoller Handlungsauftrag des Gesetzgebers abgeleitet werden.

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)



## **6. Diskussionsforum**

## Diskussionsforum

### des Thüringer Landtags



### Anlage Auswertung BTB

#### **Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/6811 -

**Frage: „Was möchten Sie zum Entwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes in Drucksache 7/6811 insgesamt und/oder zu einzelnen Bestimmungen anmerken?“**

<b>Datum des Beitrages</b>	<b>Angaben zum Autor</b>	<b>Titel</b>	<b>Beitrag/Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte</b>
28. April 2023	Katharina Hämisch*  Zahnärztin	„Wald schützen statt Windräder“	„Keine Windräder im Wald!“
28. April 2023	Alfred Ott*  Rentner	„Wald muss Wald bleiben!“	„Waldschutz ist Klimaschutz, auch für die nachfolgenden Generationen.“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.

28. April 2023	Dr. Maria Görg*  Medizin / Gesundheit	„Aufforstung - das Klima schützt sich selbst mit Hilfe der Natur“	„Aufforsten und Walderhalt für ein grünes Thüringen! und das Klima.“
28. April 2023	Jens Flach*  Angestellter Vertrieb	„Keine Windräder-vorallem im Wald“	„Keine Errichtung von Windrädern!!!“
28. April 2023	Ulrich Winius*  technischer Beamter	„Umweltschutz statt Windräder im Wald“	„Halten wir uns an die - Natura2000 - gibt es keine Windräder im Wald.“
27. April 2023	Birgit Gröschel*  Diplom-Bauingenieur, Planung, Bauleitung	„Stopp dem Windkraftwahnsinn“	„Mein Fazit aus der Zusammenfassung zur Wirkungsweise eines Windrades. Diese Teile sind als Stromerzeuger ineffizient, schaden der Umwelt und dem Gleichgewicht der Natur. Ganz zu schweigen von der Umweltverschmutzung, wenn es an die Entsorgung alter Windkraftanlagen geht. Darüber wird nicht gesprochen. Wer so eine haarsträubende Energiepolitik betreibt hat sich offensichtlich nicht mit dem notwendigen Grundlagenwissen beschäftigt und stürzt unser Land in eine vorhersehbare Krise. Unwissenheit schützt vor Strafe nicht!!!! Es ist unbegreiflich. Ich bin entsetzt und sprachlos. Schämt euch, ihr, die dafür verantwortlich seid!!!!“
27. April 2023	Michael Augsburg*  Privatier	„Waldschutz ist Klimaschutz“	„Mehr Bäume, besseres Klima, weniger CO2, mehr Lebensfreude. Industrieanlagen und Gewerbegebiete sind mit dem Wald unvereinbar!“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.

27. April 2023	Hildegard Ott*  Rentner	„Für die Erhaltung und den Schutz der Wälder!“	„Wald schützen und aufforsten. Naturschutzgebiete ausweiten und Biosphärenreservate mit jedem Mittel schützen und erhalten. Alles andere ist ein unverzeihlicher Eingriff in das Ökosystem.“
26. April 2023	Christine Wünsch*  Bauingenieur	„Stopp dem Ausbau von Windenergieanlagen“	„Waldschutz ist Klimaschutz. Keine Windenergieanlagen zu Lasten unserer Wälder.“
26. April 2023	Uwe Neupert*  Handel	„Waldflächen erhalten und geschädigte Flächen aufforsten!“	„Nein zur Abholzung aus Profitgier! Ja zur Aufforstung und dem umfangreichen Schutz der Flora und Fauna!“
26. April 2023	Peter Dorsch*  Mitarbeiter in der Verladung	„Waldschutz ist Klimaschutz !“	„Keine Windräder im Wald !,“
26. April 2023	Silvio Langer*  Baugewerbe	„Gegen Windkraft im Wald“	„Ich fordere keine Windkraft im Wald!,,
26. April 2023	Steffen Weidner*  Arbeiter	„Erhalt und Aufforsten des Waldes“	„ERHALT des Waldes geht nur durch Aufforsten und nicht durch Windräder im Wald !“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.

26. April 2023	Rita Langer*  Lehrtätigkeit	„Wald muss bewahrt werden“	„Stoppt den Ausbau von Windanlagen im Wald!„
26. April 2023	Henry Flach*  Inhaber Restaurationswerkstatt	„Wald vor Windrat“	„Waldschutz ist Klima- und Artenschutz und muss auf jeden Fall vorrangig behandelt werden.“
26. April 2023	Sylvia Schröter*  Pharmazieingenieur / Rentnerin	„Windräder gehören nicht in den Wald!“	„Windräder gehören nicht in den Wald, Bäume müssen gepflanzt werden, damit sich der Wald von den bisherigen Schäden erholen kann.“
26. April 2023	Reinhard Seidel*  Finanzökonom i.R.	„Keine Windkraftanlagen im Wald“	„Statt Waldvernichtung für Industrieanlagen Aufforstung. Teurer; unzuverlässiger Strom. Waldbrandgefahr!“
25. April 2023	Christine Leithold*  Rentner	„Aufforsten statt Vernichtung von Waldflächen (Kalamitätsflächen)“	„Aufforsten statt Umweltzerstörung hat oberste Priorität“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.

25. April 2023	Wolfgang Prüger*  Angestellter	„Waldflächen erhalten und Vergrößern- keine WKA in unseren Wälder“	„Wir opfern unsere Wälder nicht für eine ineffiziente, nicht grundlastfähige Stromversorgung durch Windkraftanlagen. Unsere Thüringer Wälder leisten einen höheren Beitrag für unsere Umwelt! Vereinfachte Genehmigungsverfahren für die Aufstellung von WKA gegenüber anderen Vorhaben ist nicht hinnehmbar und aus ökologischer Sicht zweifelhaft. Das ist keine Politik im Interesse der Bürger und der Natur!“
25. April 2023	Dr. Johannes Görg*  Medizin	„Schaut euch den Wahnsinn an !“	„Windkraft im Wald zerstört ein wichtiges Ökosystem“
25. April 2023	Steffen Grasse*  Handwerker	„Der Wald ist ein Markenzeichen Thüringens,,	„Windräder können sicher einen Teil zur Energiewende beitragen. Aber dafür den Wald zu opfern ist der falsche Weg.“
25. April 2023	Kati Ott*  Angestellte	„Aufforsten statt Roden!“	„Wir brauchen Wälder und keine Windräder! Die Politik steht nun endlich in der Pflicht, alles zum Schutz der Natur für die künftigen Generationen zu tun!“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.

24. April 2023	Gabriele Rinke*  Leitende Angestellte Finanzwirtschaft	„Erhalt und Ausbau gesunder Wälder statt sinnlose Zerstörung,,	„Keine Windräder im Wald und auf dem Feld!“
24. April 2023	Kerstin Mitscherlich*  Näherin	„Erhalt des Waldes, der grünen Lunge Deutschlands,,	„Waldschutz ist Klimaschutz, nein zur Windkraft“
24. April 2023	Franziska Vogt*  Selbstständig	„In ein Biosphärenreservat ge- hört kein Windrad!“	„Ich bin gegen den Bau von Windrädern und die Änderung des Waldgeset- zes! Pro Biosphärenreservat! Keine Windkraft in der Rhön!“
24. April 2023	Martin Weis*  Gesundheitsbran- che	„Denken statt roden“	„Keine Windkraft ...im Wald !!!“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.

24. April 2023	Helmut Nauerth*  Rentner	„Keine Windräder in den Wald“	„Keine Windräder in den Wald. Waldaufforstung ist die einzige Alternative und Pflicht für uns und für unsere Nachfolgeneration.“
23. April 2023	Heike Herbst*  Kaufmännisch angestellt	„Keine Windindustrieanlagen im Wald!“	„Wald muss Wald bleiben.“
23. April 2023	Uta Seidel*  Ing. im Ruhestand	„Keine Windkraftanlagen im Wald“	„Alternative Energien (Windkraftanlage im Wald) zerstören die Natur, bringen die höchsten Strompreise und müssen noch durch Subventionen gefördert werden! Traditionelle Aufforstung mit Mischwald muss den Vorrang bei krankem Wald haben.“
23. April 2023	Lutz Meseck*  Dipl. Ing.(FH) Bauwesen, Selbständig	„Keine Windräder“	„Unsere Umwelt und Wälder brauchen Hilfe und keine Zerstörung durch Windkraftanlagen“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.



	Garten- und Landschaftsbau		
21. April 2023	Kai Adelberg*  Industriieberuf	„Waldflächen erhalten“	„Durch Aufforstung Waldflächen erhalten und vergrößern!“
21. April 2023	Martina Walther*  Rentnerin, Gemeinderatsmitglied	„Keine Waldflächen für Windräder“	„1. Wiederaufforstung der durch den Borkenkäfer geschädigten Flächen ist das oberste Gebot. 2. Windräder im Wald schaden dem Ökosystem Wald in unvertretbarer Weise.“
20. April 2023	Ingrid Rast*  Angestellte Industriekauffrau	„Erhalt des Waldes, der Natur und des ökologischen Gleichgewichts“	„Keine Windräder im Wald, auf Feldern und Wiesen. Aufforstung des Waldes hat für mich absolute Priorität.“
20. April 2023	Hartwig Zyprian*	„Windräder im Wald“	„Natur und Umweltschutz anstatt Klimaschutz!“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.

	Selbständig/ Ruhe- stand		
19. April 2023	Edelgard Gimper*  Rentner	„Keine WKA im Wald“	„Windräder gehören nicht in den Wald“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.

19. April 2023	Peter Gimper*  Rentner	„Intakten Wäldern“	„keine WKA im Wald“
19. April 2023	Kerstin Holland*  Altenpflege	„Keine Windkraftanlagen im Wald!!!,“	„Keine Windkraftanlagen im Wald Erzeugen Ungleichgewicht in der Natur Naturschutz = Klimaschutz“
18. April 2023	Christiane Benneckenstein-Issa*  Hausmutter	„Keine Windkraftanlagen,“	„Als Thüringerin fordere ich die Landesregierung auf, den Wald als Kulturgut zu schützen und zu pflegen - das geht nicht mit der Aufstellung von Windkraftanlagen. Damit auch unsere Kinder und Enkelkinder noch fröhlich singend durchs Thüringer Land wandern können!“
18. April 2023	Clemens Meister*  Elektrotechnik-Ingenieur	„Wiederaufforstung + WKA ja bitte“	„Bei großen Waldschäden Teilumwandlung in Windgebiete ermöglichen (Netzanschluss volkswirtschaftlich günstiger) + Klima-, Natur- und Waldschutz gemeinsam denken +bei vorhandener Netzinfrastruktur einfachere Umwandlung in Windgebiete ermöglichen. Bürgerbeteiligung an Gewinnen der WKA (vergünstigte Tarife oder andere Vorteile) zu kleine Waldflächen nicht umwandeln“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.

18. April 2023	Christoph Walter*  Fraktionsgeschäftsführer	„Wald muss für unsere Generationen nach uns erhalten bleiben!“	„Keine Windkraftanlagen im Wald, der durch die klimatischen Veränderungen massiv geschädigt ist.“
18. April 2023	Kerstin Bärthel*  Pharmazie-Ingenieur	„Aufforsten statt Windräder im Wald“	„Um einen wirklichen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten, muss alles für den Erhalt des Waldes getan werden. Aufforstung auf Kalamitätsflächen. Verbot von Windrädern im Wald.“
18. April 2023	Jennifer Voigt*  Handwerk	„gegen Windräder“	„Ich bin gegen das bauen der Windräder in unseren Wäldern.“
17. April 2023	Rolf Kallert*  Rentner	„Wiederaufforstung und keine Windkraftanlagen im Wald“	„Ich bin GEGEN die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald und FÜR die Wiederaufforstung geschädigter Flächen. Der Bau von Windkraftanlagen zerstört unseren Wald dauerhaft. Windkraftanlagen liefern Zufallsstrom.“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.

17. April 2023	Gerhard Artinger*  Energieversorgung, Emissionshandel, Rentner	„Aufforstung soll Vorrang vor Windkraft haben“	„Die Aufforstung soll bei der Interessenabwägung künftig einen höheren Stellenwert bekommen.“
17. April 2023	Kristin Fuß*  Pflege	„Windkraftanlagen nein Danke“	„Gefährdung für Wasser und Tierwelt und auch viel Betonverbau für die Anlagen. Co2 ist gar nicht für die Klimakrise gar nicht verantwortlich. Dies gab es schon immer und zur Zeit regnet es ja nur noch.“
16. April 2023	Umweltverein Wald- kleeblatt-Natürlich Zauche e.V./ Baum- freunde Kloster Lehning e.V. *  Rentnerin und Vor- standsmitglied	„Zerstörung der Wälder ist Angriff auf Leben der Bürger!!!!!!!“	„Die Daseinsvorsorge erfordert eine nahtlose Sicherung unserer Lebensgrundlagen und da steht der Wald mit allen seinen Arten an erster Stelle - eine Abkehr davon wäre tödlich und somit kriminell. Klimaschutz geht nicht ohne Waldschutz und Artenschutz. Das ökologische Gleichgewicht muß eingehalten werden!“
16. April 2023	Marion Dorsch* Kosmetikerin	„Unser Wald ist lebenswichtig!“	„STOPPT den Ausbau von Windkraftanlagen zu Lasten des Waldes und des Artenschutzes“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.

16. April 2023	Bettina Hädrich*  Angestellte	„Keine Windkraftanlagen im Wald“	„Windkraftanlagen im Wald bedeutet die Zerstörung eines natürlichen Öko-Systems. Eine durchdachte Aufforstung geschädigter Flächen zum Schutz des Waldes und seiner Lebewesen ist für die Erreichung eines verbesserten Klimas unabdingbar.“
16. April 2023	Volkhardt Pirl*  Vertrieb	„Verbot von Windkraftanlage im Wald“	„Wald ist ein besonders schützenswertes Gut: Hände und Sägen weg von Thüringer Wäldern!!!“
16. April 2023	Heike Kranz*  Büro	„Wald muss Wald bleiben“	„Schützt unseren Wald vor Gier!“
16. April 2023	Norbert Nennstiel*  Eisenbahner	„Windanlagen kann man nicht einatmen“	„Windanlagen erzeugen Strom aber keinen Sauerstoff den Lebewesen aber zum Überleben brauchen.“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.

16. April 2023	Marika und Dirk Geldsetzer*  Großhandel, öffentlicher Dienst	„Stellungnahme“	„Wald ist wichtig für Mensch und Tier. Wir leben hier in einem Juwel. Wer maßt sich an, daran herumzuschleifen?“
16. April 2023	Dagmar Kohlhaus*  Verwaltung	„Keine Windräder in den Wald“	„Keine Windräder in den Wald wegen der herausragenden ökologischen Funktion und bestehender Waldbrandgefahr“
15. April 2023	Rüdiger Christ*  Rentner	„Wald muss Wald bleiben!“	„In Zeiten des Klimawandels ist es grundfalsch, den Wald als wichtigen Kohlendioxid-Speicher weiter zu beeinträchtigen. Wenn Waldflächen durch Borkenkäfer und Trockenheit in Mitleidenschaft gezogen sind, sollte man sie ökologisch sinnvoll umbauen, anstatt sie platzumachen. Wald muss Wald bleiben! Alles andere ist ökologischer Unsinn.“
14. April 2023	Ursula Görg*  Rentnerin	„Keine Windräder im Wald !,„	„Klare Unterstützung des FDP Antrages - Wiederaufforstung vor Windkraftanlagen - Waldschutz ist Klimaschutz !“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.

12. April 2023	Wolfgang Tschiesche*  Rentner	„Keine Windkraftanlagen im Wald“	„Windräder im Wald sind Irrsinn im Quadrat Bestseller Autor Peter Wohlleben“
06. April 2023	Michael Drews*  IT – Netzwerke	„Warum Wald oder Windrad?“	„Statt Windräder neuste Dual Fluid Reaktortechnologie mit allen ihren Vorteilen nutzen.“
05. April 2023	Ralf Adam*  Rentner	„Keine Windanlagen in unseren Wäldern“	„Es gilt den Wald in seiner ökologischen Funktion als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten. Sorgen wir dafür, dass wir eine Energiewende mit Vernunft schaffen. Der Wald darf kein Opfer der Energiewende werden. Der beabsichtigte industrielle Ausbau ist ein extremer Eingriff in das Ökosystem des Waldes und richtet deshalb über Jahrzehnte einen nicht wieder gutzumachenden Schaden an unserem Wald an.“
04. April 2023	Marco Schmidt*  KFZ Meister	„Gegen Windenergieanlagen im Wald“	„Keine Windräder im Wald. Kein Abholzen für WEA“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.



04. April 2023	Frank Weiß*  Rentner	„Erhaltung Thüringer Wald“	„Nein zum Bau von Windkraftanlagen im Thüringer Wald, Ja zu Wiederaufforstung und Renaturierung !“
02. April 2023	Susi Schreiber*  Layoutplanerin	„Wälder ohne Windenergieanlagen“	„Keine Windenergieanlagen im Wald!“
02. April 2023	Sven Brenner*  Automatisierungstechniker	„Windräder im Wald“	„Keine Windkraftanlagen im Thüringer Wald - Aufforstung statt Rodung - Waldumbau auf Mischwald“
02. April 2023	Björn Kirchner*  Personal	„Kein Windrad im Wald“	„Nein zu Windrädern im Thüringer Wald. Natur und Wald gehören besonders geschützt. Thüringer Wald ist Kulturgut. Aufforsten statt Abholzen. Nein zur Profitgier von Waldbesitzern“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.

31. März 2023	Manuela Leder*  Rentner	„Aufforstung muss sein“	„Waldaufforstung ist sehr wichtig“
31. März 2023	Detlef Zschiegner*  selbst. Einzelhändler	„Erhalt des Waldes durch Aufforstungen auf geschädigten Flächen“	„Der Entwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes in Drucksache 7/6811 ist im Sinn von Wald, Klima und Menschen sehr zu begrüßen und zu unterstützen. Das Ziel muss doch sein, Thüringens Wälder zu erhalten und besser auf die Herausforderungen des Klimawandels vorzubereiten, da intakten Wäldern im Klimawandel eine sehr große Bedeutung zukommt. Ich bin wie meine ganze Familie überzeugt, dass ein gesunder Wald einen sehr hohen Beitrag, sogar nach meiner Meinung einen viel höheren Beitrag zum Klimaschutz leistet als Windräder. Wald sollte Wald bleiben, denn er ist nicht nur wichtig für Klima, Luft und den Wasserhaushalt, sondern auch für die Erholung der Menschen als Ort der Ruhe und Entspannung. Sehr wichtig ist im Sinn der Menschen und der Natur eine Interessenabwägung bei der künftigen Nutzung von Waldflächen. Kahlgeschlagene Flächen oder Flächen wo durch Waldschäden große Lichtungen entstanden sind, sind Flächen welche zum Wald gehören und in jedem Fall für den Wald (Aufforstungen) erhalten bleiben müssen. Die Flächen sollten unter dem Schutz des ThürWaldG stehen. Die Aufforstung solcher Flächen und der daraus folgende Verzicht auf Windkraftanlagen an diesen Standorten sollte im Sinn von Menschen, Klima und Natur ein wesentlicher Teil der Güterabwägung werden, aber kein generelles Verbot dieser Anlagen ausgesprochen wird.“

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.